

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pfg. für politische und gemeinnützige Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zweiwöchige 2-fache, dreiwöchige 3-fache, vierwöchige 4-fache, fünfwöchige 5-fache, sechswöchige 6-fache, achtwöchige 8-fache, zehnwöchige 10-fache, vierzehnwöchige 14-fache, einmonatliche 20-fache, zwei- bis drei-monatliche 30-fache, vier- bis sechs-monatliche 40-fache, einjährige 50-fache, zweijährige 60-fache, dreijährige 70-fache, vierjährige 80-fache, fünfjährige 90-fache, sechs- bis achtjährige 100-fache, neun- bis zehnjährige 110-fache, elf- bis zwanzigjährige 120-fache, über zwanzigjährige 130-fache. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Neuwahlen in Oesterreich.

IV. Die Sozialdemokratie im Wahlkampf.

Wie steht es nun um die Stellung und die Aussichten unserer Partei in dem Wahlkampf, der zu ihrer „Zersplitterung“ eingeleitet ward? Ungewißheit birgt jegliche Wahl in sich, aber trotzdem dürfen wir es vielleicht schon vor dem Tage der Wahl sagen: es wird mit dem „Zersplittern“, vielleicht auch nur mit dem „Schwächen“ der Sozialdemokratie gute Wege haben; wir dürfen nach allen Anzeichen hoffen, daß die Partei aus dem großen und schweren Wahlkampf, wie immer auch die Lose fallen mögen, gestärkt und gestärkt hervorgehen wird.

Aus den allgemeinen Wahlen im Jahre 1907 ging die Sozialdemokratie mit einem Erfolge von 87 Mandaten hervor, einem Erfolge, der alle Vorstellungen übertraf, die die Gegner gehegt haben mögen, und wahrscheinlich auch die Hoffnungen weit hinter sich ließ, die die Partei an die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes selber geknüpft hatte. Die Mandate verteilten sich auf die Nationen folgendermaßen: 50 deutsche, 21 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ruthenische Mandate. Dieser Besitz ist durch Nachwahlen nur insofern verändert worden, daß die deutsche Partei in Nachwahlen 2 weitere Mandate (eines in Schlefien, eines in Innsbruck) gewann, eines dagegen (Gablonz-Land) verlor, und daß die Italiener ein Triester Mandat einbüßten; der Besitzstand der anderen Nationen blieb unverändert. Von den 50 deutschen Mandaten wurden 34 in der Hauptwahl, 16 in Stichwahlen erobert; von den tschechischen 21 in der Haupt-, 3 in der Stichwahl, von den polnischen 4 in der Hauptwahl und 2 in der Stichwahl, von den italienischen 1 in der Hauptwahl, 4 in der Stichwahl. Es bilden also, da Stichwahlen ein schwankendes, trügerisches Element darstellen, etwa sechzig Mandate den eigentlichen Besitzstand der Partei, der nicht verringert werden darf, wenn die Partei des Wahlkampfes nicht mit einem Mandatsrückgang abschließen soll. Daß darüber hinaus für die sozialdemokratische Partei die erreichte Stimmenzahl der eigentliche Maßstab ihres Fortschrittes und ihrer Macht ist, ist natürlich selbstverständlich. Doch daß wir in der Zahl der Stimmen nicht zurückgehen, daß wir da eher Fortschritte machen werden, darf schon vor der Abstimmung als sicher angenommen werden.

Wohl ziehen wir diesmal in den Krieg unter Umständen, die in vielfacher Hinsicht ungünstigere sind als die, die den ersten Wahlen des allgemeinen Wahlrechtes ihr Gepräge gaben. Den vorigen Wahlen ging der glorreiche Wahlrechtskampf voraus, der die weitesten Schichten aufgerüttelt und in den Bannkreis der Sozialdemokratie geführt hatte; jene Sympathie, die sich die Sozialdemokratie mit der Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes weit über das Proletariat gewonnen hatte, führte unzweifelhaft auch viele Mitläufer in unsere Reihen. Die werden sich durch die Steigerung der nationalen Wirren aber längst verflüchtigt haben, und so ist die Partei nun in der Hauptsache auf die proletarische Kraft angewiesen. Auch ist seither die Organisation der Bürgerlichen, wenngleich es nur die Organisation von Lügen und Verleumdungen ist, in mancher Beziehung ausgebaut worden; die Gegner sind widerstandsfähiger und angriffs-lustiger geworden. Dazu trat, wenigstens anfänglich, als erschwerendes Moment die Verdrossenheit, die Enttäuschung über das neue Parlament, die sich, so unlogisch es war — da die Verantwortung für das Schicksal des Parlamentes die Regierungsparteien zu treffen hätte — gegen uns kehren zu wollen schien. Indes hat die Wahlbewegung gezeigt, daß diesen ungünstigen Momenten, und zwar sie überwiegend, wieder günstige Momente entgegenwirken. Da ist vor allem, was das Allerwichtigste ist, der in den vier Jahren fortgeführte Ausbau der Organisation, der einen ganz anderen Kampf ermöglicht, als er mit den improvisierten Mitteln vor vier Jahren möglich war. Ebenso unschätzbar ist die Kompromittierung aller bürgerlichen Parteien durch die Wienertheorie, ihr Aufgehen in dem halb absolutistischen und ganz unfähigen Regierungssystem, das auch von den bürgerlichen Wählern nicht geteilt wird und das der bürgerlichen Wahlbewegung jeden Glanz nimmt. So wie es Wienerth gewünscht und die bürgerlichen Parteien gehofft: daß sich das Bürokratism gegen die Sozialdemokratie zu einem förmlichen Aufstand erheben, um gegen die verhassten Sozialdemokraten zu stimmen, zu den Urnen geradezu eilen werde, so wird es am Wahltage wohl nirgends erblickt werden. Und das Wichtigste: wir können mit gutem Grunde hoffen, daß sich die Treue der Arbeiter gegen die Partei, ihr Zusammenhalt und ihr Kampfesmut bewähren werden, daß die Arbeiter fest sind; und das ist natürlich das Entscheidende. Selbst die traurigen Fernwirnisse mit den Tschechen, die zu so betrüblichen Erscheinungen geführt haben (unter ihnen die unbearbeiteten und tabulierten, die Aufstellung von drei tschechischen Trugkandidaturen gegen deutsche Sozialdemokraten in Deutschböhmen) werden hoffentlich nicht viel Schaden bringen; der gesunde Sinn des Proletariats stößt die Unbegreiflichkeiten, in denen sich die tschechische Führung gefällt, wie einen Fremdkörper aus. Der Wahltag wird, so können wir hoffen, kein Tag der Entmutigung werden.

Die technische Ausrüstung für den Wahlkampf war in der deutschen Partei einfach musterhaft. Zu den hervorragendsten agitatorischen Mitteln dürfen wir wohl die zwanzig Broschüren rechnen, die sich über alle wichtigen Fragen verbreiten und jeden Punkt des Wahlkampfes mit unwiderleglichen Argumenten befehen; ihr für die Massenverbreitung bestimmter Preis von 6 Sellern hat es ermöglicht, daß das ganze Kampfgebiet mit ihnen überzogen werden konnte. Unter der Leitung Otto Bauers ist da eine ausgezeichnete Arbeit geleistet worden, wie sich überhaupt unser sachlicher Kampf von dem unsäglich niedrigen Niveau der Gegner abhebt, und dem allein es zu danken ist, daß der politische Klassenkampf nicht ganz in einem ordinären Verleumdungsfeldzug übergeht. Was die Kandidaten betrifft, so kandidieren in den allermeisten Bezirken die früheren Kandidaten und Abgeordneten; von neuen Leuten wäre vielleicht die Kandidatur des bekannten Gelehrten Rudo Hartmann zu nennen, der zwar nicht in einem aussichtsreichen Wiener Bezirk kandidiert, der Wahlbewegung aber jedenfalls interessante Impulse gegeben hat.

Am Dienstag, den 13. Juni, wird nun gewählt werden. Goffentlich wird es der Partei in Oesterreich in allen Nationen vergönnt sein, den Bruderparteien im Auslande diesmal ebenso fröhliche Siege kündigen zu können, wie sie vor vier Jahren am 14. Mai gemeldet werden konnten!

Hanifatag.

Gestern, Montag, hielt der Hansabund im Sportpalast in der Potsdamer Straße seine „Verschau“ ab. Recht vergnügt waren die Mitglieder mit ihren Damen nach Berlin gekommen, und neugierig sah manch elegante Frau aus dem Westen in das ungewohnte Bild einer Massenversammlung. Freilich, so wie die notleidenden Agrarier strömen die Männer aus dem Handel nicht nach der amüsantesten Hauptstadt, und man war froh, daß der Riesensaal voll war, obgleich man ihn durch Aufstellung von Tischen teilweise beschränkt hatte. Immerhin waren sicherlich an die 8 bis 10 000 Menschen beisammen.

Die Verhandlungen waren, wie immer bei solchen in derbein genau bis in Detail geregelten Schaustellungen, wenig interessant. Schließlich weiß heute jeder Deutsche, was es geschlagen hat, auch wenn es ihm Herr Rümpf nicht zum so und so vielen Male erzählt. Aber manche der Reden verdienen wohl Beachtung. Herr Stresemann, den Syndikus der sächsischen Scharfmacher, für die Gleichberechtigung aller Stände eintreten und gegen den politischen Absolutismus gestern zu sehen, ist nicht übel. Denn seine Mandatäre verweigern nicht nur ihren Arbeitern die Einführung einer konstitutionellen Verfassung in der Fabrik, sondern sie beklagen dann auch noch durch Stresemanns Mund, daß die Arbeiter verblendet sind vom Dogma des Klassenkampfes und daß sie gar nicht gemeinsam vorgehen wollen mit den Industriellen, die sich bisher noch stets mit den Agrariern in der Forderung von Ausnahmegesetzen gegen streikende Arbeiter zusammengesunden!

Pikant ist es gewiß auch, ein Mitglied jener Nationalliberalen, die eben erst in der Reichsversicherungsordnung gezeigt, welche Geistes Kind sie sind, über das Mißtrauen der Proletarier, einen Nationalliberalen, dessen Partei stets in Ehrfurcht erfüllt vor dem preussischen Absolutismus, über das Herrenhaus Beschwerde führen zu hören. Es war eben wieder mal „andererseits“, und schon verhandelt man ja oder übt wenigstens wohlwollende Neutralität mit den schwarzblauen Wahlmogeleyen, durch die die Bergarbeiter des Ruhrreviers um das bischen Vertretung im Reichstag gebracht werden sollen!

Der Präsident, Herr Geheimrat Nieher, sprach anders. Und wir müssen gestehen, der Energie, mit der dieser Mann den Kern der „Sammlung gegen die Sozialdemokratie“ aufdeckte, gebührt Achtung. Es war ganz auffallend, mit welcher Schärfe Herr Nieher sich gegen diese Sammlung wendete, wie er sie als Demantel aller reaktionären Gelüste, aller agrarischen Wucherinteressen enthielt, wie er klar und entschieden für diese Reichstagswahlen die Parole „Alles auf gegen rechts!“ (ohne sie direkt so formulieren) aussprach, und wie er rückhaltlos die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Erscheinungsform forderte. Anderswo wäre das vielleicht weiter nicht verwunderlich, aber Herr Nieher ist Geheimrat, und königlich preussischer dazu, und da ist schließlich überhaups nichts mehr an politischer Einsicht zu verlangen.

Aber deshalb dürfen die „Kreuz-Zeitung“ und der „Reichsbote“ den Hansabund doch noch nicht als einen revolutionären Oeden hinstellen. Denn man hochte und telegraphierte nicht nur den Kaiser als den „Schirmherrn der Gleichberechtigung aller deutschen Arbeit“ an, sondern man erhob sich sogar bei der Verlesung des völlig in der konventionellen Form gehaltenen Danktelegramms.

Das deutsche Bürgertum, dem Herr Nieher einige ganz vorzügliche Wahrheiten, namentlich über die Nationalliberalen der Richtung Fuhmann-Schiffer-Friedberg sagte, wird zeigen müssen, ob es so einsichtig ist, wie dieser sein Sprecher. Gerade seine schärfsten Worte fanden manchen demonstrativen Beifall.

Frankreich und Spanien in Marokko.

Paris, 11. Juni. (Fig. Ver.)

Was alle einsichtigen Beurteiler vorausgesehen und diejenigen, die nicht im Sold oder im Interessenverband der kapitalistischen und militaristischen Kolonialclique stehen, auch

vorausgesehen haben, ist eingetroffen. Die „Polizeiaktion“ der Franzosen hat eine „Polizeiaktion“ der Spanier hervorgerufen. Wie jene Jes befehlt haben und auf Meknes losmarschieren, so setzen sich diese in Larraich und El Mar fest. Die Wutausbrüche, die diese Replik bei der französischen Klümpelpresse hervorruft, würden komisch wirken, wenn die entfesselte kapitalistische Profitgier die Situation nicht so gefährlich erscheinen ließe. Genau dasselbe, was man den Exekutoren der Reynault-Etienne vorgehalten hat — die Tatsache, daß Jes gar nicht in den von den interessierten Leuten in den brennendsten Farben geschilderten Nöten war, die Unvereinbarkeit eines kriegerischen Einmarsches mit der von der Konferenz von Algieras eingeräumten Polizeigewalt, die Mißachtung der ebendort anerkannten Souveränität Marokkos — wiederholen nun der „Temps“ und seine Kollegen gegen die Spanier. Es ist die verkehrte Welt. Vor kurzem noch schrieb die Marokko-Presse, der Einmarsch der Franzosen sei eine bloße Ausübung der Polizei und gehe darum die Mächte nicht das geringste an. Jetzt aber bedroht sie Spanien mit einer Intervention Europas und der Einberufung einer neuen Konferenz. Schon hat man den Sultan, der finanziell und persönlich in den Händen der Franzosen ist, einen „Protest“ gegen die von Spanien ausgeübte Bedrohung seiner „Unabhängigkeit“ unterschreiben lassen. In ein paar Tagen kann der Marokkohandel wieder im Zustand des ärgsten Durcheinander wie vor sechs Jahren sein, mit dem bedenklichen Unterschied, daß sich jetzt die Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten herausgestellt hat, diese Frage im Zeichen selbstloser Zurückhaltung friedlich zu lösen.

Die jetzige Situation ist notwendig aus dem Konflikt zwischen den Spekulationen der französischen weltpolitischen Piratenbande und den militaristisch-dynastischen Interessen und nationalen Ideologien Spaniens hervorgegangen, aber ihre Entwicklung erhielt ihre Formen von der glorreichen Diplomatie Delcassés, der 1904 in seinem Scheinvertrag mit Spanien Marokko für den Fall der Auflösung des Reiches in zwei Zonen einteilte, von denen sich Spanien die nördliche holen sollte. Die Algieras-Akte dagegen hat die Souveränität des Sultans zur Voraussetzung. Die französischen Kolonialen, die jetzt ganz Marokko schlucken wollen, müssen die verzwickte Aufgabe lösen, die Zustände in diesem Lande gleichzeitig so schlecht erscheinen zu lassen, daß die militärische Intervention Frankreichs gerechtfertigt erscheint, und so gut, daß der 1904 vorgesehene Vertragsfall nicht gegeben ist.

Daß das Losgehen Spaniens auch mit seinen innerpolitischen Zuständen zusammenhängt, liegt auf der Hand. Sicher ist das heutige Spanien mit seiner finanziellen Ohnmacht und industriellen Rückständigkeit durchaus außerstande, eine wirkliche kapitalistische Kolonialpolitik zu betreiben. Aber der Unterschied zwischen den französischen und den spanischen Handelsinteressen und Aussichten in Marokko kann natürlich für den französischen Kapitalismus kein „Recht“ auf dieses Land begründen. Tatsächlich steht die Sache nun so, daß der spanische „Patriotismus“ nur dann ein wirksamer Faktor bei der Entscheidung über diesen nordafrikanischen Staat werden kann, wenn sich hinter ihn die Interessen anderer kapitalistischer Großstaaten als bewegende Kraft stellen. In Frankreich bestrebt man Deutschland, der Unternehmung des spanischen Militarismus stillen Vorschub zu leisten. In der Tat scheinen die weltpolitischen Scharfmacher Deutschlands keine Gelegenheit auslassen zu wollen, die die internationalen Beziehungen zu trüben gestattet. Es ist aber auch zu erkennen, daß die englischen Kapitalisten eine Beherrschung des Mitteländischen Meeres durch Frankreich durchaus nicht wünschen und das ohnmächtige Spanien als Basis von Gibraltar vorziehen. Die unfreundliche Objektivität, mit der z. B. die „Times“ die Greuel von Lemta beschrieben haben, sind ein deutliches Anzeichen. Auch hier war Delcassé der Geleitete. Die englischen Kapitalisten haben Frankreich Marokko großmütig überlassen, als seine Okkupation noch nicht möglich erschien. Sie denken jetzt aber ganz anders, besonders seitdem in der deutschen Politik Anzeichen einer Neigung zutage getreten sind, sich mit den französischen Ansprüchen um den Preis von entscheidenden wirtschaftlichen Konzessionen abzufinden und die Lust der Franzosen, um der Revanche-Illusion willen den Landsknecht Englands in allen Weltteilen zu spielen, abnimmt.

Für das Proletariat der beteiligten Länder gibt es, wie die Dinge heute stehen, nur die Politik, die von der Erkenntnis ausgeht, daß eine „gerechte“ Kolonialpolitik innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft unmöglich ist und die in der unausgesetzten, nachdrücklichsten Opposition gegen jedes militaristische Abenteuer des eigenen Staates besteht. Die Internationale hat nicht zu suchen, wer in einem gegebenen Augenblick als der „Friedensstörer“, der provozierende Teil erscheint. Die Schuldigen sind in allen Ländern, und die Bemühung der sozialistischen Parteien, sie unschädlich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe der internationalen proletarischen Friedenspolitik.

Die französisch-spanischen Handel wegen Marokkos rufen auch die deutschen Marokkoheer wieder auf den Plan. So schreibt die Scharfmacher „Post“, die ganze französische Politik in Marokko seit der Besetzung von Abjadda sei eine ununterbrochene Verletzung der Algierasakte, eine Verhöhnung und Verspottung Deutschlands, eine Mißachtung unserer Macht und Stellung. Der „Post“ ist „der Humor vergangen“, die Scham sei ihr geblieben, die

Scham über die Haltung der deutschen auswärtigen Politik. Das Beschämende erblickt die „Post“ hauptsächlich darin, daß eine Macht wie Spanien, die sich in keiner Weise mit dem Deutschen Reich vergleichen könne, die Klugheit und den Mut besitze, aus der Beziehung von Res durch die Franzosen die freie Aktion für sich herzuleiten und die Konsequenz tapfer zu ziehen. Deutschland habe solche Folgen der Beziehung von Res am liebsten in der „Norddeutschen Allgemeinen“ zwar angeführt, aber bisher noch nicht den Mut gefunden, auch durchzuführen. Der Deutsche müsse bald anfangen, die Spanier um ihre auswärtige Politik zu beneiden. Im spanischen Ministerkabinett sei erklärt worden, Unützigkeit im gegenwärtigen Augenblick sei Vernachlässigung der obliegenden Pflicht. Im deutschen auswärtigen Amt scheine man leider ganz anderer Ansicht zu sein.

Wahrscheinlich wäre der „Post“ und ihren Gönnern jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, nichts angenehmer und gelegener, als „Tätigkeit im gegenwärtigen Augenblick“. Man hätte dann ja eine — — Wahlsparole.

Die wichtigsten Depeschen über den Stand der Marokkoaffäre lauten folgendermaßen:

Paris, 11. Juni. In einer offiziellen Note wird mitgeteilt, die französische Regierung habe schon vor mehreren Tagen dem spanischen Kabinett erklärt, daß sie, falls die spanische Militärbehörde in der Gegend von Tetuan und Larraoch vorgehe, dies als eine Ueberschreitung der Algecirasakte ansehen und hierzu ihre Zustimmung nicht geben könne.

Madrid, 11. Juni. Nach Meldungen aus Larraoch ist die von dort ausgebrochene spanische Abteilung, die unter dem Kommando des Hauptmanns Ordo steht, in der vergangenen Nacht in Udenaz vor Elkar eingetroffen und hat dort ein Lager bezogen. Die Abteilung wird bei Tagesanbruch in Elkar einrücken.

Madrid, 11. Juni. Zweihundert Mann sind heute von Cadix nach Larraoch abgegangen, um die Verbindung zwischen Larraoch und Elkar sicherzustellen.

Madrid, 11. Juni. Die Regierung hat eine Note von dem Vertreter des Sultans in Tanger el Gebbas erhalten, in der gegen die Ausschiffung spanischer Truppen in Larraoch Einspruch erhoben wird.

Tanger, 11. Juni. Der Kaiser von Elkar hat bei Raifuli und Gebbas gegen die Entsendung spanischer Truppen nach Elkar Einspruch erhoben.

Tanger, 11. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Dem diplomatischen Korps sind von verschiedenen Stämmen der Umgegend Proteste gegen die Ausschiffung spanischer Truppen bei Larraoch zugegangen.

Paris, 11. Juni. Aus Toulon wird gemeldet, Marineminister Deloast habe für den Hafen von Rhedra, welcher als Versprobierungspunkt für die französischen Truppen dient, eine Hafenverwaltungsbefugnisse geschaffen, bei der Seeoffiziere unter besonders günstigen Bedingungen angestellt werden sollen.

Madrid, 12. Juni. Im heutigen Ministerkabinett gab der Minister des Äußeren Garza Prieto Kenntnis von einem Telegramm des spanischen Botschafters in Paris, das über dessen Besprechung am Sonntag mit dem französischen Minister des Äußeren Cruppi berichtet. Cruppi habe im Laufe dieser Unterredung dem Botschafter Perez Caballero erklärt, daß er sich, da er die näheren Umstände, unter denen die Ausschiffung der spanischen Truppen in Larraoch erfolgt sei, nicht vollständig kenne, darauf beschränke, von der Mitteilung des Botschafters Kenntnis zu nehmen, und um weitere Aufklärungen bitten werde. Garza Prieto wurde ermächtigt, die Verhandlungen fortzusetzen, um bei dem Pariser Kabinett jeden Zweifel über die Bedeutung und Tragweite des berechtigten Schrittes Spaniens zu zerstreuen.

Madrid, 12. Juni. Ministerpräsident Canalejas dementiert die Nachricht der Blätter von der bevorstehenden Besehung von Argila.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. Juni 1911.

Einen Versuchsballon

1881 die „Germania“ aufsteigen. Sie gibt die vorgebliche Meldung wieder, daß die Festigung des Reichshaushaltsetats für 1912/13 keine Ueberraschungen bringen werde. Die Aufnahme einer Anleihe sei ausgeschlossen. Es liege eine Stellungnahme des Reichskanzlers vor, wonach für den kommenden Etat eine Bilanzierung zwischen Einnahmen und Ausgaben unbedingt herbeigeführt werden solle.

Die „Germania“ meint offenbar jenen statismatischen Vorschlag, der nach den Wünschen der bedrängten Schnapsblöcker bereits dem alten Reichstag im Herbst vorgelegt werden soll, um den Vätern der neuen Finanzreform die Verantwortung für diese Steuererschöpfung zu erleichtern. Ein solcher Vorschlag ließe sich natürlich mit Leichtigkeit so gestalten, daß Ausgaben und Einnahmen balanzieren und eine Anleihe unnötig erscheint. Selbstverständlich würden in ihm z. B. die Kosten für eine neue Flottenvorlage fehlen. Sollte dann der neue Reichstag die Wünsche des Flottenvereins erfüllen, so würde einfach ein Nach-

tragsetat aufgestellt werden. Wie sich denn überhaupt für jede Ueberschreitung des Etats in einem Nachtragsetat die Mittel beschaffen ließen, und zwar auf dem ja nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Anleihe. Die ganze Etatübersicht wäre ja überhaupt nichts als plumpster Wahlschwindel.

Schmerzliche Resignation.

Die „Germania“ ergibt sich, freilich nicht mit sonderlicher Hoffnung in ihr Schicksal. Sie gibt zu, daß ihre Hoffnungen, die sie in Sachen des Feuerbestattungsgesetzes auf das Herrenhaus gesetzt hatte, eitel gewesen sind. Denn nach der Annahme des Gesetzes durch die Kommission sei auch von der Verhandlung im Plenum kein anderer Ausgang mehr zu erwarten. Die Schuld dafür trägt das führende Zentrumorgan der konservativen Presse, die „Germania“, die zwar eine Zeitlang mit anerkennenswerter Entschiedenheit die „Einküpfung“ bekämpfte, in der letzten Zeit diesen Kampf aber eingestellt habe. Wohl nicht infolge eines Wandels der bisherigen Ueberzeugung, sondern mit Rücksicht auf den Teil der konservativen Abgeordneten, die auch für das Gesetz stimmten. Gleichwohl will das Zentrum den aussichtslosen Kampf gegen die Leichenverbrennung nicht aufgeben. Sein Trost im Leiden ist, daß das Zentrum die einzige Partei gewesen sei, die die „christliche Ethik gegen das neuhelmsche Verlangen“ mit zäher Energie verteidigt habe. Daß das Bundesverhältnis zwischen Zentrum und Konservativen irgendwelche Trübung erfahre, deutet die „Germania“ mit keinem Wort an. Wir hatten doch ja auch bereits in einem früheren Stadium der Angelegenheit vorausgesagt. Ebenso erfüllt die „Germania“ wörtlich unsere Voraussage durch die Bemerkung, daß die Regierung „kein Bedenken getragen“ habe, „das Gesetz als Morgengabe aus den Händen der Sozialdemokratie entgegenzunehmen.“ Ein Scherz, der nachgerade nicht nur recht abgegriffen, sondern auch nicht einmal ganz berechtigt ist, da ja eigentlich nicht die Stimmen der Sozialdemokraten den Ausschlag gegeben haben, sondern die der fünf Zentrumsabgeordneten, die trotz der kampfhaften Einseitigkeit des Zentrums bei der entscheidenden Abstimmung fehlten!

Des „Reichsboten“ Klage.

Im „Reichsboten“, dem Organ zur Erheiterung der Gottlosen, schreibt ein „Vaterlandsfreund“ und Feind der deutschen Sprache also:

Was wir in den letzten Tagen und Wochen im Reich und in Preußen erlebt haben, ist im höchsten Grade geeignet, die Gemüter aller guten Patrioten mit Besorgnis zu erfüllen. Man ist in der Tat versucht zu fragen, ob unsere leitenden Kreise mit Blindheit geschlagen und unfähig sind, zu erkennen, wohin bei dem fortwährenden Nachgeben der nimmermüden Demokratie gegenüber die Reich geht. Dabei bleibt man weit davon entfernt, die ungelübten Schreier und Dränger zu befriedigen, im Gegenteil, man macht sie nur immer verlangender (stimm!), während man andererseits Gefahr läuft, die zuverlässigsten Stützen des Staates und die treuesten Freunde sich zu entfremden. Das ist wahrlich nicht nur eine kurzfristige, sondern eine ganz gefährliche Politik.

Was es nötig, die Leichenverbrennungsvorlage im preußischen Landtage einzubringen? Nun ist sie im Abgeordnetenhaus, allerdings mit einer Majorität, wie sie knapper nicht möglich war (und nur mit Hilfe der Sozialdemokraten) angenommen worden, und das Herrenhaus hat das Wort, das sie ihren eigentlichen Vätern, den christentumsfeindlichen Demokraten, welche sie der Regierung abgerungen haben, hoffentlich vor die Füße werfen wird. ... Und die Regierung? Sollte sie nicht merken, was aus dem Spiele sieht? Kann sie ruhig zusehen, wie durch langsame aber stetige Maulwurfsarbeit die Fundamente des Staates unterminiert werden? (Aber gerade das Graben ist doch Maulwurfsarbeit, während das Verbrennen — den! doch an die Reherverbrennungen Deiner geliebten Väter in Christo von der anderen Couleur — das wahrhaft Gottgefällige ist!)

Und nun die elsass-lothringische Verfassungsvorlage mit ihrem demokratischen Wahlrecht... Wahrlich, man kann nur staunen und fragen: „Wie war so etwas möglich?“ Doch wir stehen vor einer vollendeten Tatsache, welche die mannhafte Stellungnahme der Konservativen nicht zu verhindern vermochte. Nun heißt es aber, doppelt die Augen aufgemacht und das Pulver trocken gehalten, denn schon fließt der Löwe, nachdem er in Elsass-Lothringen Blut geleckt hat, die Röhre und bereitet sich zum Sprünge, um über das preußische Landtagswahlrecht herzufallen und ihm den Garaus zu machen. (Stimm!) Hier aber wird hoffentlich der preussische Konservatismus mit seinem entschiedenen und kraftvollen „Nein“ hierher und nicht weiter“ auf die Schranken treten, hier muß die Demokratie ihren Meister finden und es darf nicht geschehen, daß ein einziges Steinchen aus dem Gefüge des preußischen Landtagswahlrechts herausgezogen wird. ... So möge denn die konservative Fraktion des Landtags hiermit die dringende Bitte ergehen, schon frühzeitig darüber keinen Zweifel zu lassen, daß man in keine Aenderung des preußischen Landtagswahlrechts willigen wird.

Nun, der „Vaterlandsfreund“ wird schon noch sehen, ob das „Was hierher und nicht weiter“ der Konservativen das

Es lautet:

„Ich erkenne an, seit zwei Jahren die revolutionären und anarchischen Kreise überwacht und über sie regelmäßige und detaillierte Berichte an die Gebrüder Fourny, Rue Ramey 21, geliefert zu haben.“

Ich bekenne weiter, für Rechnung derselben Individuen die Streikenden und die Manifestanten der Champagne überwacht zu haben.

Ich bekenne, mich in Gesellschaft von Geo Fourny besonders mit den Revolutionären von Epernay befaßt und einen Abgeordneten der „Guerre Sociale“ und die zwei Genossen von Epernay, die ihn begleiteten, beobachtet zu haben.

Ich bekenne überdies, auf die „Guerre Sociale“ zu dem Zweck gekommen zu sein, um zu versuchen, mich in die revolutionären jungen Garden einzuführen. Hierbei wurde ich entlarvt.

E. Wed, alias Bonnet, derzeit Mitglied der kommunistisch-revolutionären Föderation, der Gruppe der revolutionären Presse und der revolutionären Sektion des 18. Arrondissements.“

Die „Gebrüder Fourny—Mario und Geo— von denen in diesem Geständnis die Rede ist, verdienen auch eine besondere Betrachtung. Diese Firma, die sich als Verlag unter dem Titel „Revue Internationale Illustrée“ präsentiert, befaßt sich mit allerhand Geschäften, vor allem aber mit Detektivdiensten. Sie liegt nicht nur die revolutionären Gruppen — Sozialisten, Schniblisten und Anarchisten — sondern auch die „Camelots du Roy“ die Gruppe „Pro-Argentin“, den Verband ehemaliger Militärsträflinge, die „Reformisten“ der Schutzmannschaft — sehr zahlreiche Hochverräter — den Verein der Gefangenenswärter usw. durch Angestellte ausspioniert. Sie organisierte auch — mit Hilfe des Gemeinderats und Direktors der „Patrie“ Messard — eine private Schutzwache, die der Unsicherheit von Paris fern zu sein sollte.

Zu ihren Angestellten gehörte der Redakteur des Wochenblatts „Anarchie“ Boulanger, der Anarchist Candoli, der rumänische Hochverräter Anarchist und zarische Spindel, Dr. Reichmann, Dudragne vom „Libertaire“ usw.

Wiederschied gelegentlich für die „Gtoile Velge“ und die „Patrie“. Nachdem er in den revolutionären Kreisen „gearbeitet“ hatte, ging er zu den „Camelots du Roy“ über, die ihn aber nach einer Benützung wegen eines gemeinrechtlichen Defizites ausschloffen, worauf er wieder zu den Revolutionären zurückkehrte.

Aus Notizbuchzeichnungen Wiederschied geht seine provokatorische Rolle in der Champagne auf das klarste hervor. Auch die Ver-

letzte Wort sein wird oder das Vorwärts der Sozialdemokratie.

Deutsche Hilfe für China.

Die „Kreuzzeitung“ wird in einem Leitartikel um materielle Unterstützung für China, d. h. die Provinz Schantung, das Hinterland unseres Sonnenplatzes Kiautschou. Durch diese Unterstützung hofft sie eine weitere Ausdehnung der deutschen Handelsbeziehungen zur Provinz Schantung zu erreichen. Da sich die „Kreuzzeitung“ hauptsächlich an die Kreise des deutschen Handels und der Industrie wendet, wäre ja nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Kreise einen Griff in ihren Geldbeutel täten. Eine gelinde Dreißigkeit aber ist es, wenn das konservative Hauptorgan von dem Vorteil faselt, der Deutschland durch die Erwerbung seines Sonnenplatzes in wirtschaftlicher Beziehung zuteil geworden sei.

Wenn das Blatt den Bruttowert des Gesamthandels von Tsingtau auf 40 Millionen Taels beziffert, gegenüber durchschnittlich nur 22,7 Millionen im Durchschnitt des Jahrzehnts 1900 bis 1909, und daraus einen Vorteil für den deutschen Handel herleiten will, so möchten wir es nur gebeten haben, und doch gefälligst anzugeben, wie hoch sich der deutsche Anteil an diesem Handel beläuft. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1910 betrug die deutsche Ausfuhr nach Kiautschou im Jahre 1909 ganze 8,8 Millionen Mark, während sie im Jahre 1902 bereits 6,9 Millionen Mark betragen hatte. Ein wahrhaft phänomenales „Wachstum“! Aber auch die deutsche Gesamtausfuhr nach China bezifferte sich im Jahre 1909 nur auf 66,8 Millionen Mark, während sie 1905 bereits 75,8 Millionen Mark betragen hatte. Wenn das die „Vorteile“ sind, die uns unsere glorreiche ostasiatische Kolonie verschafft hat, so wäre es in der Tat besser, wir schlugen den Sonnenplatz so rasch als möglich meistbietend an den ersten besten Reflektanten los!

Die grundsätzliche Grundlosigkeit der Nationalliberalen

wird sehr häßlich in einer Ullausgabe des „Freien Volkes“ charakterisiert, die auf dem Parteitage der Demokratischen Vereinigung in Göttingen verteilt wurde. Die Charakteristik entspricht so sehr der Charakteristik der nationalliberalen Partei, daß der Scherz in Wirklichkeit bitterer Ernst ist. Die nationalliberalen Kaufmannsleute werden folgendermaßen abgemalt:

„Auf dem nationalliberalen Parteitag hielt der Abgeordnete Strohmann ein begeistertes aufgenommenes Referat, in dem er die Stellung seiner Partei ebenso klar wie überzeugend dahin präziserte: Rechts steht der Feind, in der Mitte der Feind, links der Feind, vor uns der Widersacher, hinter uns der Gegner. Wir haben die schwere, aber erhabene Pflicht, den Kampf nach allen Fronten zu führen. Unbestimmt wird unsere Partei den Weg gerade aus gehen und rücksichtslos ihre Kompromisse sowohl nach rechts wie nach links hin schließen. Unserer Partei schweben voran die alten, großen, edlen Worte: National und liberal, Vaterland und Freiheit, Disziplin und Duldung, vertikal und horizontal: Herrscher des Vaterlands, Heil, Kaiser dir!“

Nachdem der Beifallssturm zwei Stunden und siebenundvierzig Minuten gedauert hatte, beschloß man, in die Diskussion einzutreten. Zuerst sprach Wassermann für den Bismarck-Block, dann Neumann für den Grobblock, dann Neumann für den Block aller Bürgerlichen, dann Neumann für einen national-liberal-konservativ-antidemokratischen Block. Alle Reden wurden mit Begeisterung aufgenommen. Wohl hätte man sich aber diesmal, wieder in den Fesseln von Anno 1910 zu verfallen und ohne eine Resolution auseinanderzugehen. Nein, einmütig brachten zum Schluß Strohm, Wasser, Fuhr, Neumann einen Antrag ein, der dann einstimmig angenommen wurde: Die in Duosell heute versammelten Wähler sind der Ansicht, daß die deutsche Politik nur durch einen Block gefördert werden kann. Sie fordern die Freunde im Lande auf, mit diesem Gesichtspunkte in den Kampf zu ziehen und Blöcke zu schließen, wo und mit wem immer sich eine Möglichkeit bietet, dabei aber nie zu vergessen, daß im Prinzip sich die nationalliberale Partei nur auf sich selbst verlassen kann.“

Die elsass-lothringische Zentrumspartei

hat am Sonntag in Straßburg wieder eine Delegiertenversammlung abgehalten, in der folgende Resolution angenommen wurde:

Der Delegiertentag der elsass-lothringischen Zentrumspartei beurteilt aufs schärfste die ablehnende Haltung, welche die Reichstagsfraktion des Zentrums seinen Beschlüssen in Sachen der Verfassungsreform Elsass-Lothringens hat angeheben lassen und beschließt: 1. den Reichstagsabgeordneten Delfor, Gauß, Hoer, Dr. Widlin, Weiterer, Dr. Will und Wittberger, sowie den der Partei angehörenden Landesauschuss Abgeordneten Volles Vertrauen für ihre Haltung gelegentlich der Beratung des Verfassungsgesetzes auszudrücken; 2. an seiner eigenen unabhängigen Landesorganisation mit deren Namen und Programm festzuhalten, dagegen den Beitritt zum neu zu gründenden Ausschuss der Zentrumspartei abzulehnen; 3. darüber, ob in Zukunft die dem elsass-lothringischen Zentrum angehörenden Abgeordneten gleichzeitig der Zentrumsfraktion des Reichstags an-

haftung eines Verkäufers der „Guerre Sociale“ bei der Rückkehr auf der Champagne ist auf ihn zurückzuführen. In der letzten Zeit besuchte er sich insbesondere mit der Ueberwachung der revolutionären Eisenbahner und drängte sich an den gemahregelten Streikführer Le Guennic heran.

Weitere Enthüllungen stehen bevor. Die „Guerre Sociale“ schickt sich an, der Öffentlichkeit mit einem in der revolutionären Bewegung sehr bekannten Namen aufzuwarten. Almergha bekannt übrigens offen, an den Personen der beiden Spindel-Freiheitsberaubung geht zu haben und fordert den Polizeipräsidenten auf, gegen ihn einzuschreiten. Herr Lepine wird's bleiben lassen. Es wäre ihm wohl nicht angenehm, wenn etwa auch noch die Affäre der famosen Bombenschwörung, die neulich „entdeckt“ aber schließlich wieder verscharrt wurde, aufgedeckt werden würde. Daß die Bombenaffäre des Eisenbahnerstreiks der Firma Fourny nicht fernlag, ist zweifellos. Man hat das Mißgeschick der einen aufgefundenen Bombe in Vorzimmer der Firma gefunden. Und die bei einem jungen Redakteur des „Libertaire“ bei seiner Verhaftung im Genossenschaftsrestaurant der Rue de Beelange gefundenen drei Bombenstücke waren, wie die Polizei berichtet, von demselben Modell! Ob nicht auch weitere Enthüllungen, die auf den vorzeitigen Ausbruch des Eisenbahnerstreiks selbst Licht werfen könnten, folgen werden, bleibe einstweilen dahingestellt.

Ein Hauptmörder in der ganzen Spindelunternehmung war der genannte „Dr.“ Reichmann, der unteres gleichfalls geständig worden ist. Ueber Taten und Werke dieses Edlen, der ein Glättchen unter dem Titel „Der Umsturz, internationales Organ für praktischen Anarchismus und Terrorismus“ herausgab, ein andermal. Der Reichmann war vielseitig. Er arbeitete hier für die russische Polizei, bereitete Bombenentwürfe gegen die nach der Champagne geforderten Soldaten vor und suchte in den deutschen Arbeiterkreisen der sozialdemokratischen Organisation entgegenzuwirken.

Die Leute von der „Guerre Sociale“ empfinden über ihr gelungenes Werk eine begriffliche Genugtuung. Sie dürfen sich aber nicht Rechenschaft darüber abgeben, daß es vor allem ein neues Zeugnis gegen ihre Taktik erbringt. Die Verwickeltheit züchtet immer und überall das Verdächtigeln. Auf dem Boden der „Kampfgemeinschaft“ wachsen mit Notwendigkeit die Azen. Und sie vergiften und zerstören sie, während die organisierte proletarische Massenbewegung die Polizeimeute, die über sie geworfen werden, wie Spinnwebgewebe zerreiht.

Entlarfung von Polizei-Anarchisten.

Paris, 10. Juni. (Fig. Ver.)

Ein ausgezeichnete Jang ist den revolutionären Jungmannschaften der „Guerre Sociale“ gelungen. Sie haben ein ganzes Nest von Lockspitzeln und Postgeheimvertrauten aufgedeckt und einen der gefährlichsten der Bande zur Ablegung eines Geständnisses gebracht, nachdem sie ihn mit einem Spiegelglas buchstäblich verhaftet und zwei Tage lang in Gewahrsam gehalten hatten. Die ganze Geschichte ist merkwürdig genug, um in den Details wiedergegeben zu werden.

Die Gruppe der „Guerre Sociale“, die bekanntlich mit „Kampfgemeinschaften“ arbeitet, hatte seit einem Jahr die Gewißheit gewonnen, daß sich Spindel in ihrer Mitte befanden. Es wurde in aller Heimlichkeit eine Gegenpolizei organisiert. Bald folgte man gegen bestimmte Personen einen Verdacht, der sich immer mehr verdichtete. Schließlich waren die Beweise gegen eine von ihnen beisammen. Man hätte noch zugewartet, um das gegen andere vorliegende Material zu vervollständigen, aber das Schreiben der Sippe beschränkte sich nicht auf Spionage, sondern hatte den Charakter der Lockspitzeln und wuchs sich zuletzt zu einer unmittelbaren Gefahr aus. So beschloß man denn, zuzugreifen. Ein seltsamer Zufall führte den bekannten Hauptspindeligen ins Reg. Am Mittwochmorgen erschien er auf der Redaktion der „Guerre Sociale“ und ersuchte um die Aufnahme unter die „jungen Garden“ des Blattes. Er heißt Eugen Dieder, alias Bonnet, und ist 35 Jahre alt. Als Referenzen gab er einige revolutionäre Gruppen an. Der Redakteur Almergha aber nahm ihn sofort ins Verhör. Wied geriet in Verwirrung, zitterte, stammelte. Er wurde nun von den anwesenden „jungen Garden“ festgenommen und bis Freitag in Gefangenschaft gehalten, wobei ihm großmütig die Behandlung als „politischer Flüchtling“ gewährt wurde: neben ausreichendem Kostverbreitung von Tabak und freie Zeltüre. Am Donnerstag wurde in dem Bureau des Blattes ein zweites Individuum verhaftet: Dudragne, derzeit verantwortlicher Redakteur des anarchischen Wochenblattes „Libertaire“. Gegen ihn konnte indes eine vollständig geschlossene Beweisreihe nicht geliefert werden, wenn auch die Verdachtsmomente ausreichend erschienen. Er wurde am Freitag freigelassen, ohne ein Geständnis abgelegt zu haben.

Wied aber hat ein schriftliches Geständnis abgelegt.

gehören sollen, hat statutenmäßig die Kreisorganisation zu beschließen.

Die „Germania“ erklärt in dieser Resolution eine gewisse „Mhigung“, sie hegt die Hoffnung, daß die „Mhstimmung“ der Kssler bald schwinden werde, eine Hoffnung, die wohl in Erfüllung gehen dürfte, denn die feindlichen Brüder werden sich schon auf ihrem reaktionären Wege wieder zusammensuchen.

Ein sonderbarer Schwärmer.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Strefemann hat am Sonnabend in München gesprochen. Nach den „Münchener Neuzeit“ erklärte er:

„In ihrer Stellung zur Sozialdemokratie warte die nationalliberale Partei ab, ob die Revisionisten oder die Radikalen die Oberhand behalten, ob die Sozialdemokratie sich in den Rahmen des heutigen Staates einfügen werde und sachlich mit der nationalliberalen Partei zusammenarbeiten gekonnen sei. Das nächste Plottengesetz, so meinte der Redner ironisch, werde hierzu der Prüfstein sein.“

Der Probe wird lange warten können! Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen zur Vereitelung der Sozialpolitik, zur Stärkung des Militarismus und Militarismus — der Gedanke kann in der Partei nur ungetrübte Heiterkeit wecken. Wenn die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wollen — zum Beispiel bei der Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, bei der demokratischen Ausgestaltung der Reichsgefggebung usw., dann sind sie es, die gründlich zu revidieren haben. Aber freilich, darauf zu warten, fällt und nicht ein.

Die Meineidsbeschuldigung der Sozialdemokratie

durch den Danziger Gerichtsassessor Warmbrunn beschäftigte eine am 8. Juni in Danzig tagende überfüllte Volksversammlung. Nach einer Abrechnung des Reichstagskandidaten Markwald-Königsberg mit den Danziger Gerichts- und Polizeizustnden wurde die folgende Resolution beschloßen:

„Die Versammlung hat davon Kenntnis genommen, daß ein Vorsitzender des Danziger Schöffengerichts, Assessor Warmbrunn, am 1. Juni dieses Jahres amtlich und öffentlich die unwahre Behauptung aufgestellt hat, die sozialdemokratische Partei habe offen erklärt, daß sie ihre Anhänger der gerichtliche Eid nicht bindend sei.“

Die Versammlung spricht ihre Erbitterung über die deutsche Gefggebung aus, welche es zulst, daß ein Mann, welcher Millionen deutscher Männer und Frauen wahrheitswidrig der Neigung zum Meineide bezichtigt, auch weiter das Richteramt bekleiden darf.

Die Versammlung sieht in dem Verhalten des Assessors eine neue Verstärkung der sozialdemokratischen Auffassung, daß die meisten Gerichtshufe, wenn es sich um Klassen- und Parteinteressen handelt, unbedenktlich in Klassenurteilen befangen sind; sie tritt dementsprechend für die sozialdemokratische Forderung ein, daß die Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter zu erfolgen hat.“

Sozialdemokratische Sparkassen.

In der volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Die Sparkasse“, amtliches Fachblatt des Deutschen Sparkassen-Verbandes, findet sich in der Nummer 702 vom 1. Juni folgende Jeremiade über die sozialdemokratische Wertlosigkeit:

„Der Reichsbote“ beleuchtet sehr richtig die Gefahren, die die beabsichtigte Gründung sozialdemokratischer Sparkassen vor allem für die Spargelder der Arbeiter selbst birgt. Es ist also auf nicht mehr und nicht weniger als auf die vollständige Auspoberung, auf die absolute Entziehung der Arbeiterbevölkerung abgesehen. Auch der letzte Groschen ihrer sauren Arbeit soll ihnen zu Parteizwecken aus der Tasche gelockt werden. Das Wrechen von der Vereindung der Massen soll dadurch zu buchstäblicher Wahrhaft gemacht werden. Es soll also bei der absoluten politischen Willenslosigkeit des Arbeiters, wie sie heute schon geschaffen ist, noch einmal sein Vermögen haben, sondern jede persönliche Willensbestimmung selbst über das mhstlch erworbene Stück Brot will man ihnen rauben. In welchem Sinne des Wortes gefesselt will man das Arbeiterheer in seine Hände bekommen, um sich selbst auf diese Weise eine unbesiegbare Macht zu schaffen. Wahrlich, ein sein ausgeklngelter Plan! Seine Entfllung kommt und sehr zu rechter Zeit, denn vor den Wählen ist es nötig, das Volk auf diese Ausplnderungsplne der Sozialdemokratie hinzuweisen, auf daß es sich hätte, die Sozialdemokratie durch die Wählen verstärken zu lassen. Was wollen die kleinen Plnderer der Finanzreform gegen diese plammhige und vollkommene Ausplünderung der bauernwerten Arbeiter bedeuten, bei der man jetzt schon ganz ruhig den Zwang in Aussicht stellt, und wie der Zwang in sozialdemokratischer terroristischer Handhabung ausführt, das ist bekannt.“

Daß ein volkswirtschaftliches Organ ausgerechnet den „Reichsboten“ als Kronzeugen anruft, genügt schon zur Charakterisierung der Objektivität, mit der es seine Volkswirtschaft bearbeitet. Es erübrigt sich daher auch, auf das alberne Geschwg von den „sozialdemokratischen Sparkassen“ näher einzugehen.

Wie der Militarismus das menschliche Selbstgefühl zertrampelt.

Ein bemerkenswerter Militarprozess beschäftigte das Dresdener Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz. Wegen „Achtungsverletzung“ war der **LION GÖPFERT** von der 4. Eskadron des **Manentregiments Nr. 17** in **Dicksch** angeklagt. Am 25. März, nach dem Eintritten vom Exerzieren, machte der Sergeant **Kranke** einem Mann Vorhaltungen wegen einer Unregelmhigkeit. Der Vorgesetzte drohte dem Soldaten, ihn nach Dresden — d. h. ins Festungsgefngnis oder vor das Kriegsgericht — zu bringen. Göpfert fragte darauf seinen Kameraden, was er dem ausgesprochen habe. Als der Sergeant nunmehr dem Göpfert gegenüber erklärte, ihm ginge die Sache nichts an und er sei auch nur als Lump zum Militär gekommen, erwiderte G.: „Ich bin als anständiger Mensch zum Militär gekommen und wenn ich ein Lump geworden bin, so nur durch das Einsperren in Arrest und durch die Unteroffiziere!“ Obgleich der Sergeant bei dem Vorfall nicht einwandfrei gehandelt hatte, brachte er die Sache zur Mldung. Das Kriegsgericht billigte dem Angeklagten den § 98 des Militärstrafgesetzbuches zu, indem es annahm, daß der Angeklagte durch das Wort Lump gereizt worden ist. Es warf aber trotzdem die 18 Tage strengen Arrest aus. Der Vorgesetzte war mit einer Disziplinarstrafe von zwei Tagen gelindem Arrest davongekommen. Dem Gerichtsherrn war die Strafe noch zu niedrig, er legte Berufung ein und erstrebte eine Gefängnisstrafe. Vom Verhandlungsführer am Berufungsgericht wurde das Verhalten Gpferts als eine bodenlose Unverschämtheit bezeichnet. Der Anklagevertreter beantragte mit Mdsicht auf die grenzenlose Frechheit und Disziplinlosigkeit eine Gefängnisstrafe! Es sei angebracht, hier mit großer Strenge vorzugehen. Es mögen bei genanntem Regiment in letzter Zeit mehrfach unerwnsliche Sachen vorgekommen sein, aber ein Soldat sei nicht berufen, sich zum Richter über die Vorgesetzten aufzuspielen. Das Berufungsgericht hob dann auch das erstinstanzliche Urteil auf und erklärte auf die egoridante Strafe von vier Wochen strengem Arrest!

Oesterreich.

Aus der Wahlbewegung.

Asch (Böhmen), 12. Juni. Der deutsche Landtagsabgeordnete **Dr. Karl Liebtnecht** hielt gestern hier eine Versammlung ab, in der er einen Vortrag halten wollte, der bei der Regierung als „Sozialpolitisches Jena“ angemeldet worden war. Als Liebtnecht über die sterreichischen Verhältnisse sprechen wollte, löste der anwesende Regierungsvertreter die Versammlung auf. Auf der Straße kam es zu Zusammenstößen zwischen der Gendarmrie und den Sozialisten. Nachmittags wurde aus demselben Grunde eine Versammlung in der Nähe von **Asch** aufgelöst; auch hier kam es zu Zusammenstößen.

Wien, 12. Juni. Wie die Blätter aus **Troppau** melden, kam es bei einer Whlerversammlung in **Oderfurt** bei **Mährisch-Odrau** zu Zusammenstößen zwischen deutschfreibulichen und sozialdemokratischen Wählern, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Viele Personen wurden verhaftet. Die Gendarmrie stellte die Ordnung wieder her.

Frankreich.

Die Wingerbewegung.

Paris, 12. Juni. Der Verbandsausschu der Winger des **Aude**departements fordert in einem einstimmig gefaßten Beschlusse sämtliche Gemeindevertretungen des Departements auf, innerhalb von acht Tagen ihre Entlassung zu geben, falls das ganze Abgrenzungsgesetz bis dahin nicht abgeschlossen ist. Gleichzeitig wird die Bevölkerung unter Hinweis auf ihre Kollage aufgefordert, alle Steuern zu verweigern. In den Dörfern bei **Bar-sur-Aube** fanden gestern abend lärmende Kundgebungen gegen den Abgrenzungserlass statt. Die Winger zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Straßen; es kam dabei wiederholt zu Zusammenstößen mit Gendarmen und mit Dragonerpatrouillen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgebeten waren.

In **Bordeaux** fand unter Vorsitz des Mitgliedes des Generalrats **Eymond** eine auch von mehreren Abgeordneten des Departements **Gironde** besuchte Versammlung von etwa 1600 Wingern statt, die sich mit Entschiedenheit gegen die Abschaffung der Abgrenzung der Weinbaugebiete aussprach. **Eymond** hielt eine Ansprache, in der er Ruhe empfahl, jedoch hinzufügte, sie wären entschlossen, Gewalt anzuwenden, falls man gegen sie Gewalt brauche.

Belgien.

Die Ministerkrise.

Brüssel, 12. Juni. Rabinettchef **de Broqueville** wird heute abend dem König die neue Ministerliste vorlegen. Die Unterhandlungen über die Besetzung der Portefeuilles sind zum Abschluß gebracht und das Kabinett ist so gut wie gebildet. Mit Ausnahme von vier Ministern bleibt das Kabinett dasselbe wie das vorige. Die Erklärung des neuen Kabinetts vor der Kammer wird nicht vor dem 20. d. M. verlesen werden.

Aus der Partei.

Neberstufige Politik.

Die „Schwb. Tagw.“ kommt auf unsere Bemerkungen über die letzte Parteiversammlung zu und teilt ihren Lesern zunächst mit, daß über diese Versammlung „vom Vorsitzenden der Stuttgarter Organisation ausführlicher berichtet worden sei, als die Stuttgarter Parteileitung in der „Schwb. Tagw.“ berichtet habe. Wir können nicht annehmen, daß diese Mitteilung ein Vorwurf sein soll. Denn es ist nicht unbekannt, daß die Stuttgarter Parteileitung gerne bereit wäre, in der „Tagw.“ ausführlicher zu Wort zu kommen. Wir dürfen also hoffen, daß dieser offenbar auch bei der Redaktion vorhandene Wunsch knftiglich in allen Parteifrgen in höherem Maße als bisher erfüllt werde.

Ebenso können wir es nur begruen, wenn die „Tagwacht“ gang in Uebereinstimmung mit uns und unserem Korrespondenten schreibt:

„Ruhe und Frieden ist der Stuttgarter Parteiorganisation allerdings bitter not, und auch die Parteigenossen im Lande, die unter den gegenwärtigen Zuständen schwer leiden, können mit Recht verlangen, daß endlich Ruhe und Ordnung eintritt.“

Nur können wir es leider nicht als richtiges Mittel, diese dringende Notwendigkeit zu erfüllen, ansehen, wenn die „Tagw.“ dann fortfhrt: „Die Voraussetzung dazu aber ist, daß die Parteileitung die Parteigenossen eint, statt sie zu spalten.“

Ein solch schwerer und unbedachtigter Vorwurf ist sicher dem Frieden nicht förderlich. Ebensovienig erscheint es uns richtig, die in der ersten Erregung vielleicht menschlich begreifliche, aber sachlich ungerechtfertigte Aktion gegen das Abstimmungsresultat fortzusetzen. Die Vorgänge in Stuttgart erregen schon jetzt die Aufmerksamkeit der gegnerischen Presse, die in ihrer übertreibenden und entstehenden Art daraus Kapital gegen die Partei zu schlagen sucht. Wir sind überzeugt, daß in der Gesamtpartei der sehr nachdrückliche Wunsch besteht, daß der Förderung des Streites in Stuttgart Einhalt geboten werde. Und gerade die Ausführungen der „Schwb. Tagw.“ beweisen ja, daß derselbe Wunsch auch bei den Stuttgarter Genossen besteht — wie wir hinzufügen möchten, ohne Unterschied der Richtung. Denn diese kampferfahrene Parteigenossenschaft weiß, daß sie in dem Jahre der Reichstagswhlen sich keine inneren Konflikte gestatten darf.

Tot eines russischen Freiheitskmpfers.

Je mehr größer wird die Zahl der Opfer, die das russische Proletariat dem **Roloch** des **Parismus** bringt, immer stärker die Wten, die der Tod in den Reihen der sozialdemokratischen Partei **Russlands** reißt. Der **Wojen** einer ist nun in der Gestalt des Genossen **Vogdan Krunianz** aus unseren Reihen geschieden. Klglich und unerwartet ist dieser starke, rstige Mann, dessen Kmpfernatur aller Hindernisse spottete, dessen Energie und Tatkraft auch in den Jahren der finsternen Reaktion nicht verlegte, von seinen Feinden zur Straße gebracht worden. In den finsternen, verheulenen Jellen des Gefängnisses zu **Vaku**, wohin er nach seiner jüngsten Verhaftung gebracht wurde, ist er der dort herrschenden Typhusepidemie zum Opfer gefallen.

Genosse **Krunianz** (weilen **Kreizen** der Partei auch unter dem Namen **Kuden** und **Kadin** bekannt) stand fast ein Jahrzehnt lang in den ersten Reihen der russischen Sozialdemokratie, der er als Redner, als Schriftführer, als Organisator diente. Schon auf dem 2. Parteikongress im Jahre 1903, der eigentlich den Grundstein für die Parteioorganisation legte, war er als Delegierter anwesend. Die folgenden Jahre verstrichen für ihn in fieberhafter Tätigkeit, in der sich seine stammende, hinreißende Beredsamkeit und seine organisatorische Fähigkeit entfalteten. Im Revolutionsjahre 1905 war er einer der populärsten Redner auf den **Petersburger Meetings**, dem die Massen zujubelten, wie selten jemandem. Als vor den entscheidenden Ereignissen im Oktober 1905 der **Petersburger Arbeiterdelegiertenrat** zusammentrat, wurde Genosse **Krunianz** als

Vertreter der sozialdemokratischen Partei **Roschin** entsandt und nahm als Mitglied des Exekutivkomitees hervorragenden Anteil an der Tätigkeit dieses revolutionären Arbeiterparlaments. Am 16. Dezember wurde er zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Delegiertenrates verhaftet und im nachfolgenden Prozeß zur Verbannung nach **Sibirien** verurteilt. Er flüchtete von dort ins Ausland, um nach kurzer Unterbrechung wieder zur revolutionären Tätigkeit in **Russland** zurückzukehren. Er war einer von den wenigen, die den mörderischen Schlägen der Konterrevolution standhielten und zäh und unermüdlich in den Reihen des kämpfenden Proletariats weiter arbeiteten. In **Vaku** geriet er den Schergen der Polizei in die Hände, denen es infolge eines unglücklichen Zufalls gelang, seine Identität festzustellen, was zur Folge hatte, daß ein Verfahren wegen seiner Flucht aus der Verbannung gegen ihn eingeleitet wurde. Ihm drohte in diesem Prozeß eine langjährige Zwangsarbeitsstrafe. Noch ehe aber dieses Urteil gefllt wurde, fiel Genosse **Krunianz** den grauenvollen Zuständen im Gefängnis zum Opfer. Das russische, das internationale Proletariat wird den Namen dieses unermüdlichen Kämpfers in Ehren halten.

ffentliche Berichterstattung. Die „**Mannheimer Volksstimme**“ bringt einen Bericht vom Delegiertentage des Deutschen Choralgesangsverbandes in **Mannheim**. In dem Bericht findet sich folgende Stelle:

In der Nachmittagsjhrung besuchte Herr Reichstagsabgeordneter **Dr. Frank** die Versammlung mit seinem Besuche. Ähnlich las man es bisher nur in Hofnachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sonderbare Auslegung des Begriffs der öffentlichen Versammlung.

Am 16. Oktober v. J. fand in der Wohnstube eines Besitzers in **Wilschken**, Kreis **Rabiau**, eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins statt. Parteisekretär **Linde** aus **Königsberg** hatte hierzu nur die Mitglieder einzeln brieflich eingeladen. Vor Beginn der Versammlung kontrollierte Genosse **Linde** die Anwesenden auf ihre Mitgliedschaft und forderte die Nichtmitglieder auf, den Raum zu verlassen. Während der Rede **Lindes** waren nun aber noch zwei Besucher hinzugekommen, die noch nicht Mitglieder waren. Der schlechten Luft wegen, die im voll besetzten Zimmer herrschte, wurde ein Fenster geöffnet und auch die Tür, die zum **Flur** führte, nicht geschlossen. Im **Flur** standen zwei Lehrlinge und draußen vor dem Fenster saß ein alte Frau, die auf ihren Mann wartete. Hieraus wurde den Veranstalter der Versammlung ein Streit gedreht. — Vor Gericht erklärten diese drei Zeugen, von dem Vortrag nichts verstanden zu haben. — Die Veranstalter dieser Vereinsversammlung erhielten aber Bestrafungen über je 20 Mark wegen Abhaltung einer „ffentlichen Versammlung“, die nicht polizeilich angemeldet worden war. Vom Schöffengericht wurde der Besitzer der Wohnung freigesprochen, weil natürlich nach dem Reichsvereinsgesetz nur der Veranstalter oder Leiter einer Versammlung wegen Uebertretung bestraft werden kann. Die Bestrafung des Genossen **Linde** wurde jedoch vom Schöffengericht und von der Strafkammer aufrecht erhalten und die hiergegen eingelegte Revision vom Oberlandesgericht in **Königsberg** verworfen.

In dem sonderbaren Urteil des Berufungsgerichts heißt es: „Die in Rede stehende Versammlung sei sowohl eine politische als auch eine öffentliche und sei daher anmeldepflichtig gewesen. Der Angeklagte habe damit rechnen müssen, daß sich die Nachricht von der sozialdemokratischen Versammlung schnell herumsprechen würde und daß infolgedessen sich viele Nichtmitglieder einfinden würden. Aus diesem besonderen Grunde sei eine strengere Kontrolle im vorliegenden Falle erforderlich gewesen, um die Versammlung als eine Mitgliederversammlung zu begrenzen. Die von ihm geſuchte Kontrolle sei gänzlich unzureichend gewesen. Der Angeklagte habe aber auch garricht die Nichtmitglieder ausschließen wollen, ihm sei ihre Anwesenheit im Gegenteil sehr erwünscht gewesen. Ausschlaggebend hierfür sei, daß die Fenster und die Türe des Versammlungsraumes offen gehalten hätten, obgleich die Versammlung am 16. Oktober, also bereits zu fhler Jahreszeit (!) stattgefunden hatte. Hiermit habe der Angeklagte nur den Zweck verfolgen können, den Vortrag einer unbeschränkten Personenzahl zugänglich zu machen. Er habe die von ihm einberufene Versammlung gar nicht als eine Vereinsversammlung gewollt, vielmehr sei er lebhaft in der Absicht, das Vereinsgesetz zu umgehen, bemüht gewesen, der Versammlung auerlich den Charakter einer Vereinsversammlung zu geben.“

Das Oberlandesgericht sieht die in der Revision des Angeklagten gerugte „Verletzung der Öffentlichkeit“ nicht gelten. Auch erkannte es keinen Rechtsirrtum des Vorderrichters an und verworf die Revision.

Bei dieser Handhabung und Auslegung des Reichsvereinsgesetzes ist es in **Ostpreußen** berhaupt nicht mehr möglich, Vereinsversammlungen abzuhalten, ohne sie polizeilich anzumelden und überwachen zu lassen. Denn in ähnlich liegenden Fällen sind bereits in sehr verschiedenen Reichstagswahlkreisen **Ostpreußen** unsere Genossen, die dort Vereinsversammlungen abhielten, ohne sie polizeilich anzumelden, bestraft worden. Die Berufungen wurden aus ähnlichen, wie hier angegebenen Gründen verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Aktiengesellschaften im 1. Vierteljahr 1911.

Nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Befragungen der Gerichte im „**Reichsanzeiger**“ wurden in den Monaten Januar, Februar und März 1911 33 Gesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 48,11 Millionen Mark gegründet. 10 Gesellschaften hiervon mit 17,74 Millionen Mark Kapital wurden unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sockelkapitalen bei diesen Umlagen wurden 10,71 Millionen Mark in Aktien gewährt. Bemerkenswert ist, daß das Kaiserliche Statistische Amt nur diejenigen Sachverhalte feststellen kann, welche unter Beobachtung der Schulpflicht des § 186 Absatz 2 des Handelsgesetzbuches eingehend sind.

Kapitalerhöhungen erfolgten im ersten Vierteljahr 1911 bei 60 Gesellschaften um 102,80 Millionen Mark. 28 Gesellschaften nahmen Kapitalerhöhungen um 12,83 Millionen Mark vor. Im selben Zeitraum traten 21 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 21,74 Millionen Mark in Liquidation. Bei 3 Gesellschaften mit 2,80 Millionen Mark Kapital wurde das Konkursverfahren rffnet.

Zunahme der Auswanderung. In den Monaten Januar bis April des laufenden Jahres hatte die Auswanderung über die deutschen Nordseehäfen **Hamburg** und **Bremen** einen stndigen Rückgang erfahren. Im Mai ist eine Wendung eingetreten. Ueber **Hamburg** sind nämlich im Mai ausgemindert 9700 Personen gegen 6900 Personen im April und über **Bremen** 13 300 Personen gegen 10 200 Personen. Zwar bleiben in beiden Hfen die diesjährigen Ziffern immer noch wesentlich hinter denen des Vorjahres zurück, doch legt anscheinend die Wände der Wendung nach oben bereits eine größere Bedeutung bei. Die Ursache für den Rückgang der Auswanderer, die in der Hauptsache aus den ostpreussischen Bändern stammen, war in der Stdigung des Geschäfts in den Vereinigten Staaten zu suchen. Obwohl es gegenwärtig in **Nordamerika** noch nicht besser geht, hat doch die Auswanderung zugenommen. Doch darf nicht übersehen werden, daß nicht mehr ein so großer Teil der Auswanderer sich nach den Vereinigten Staaten wendet wie früher, sondern daß wesentliche Verschiebungen zugunsten **Spaniens** stattgefunden haben. Sehr viele Auswanderer lassen sich auch in den Hfen der Vereinigten Staaten aussteigen, wegen des frgeren Schiffweges und begeben sich erst dann zu Land nach **Kanada**, wenn sie in der Heimat keine Beschäftigung gefunden haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Schmiedegewerbe

scheint jetzt gesichert zu sein, nachdem die weiteren Verhandlungen mit der Berliner Schmiedevereinigung zu einem Ergebnis geführt haben, mit dem sich am Sonntag eine Versammlung der Innungsgefellenen, die den großen Saal von Vocker in der Weberstraße füllte, einverstanden erklärte. Wie der Abgesandte Engelhardt dort berichtete, haben die Meister nun bei den letzten Verhandlungen noch die Forderung anerkannt, daß Sonnabends eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, jedoch ohne Bezahlung für die ausfallende Stunde. Sollte es, bis die Kundschaft sich an diese Forderung gewöhnt, hier und da einmal vorkommen, daß Sonnabends länger gearbeitet werden muß, so muß auch diese Stunde als Ueberstunde mit dem allgemeinen Zuschlag von 20 Pf. bezahlt werden. Bei den Bestimmungen über die Mindestlöhne, die wir ja bereits in Nr. 133 des „Vorwärts“ mitteilten, haben die Meister sich damit einverstanden erklärt, daß der Nachsatz gestrichen wird, der besagt, daß solchen Arbeitnehmern, die sich weiter ausbilden wollen, geringerer Lohn bezahlt werden kann. Da es ja das Bestreben jedes Ge Fellenen ist und sein muß, sich weiter auszubilden in seinem Beruf, mußte es wohl als selbstverständlich gelten, daß eine solche Bestimmung nicht in den Tarifvertrag hineinkommt. Nicht verzichten wollen die Meister auf die Bestimmung, daß der Lohn für Ausgelernte und Zugeressene nach Leistungen vereinbart werden kann. Für Ge Fellenen, die schon einmal in Berlin gearbeitet haben und von neuem zu reisen, soll diese Bestimmung keine Geltung haben. Es wird jedoch noch notwendig sein, festzulegen, innerhalb welcher Frist die Ausgelernten und Zugeressenen den Mindestlohn erreicht haben müssen. Eine allgemeine Lohnzulage für diejenigen Ge Fellenen, die die neuen Mindestlöhne schon erreicht haben, lehnen die Meister nach wie vor ab. Auch hinsichtlich der Abschaffung der Arbeitsvermittlung an den Sonntagen verhielten sie sich nach wie vor ablehnend, erklärten jedoch, daß die Ge Fellenen sich ja nochmals an die Behörden wenden könnten und dann vielleicht mehr Erfolg als bisher haben würden. Der neue Vertrag soll bis zum 31. Mai 1914 gelten, jedoch ohne die für das Jahr 1913 geforderte weitere Lohnerhöhung. Die Bestimmung, daß Abmachungen, die dem Tarifvertrag zuwiderlaufen, keine Gültigkeit haben, wurde von den Meistern abgelehnt, jedoch soll statt dessen folgende Erklärung aufgenommen werden:

„Die Innungsversammlung gibt die Erklärung ab, daß diese Abmachungen innegehalten werden.“

Im übrigen will der Innungs Vorstand auch dahin wirken, daß bei Klagen vor dem Innungsschiedsgericht die Abmachungen als rechtsverbindlich anerkannt werden. Weitere Zugeständnisse waren bei den Verhandlungen nicht zu erzielen. Es hatte sich nun bereits am Sonntagmorgen um 7 Uhr eine Konferenz der Ge Fellenaus schüsse, der Vertrauensmänner und der Ortsverwaltung des Schmiedeverbandes mit der Frage befaßt, ob die Abmachungen, wie sie jetzt vorliegen, gutgeheißen werden könnten, und sie war nach eingehender Beratung zu dem Entschluß gekommen, der Versammlung die Annahme zu empfehlen. In der Versammlung entspann sich über einzelne Punkte eine lebhafte Diskussion und es zeigte sich, daß man in mancher Hinsicht von den Abmachungen nicht befriedigt war. Dabei wurde es unter anderem auch scharf beurteilt, daß die Innung sich nicht zur Beseitigung des ständigen Zustandes der Arbeitsvermittlung an den Sonntagen aufschwängen konnte, und es wurde betont, daß, wenn auch die weiteren Eingaben an die Behörden erfolgreich bleiben sollten, es Sache der Arbeiter sein muß, durch energische Anwendung der Selbsthilfe mit der sonntäglichen Arbeitsvermittlung gründlich aufzuräumen. Die Abmachungen wurden dann schließlich von der Versammlung gegen ungefähr 10 Stimmen gutgeheißen. Damit scheint die Lohnbewegung, soweit die Berliner Innungsbetriebe in Frage kommen und die Abmachungen endgültig festgelegt werden, erledigt. Von der Charlottenburger Schmiedevereinigung liegt bereits eine Erklärung des Obermeisters vor, wonach sie sich dem, was in Berlin zustande kommt, anschließen wird. Von der Rigborfer Innung ist eine Antwort noch nicht eingegangen, jedoch wurde von jener Seite im vorigen Jahre erklärt, daß man sich ebenfalls mit dem einverstanden erklären wollte, was in Berlin anerkannt wurde, und es darf wohl erwartet werden, daß die Innungsmeister sich dort auch jetzt auf denselben Standpunkt stellen werden. Es wird nun sofort dafür gesorgt werden, daß der Tarifvertrag mit der Berliner Innung endgültig festgelegt wird, um ihn dann auch den Innungen in den verschiedenen Vororten Berlin sowie den Meistern, die einer Innung nicht angehören, zur Anerkennung vorzulegen, so daß er über das ganze Gebiet Groß-Berlins Geltung erhält. Arbeitgeber, die die Anerkennung des Vertrages ablehnen, haben mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen. Diejenigen Arbeitgeber, die bereits dordem bewilligt hatten, sollen ebenfalls um Anerkennung der Abmachungen in der Form, wie sie durch die Verhandlungen mit der Berliner Innung zustande gekommen sind, ersucht werden. Die Versammlung erklärte sich auch mit diesen Vorschlägen einverstanden. In einem Schlußwort erklärte der Vorsitzende Stiering, daß die Lohnbewegung keineswegs auf der ganzen Linie als abgeschlossen anzusehen sei, sondern daß es noch einer energiegelben Tätigkeit bedürfe, um die Abmachungen auch wirklich überall und dauernd zur Geltung zu bringen. Voraussetzung dazu sei vor allem festes Zusammenhalten in der Organisation.

Der Streik der Parkettbodenleger.

Neue Bewilligungen sind noch nicht wieder erfolgt, jedoch stehen mehrere Firmen mit der Streikleitung in Verhandlung. Wie in der Versammlung der Streikenden am Montag mitgeteilt wurde, sollen die Unternehmer in ihrer Zusammenkunft beschließen haben, die Forderungen der Streikenden nur zum Teil zu bewilligen, das heißt, vorläufig nur 80 Pf. Grundlohn zu bezahlen und dieselbe später auf den geforderten Satz von 90 Pf. zu erhöhen. Dagegen werden die Streikenden nicht eingehen. Dagegen ist die Streikleitung bereit, mit den Unternehmern, wenn sie es wünschen, zu verhandeln. — Die Firmen, welche bewilligt haben, stellen am Montag eine Anzahl neuer Arbeitskräfte aus den Reihen der Streikenden ein.

Bei der Firma Ebinger sind zwei Arbeitswillige beschäftigt, die es wirklich nicht nötig hätten, den Streikenden in den Rücken zu fallen, denn die beiden Leute betreiben gutgehende Schankwirtschaften. Klüme ist einer der beiden. Er hat auch bei früheren Lohnkämpfen schon Arbeitswilligendienste verrichtet. Er hat zwei Schankwirtschaften, Spenerstraße 6 und Birkenstraße 66. Der andere Arbeitswillige heißt Daugutt und betreibt eine Schankwirtschaft in Charlottenburg, Wardstr. 23. — Die Firma Kampfmeier sucht sich auf dieselbe Weise wie bei früheren Streiks Arbeitswillige zu beschaffen. Sie verlangt durch Inserate in der „Morgenpost“ und in der „Volkzeitung“ Holzarbeiter, als Tischler, Stellmacher, Zimmerer, die zum Bodenlegen angelehrt werden sollen. Dabei werden den Leuten Verdienste in Aussicht gestellt, die sehr geübte Bodenleger nur unter günstigen Verhältnissen erzielen können. Die Streikleitung hat natürlich Vorzage getroffen, daß Leute, die sich etwa auf solche Inserate melden sollten, über die Sachlage unterrichtet werden. — Bemerkenswert ist, daß vier Zimmerer von der Lokalorganisation Katerscher Richtung bei Kampfmeier als Streikbrecher eingetretten sind. Ueber ihr Verhalten zur Rede gestellt, sagten sie, in ihrem Organ, der „Einigkeit“, siehe nichts über den Streik und den „Vorwärts“ lesen sie grundfänglich nicht. Die Herren haben aber auch, nachdem sie durch mündliche Mitteilung Kenntnis von dem Streik erhalten hatten, ihre Arbeitswilligendienstleistungen fortgesetzt. Sie können sich also nicht mehr mit Unkenntnis entschuldigen, sondern sind bewusste Streikbrecher.

Mühlensarbeiter. Die Differenzen mit der Goldacker-Mühle bestehen unverändert fort. Dieser Betrieb, Besitzer Großhändlerbesitzer Eduard Goldacker, Brunnensstr. 129/130, ist wegen Tarifbruch und Nahrungsgeld der Mühlensarbeiter gesperrt. — Zugung ist strengstens fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Injeratenteil verantw. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW, Tiergarten 2 Weingarten u. Unterhaltungsbld.

Stellmacher! Unter Chiffreadresse werden durch das Annoncen-Bureau von Rudolf Hoffe Kastenmacher, Kastenheiser und Stellmacher nach Berlin, Arbeitsnachweis der Stellmacher-Innung, gesucht. Da dieses Inserat auch in Parteiblättern Aufnahme gefunden hat, ersuchen wir, zu unterlassen, ob die Stellmacher für Berlin bestimmt sind. Der Arbeitsnachweis der Stellmacher-Innung ist gesperrt, das Umhauhen streng verboten. Die Vermittlung von Stellmachern findet nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis Mommannstr. 13, vormittags von 8—10 Uhr, statt. Wer ohne diesen Nachweis in Arbeit tritt, wird als Streikbrecher betrachtet.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter ersuchen wir, hieron Notiz zu nehmen.

Die Zentralkommission der Stellmacher Deutschlands.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Formier.

Am letzten Donnerstag fanden in Passau weitere Verhandlungen mit dem Verein der Eisenwerke statt. Es waren 22 Unternehmer, drei Vertreter der Arbeiterorganisationen und sieben noch in den Betrieben beschäftigte Arbeiter vertreten. Nach siebenstündiger Verhandlung wurde folgendes Ergebnis erzielt: 1. Die 9½-stündige Arbeitszeit wird bewilligt. 2. Für Ueberstunden, die vom Unternehmer angeordnet werden, sollen 25 Proz. Aufschlag zum Lohn oder Akkordverdienst kommen. 3. Bestehende Akkordpreise sollen nicht herabgesetzt werden; bei neuen Akkordpreisen wird der Durchschnittsverdienst der letzten sechs Wochen einschließlich des Akkordes für den betreffenden Arbeiter der Berechnung zugrunde gelegt und gewährleistet. 4. Unverschuldeter Ausschuß wird in voller Höhe des Akkordpreises bezahlt; zur Prüfung der Schuldfrage wird eine paritätische Kommission eingesetzt. 5. Ueber Betriebsverrichtungen (Sicherheitsvorrichtungen, Hilfsarbeiter, hygienische Einrichtungen usw.) soll betriebsweise verhandelt werden. 6. Lohnberechnung findet 14-tägig statt, Lohnzahlung am Freitag jeder Woche. An den Zwischenfreitagen, an denen nicht gerechnet wird, soll der volle Durchschnittsverdienst zur Auszahlung kommen. 7. Einsetzung eines Arbeiterausschusses durch freie Wahl der Arbeiter selbst.

Soweit war das Ergebnis der Verhandlungen durchaus zufriedenstellend. Die beiden wichtigsten Punkte waren aber noch unerledigt: Aufhebung der vierzehntägigen Kündigung des Arbeitsverhältnisses und Erhöhung der Stundenlöhne und Akkordlöhne. Die Aufhebung der Kündigungsfrist ist ganz besonders für Zorgelow unbedingt notwendig; das geht schon daraus hervor, daß die Zorgelower Unternehmer keine Bindung auf 1, 2 oder 3 Jahre eingehen wollen; wenn sie die Vereinbarungen nicht innehalten, ist ein schnelles Handeln der Arbeiter ausgeschlossen. Die Forderung der Erhöhung der Lohn- und Akkordlöhne liegt in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß 1908 und 1909 geradezu ungeheuerliche Abzüge gemacht wurden und daß das Einkommen der Lohnarbeiter in einzelnen Betrieben geradezu erbärmlich niedrig ist.

Vor und nach dem 1. Juni haben Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern stattgefunden. Die Firma Währ u. Co. in Zorgelow hat einen Vertrag mit zweijähriger Gültigkeit mit dem Metallarbeiterverband und dem Gewerksverein abgeschlossen und darin die vorstehenden allgemeinen Arbeitsbedingungen angenommen und außerdem nennenswerte Zulagen zu den Akkordpreisen und Stundenlöhnen bewilligt. In Wenzlau haben die beiden dortigen Eisereisenfirmen den gleichen Vertrag angenommen; dort sind Akkordzulagen von 15—25 Proz. und mehr und Stundenlohnzulagen bis zu 6 Pf. bewilligt worden. Mit zwei Zorgelower Firmen wird noch verhandelt.

Der Verein der Eisenwerke Pommerns und der Mark hat am Mittwoch eine Sitzung abgehalten und danach dem Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes seine Entschlieung übermitteln, nach der die Kündigung des Arbeitsverhältnisses für jeden Ort besonders geregelt werden soll; eine Erhöhung der Löhne und Einzelverhandlungen mit den Werken werden abgelehnt.

Das ist die Kriegserklärung. Die Zorgelower Unternehmer hatten schon vorher beschlossen, die Abschaffung der Kündigungsfrist unbedingt abzulehnen. Nach dieser Propalation ist nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeitsniederlegung auf der ganzen Linie beschlossen werden wird; ausgenommen werden nur die Firmen sein, die etwa in letzter Stunde noch bewilligen werden.

Im Hamburger Holzgewerbe

wird der Kampf mit Erbitterung von beiden Seiten weitergeführt. Der Sekretär des Arbeitgebersverbandes, Herr Gurliit, will den Holzarbeiterverband mit allen Mitteln niederringen, und um dieses Ziel zu erreichen, sind den Herrschaften alle Mittel recht. Weil die Streikenden eine mutterhafte Haltung bewahren und sich zu Ausschreitungen nicht hinreichend lassen, sucht der Arbeitgeberverband elende Subjekte, die bereit sind, für 50 M. aus ihrer regen Phantasie etwas zurecht zu machen. In den Hamburger bürgerlichen Blättern erscheint folgendes Inserat:

„Zum Schutze der Arbeitswilligen des Holzgewerbes. Infolge der wiederholt vorgekommenen Mißhandlungen von Arbeitswilligen durch Streikposten oder andere Arbeiter ersuchen wir das gesamte Publikum, uns derartige Fälle mitzuteilen. Jeder, der hinreichendes Material bringt, sodas die gerichtliche Verurteilung des Schuldigen erfolgen kann, erhält eine Belohnung von fünfzig Mark.“

Arbeitgeber-Schauverband der Holzindustrie von Hamburg und Nachbarkräften (G. V.), Wohnenstr. 12/14.“

Unter dem Geindel, das nach Hamburg geschleppt wurde, befinden sich nun Leute, die den ganzen Tag weiter nichts machen, als von Betrieb zu Betrieb zu ziehen, um die Streikposten zu provozieren und die 50 M. Judaslohn für jeden einzelnen Fall einzuhemsen. Daß es unter diesen Umständen einer geradezu eisernen Disziplin bedarf, um sich durch solche Quisiken nicht zu Unbesonnenheiten hinreichend zu lassen, kann jeder ermessen. — Daß es den Streikenden in der vorigen Woche gelungen war, rund 50 Streikbrecher aus den Betrieben wieder herauszuholen, hat bei den Unternehmern helle Wacht entfacht. Die Streikbrecheragenten, mit denen sie die „Geschäftsverbindung“ abgedrochen hatten, sind sämtlich wieder engagiert, und auch die Tischlermeister bereifen in großer Anzahl Schleifen, Mittel- und Süddeutschland, um den Anschlag wieder weit zu machen. Einem der Agenten ist es am Mittwoch gelungen, zehn Arbeitswillige in Berlin zu lauern, die nach Hamburg und dort unter Polizeibedeckung in die Betriebe transportiert werden. — Die Hamburger Holzarbeiter bitten darum, diesen Menschenhändlern möglichst das Handwerk zu legen.

Schlechte Erfahrungen mit italienischen Streikbrechern machten die Ziegel- und Tonwerke in Vamberg-Bischberg. Wie sich die Leser erinnern, haben sich vor einigen Monaten dort aufregende Kämpfe abgespielt, weil die Direktion die minimalen Forderungen ihrer sehr miserabel bezahlten eingearbeiteten Arbeiter schroff ablehnte und einen Transport Streikbrecher aus Italien kommen ließ. Die ganze Bevölkerung nahm gegen dieses Vorgehen Stellung, und es kam oft zu turbulenten Szenen mit Polizei-Massenausgetrieben, brutalem Einschreiten usw. Aber die Firma behielt die Oberhand, die einheimischen Arbeiter wurden brotlos gemacht, an ihrer Stelle blieben die Italiener. Doch selbst diese konnten auf die Dauer die Verhältnisse in dem Werk nicht ertragen, es kam so weit, daß sie jetzt selbst in den Streik eingetreten sind. Sie machen auch noch Forderungen auf rückständige Löhne geltend, aber die Direktion erklärt, daß die Firma nicht nur nichts schuldig, sondern durch die Italiener auch schwer geschädigt worden sei. Bisher waren es aber „fleißige und tüchtige Arbeiter“, denen eine Anzahl brader Familienbäuer geopfert wurde.

Ausland.

Der Streik der Maurer in Madrid.

Aus Madrid, untern 5. Juni, wird uns geschrieben: Die erste Woche der Aussperrung hat mit guten Absichten für die Arbeiter begonnen. Bis jetzt hat es den Streikenden an Unterstuhlungen nicht gefehlt. Heute hat man die Unterstuhlungen der siebenten Woche verteilt. Ein Mitglied des spanischen Adels hat den Streikenden die Summe von etwa 20 000 M. gespendet, um sie in ihrem Kampfe zu unterstützen. Das beweist, daß man selbst in der Klasse, die den Arbeitern feindselig gegenübersteht, die Gerechtigkeit des Kampfes der Madrider Maurer anerkennt. Ihre Kameraden zahlen regelmäßig pro Woche 1 M. Daraus läßt sich schließen, daß auch für die neunte Woche Mittel vorhanden sein werden. Auf diese Weise werden die Maurer keine Hypothek auf das „Volkshaus“ aufnehmen brauchen und es wird selbst nicht nötig sein, die Reservefonds anzugreifen.

Die Unternehmer, welche nicht über große Mittel verfügen und welche infolgedessen hätten kapitulieren müssen, sind durch die mächtigeren Unternehmer unterstützt worden. — Die Madrider Arbeitssyndikate haben schon mehrmals die Notwendigkeit eines Generalstreiks erwogen. Aber da der Ausgang des Streiks für die Maurer günstig zu werden scheint, haben sie es für besser gehalten, noch damit zu warten. Das hat sie aber nicht verhindert, eine Manifestationsversammlung abzuhalten, in welcher die Vertreter aller Syndikate das Wort ergriffen haben, um gegen die Gewalttätigkeit der Polizei gegen die Manifestation der Streikenden in der Puerta del Sol zu protestieren.

Die Arbeiterorganisationen sind fest entschlossen, bis zum Ende und bis zur Erschöpfung aller ihrer Fonds zu kämpfen. Sie sind sogar entschlossen, selbst ohne Geld zu kämpfen und sich nicht provozieren zu lassen. Angesichts eines solchen Entschlusses und des Zusammenhanges der Arbeiter darf man annehmen, daß der Streik bald mit einem Siege enden wird.

Versammlungen.

Verband der Lederarbeiter. Die Jahrestelle Berlin hielt am Donnerstag ihre regelmäßige Versammlung ab. Beim 1. Punkt: Vorstandswahl, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Dann erriatete der Vorstand Bericht vom letzten Verbandstag, aus dessen Verlauf und Ergebnis er ein günstiges Resümee zog, mit Ausnahme des Beschlusses, nach dem einem Kollegen, der freiwillig die Arbeit niederlegt, keine Unterstützung ausgezahlt wird. Doch könne ja auf der nächsten Generalversammlung gegen diesen Beschlus auf neue angeklämpft werden. Im übrigen erwähnte der Redner, sich mit den Tatsachen abzufinden und mit aller Kraft auch fernerhin für den Verband zu wirken.

Den zweiten Teil des Berichts gab Krüger, der ebenfalls sich befriedigt über die Arbeit des Verbandstages äußerte. Auf eine Anfrage aus der Versammlung erklärte Krüger, daß er ebenso wie Bursard, gegen die das freiwillige Niederlegen der Arbeit betreffende Bestimmung gestimmt habe. Dieser Beschlus löste denn auch in der weiteren Diskussion lebhaften Unwillen aus, beglücken die Anstellung eines neuen Beamten. Es seien Beschlüsse gefaßt worden, die unbedingt zum Schaden der Mitglieder ausschlagen würden und die auf dem nächsten Verbandstage unter allen Umständen wieder umgestoßen werden müßten. Auch die Aufhebung der Prekominmission wurde moniert. Zum Teil kam aber doch auch Befriedigung mit dem Gesamtergebnis des Verbandstages zum Ausdruck. Wegen des bewilligten Wohnungsgeldzuschuss für die Angestellten wandte sich sehr scharf ein Redner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. Ein weiterer Redner hob die guten Seiten der gefaßten Beschlüsse hervor und erwähnte dringend zum Frieden im Interesse der Organisation. Auch der nächste Redner betonte die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Neueinrichtungen, wenn er auch den Beschlus über die Verweigerung der Unterstützung in seiner jetzigen Form mißbilligte. Nachdem noch Eitlinger, 2. Vorsitzender des Zentralvorstandes, in ruhiger, sachlicher Weise den Opponenten entgegengetreten war und noch einige Redner geantwortet hatten, trat Schluß der ausgedehnten Debatte ein.

Hierauf wurden noch einige Erfaßwahlen vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Vom deutschen Rundflug.

Magdeburg, 12. Juni. (B. L. B.) Dr. Witten sich ein ist mit seiner Gattin als Passagier um 8 Uhr 20 Minuten auf dem Flugfeld in Magdeburg glatt gelandet. Felix Laitsch, der ebenfalls aufgestiegen war, hat 1 Kilometer vor Magdeburg eine Notlandung vornehmen müssen und ist dann um 8 Uhr 49 Min. in Magdeburg eingetroffen.

Der Flieger Schauenburg, der gestern bei Brandenburg gelandet war, ist heute abend 8 Uhr 20 Min. nochmals aufgestiegen, mußte aber um 8½ Uhr bei Genthin abermals landen. — Der Flieger Karl Müller, der heute abend 7 Uhr 25 Min. von Stahndorf abgeflogen war, mußte auf dem Egerterplate in Brandenburg wegen eines Motordefektes landen.

Nachlänge vom Essener Meineidsprozeß.

Essen, 12. Juni. (S. B.) Der im Essener Meineidsprozeß zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte, im Wiedererfassungverfahren freigesprochene Bergmann Friedrich Wedmann aus Hamborn hatte einen Schadenersatz von 5483 M. gefordert. Da das Ministerium des Innern aber nur 3000 M. bewilligte, hat Wedmann den Fiskus auf Zahlung des Restes verklagt.

Internationaler Kongreß für Frauenstimmrecht.

Stockholm, 12. Juni. (B. L. B.) Der sechste internationale Kongreß für Frauenstimmrecht ist in Anwesenheit von etwa tausend Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus allen Ländern Europas, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Südafrika und Australien hier eröffnet worden.

Portugiesische Eisenbahner drohen mit dem Generalstreik.

Lissabon, 12. Juni. (S. B.) Die Eisenbahner der Ost- und den Südbahnen haben beschlossen, vom Justizminister die Freilassung von 20 verhafteten Kollegen zu fordern, widrigenfalls der Generalstreik verhängt werden soll.

Mordtat eines Wahnsinnigen.

Paris, 12. Juni. (R. G.) Heute mittag gegen 12½ Uhr ereignet sich im Hotel de Vieu, dem großen Hospital von Paris, eine schreckenerregende Szene. Ein wahnsinnig gemordener Kranker stürzte sich plötzlich auf den im Krankenhause weilenden Chirurgen Dr. Guinard und versuchte, ihn mit einem Revolver niederzuschießen. Er gab schnell hintereinander vier Schüsse ab, die den Arzt, der bewußtlos zusammenbrach, schwer verletzten. Guinard ist einer der angesehensten Aerzte von Paris, der sich durch seine Leistungen auf chirurgischem Gebiete große Verdienste erworben hat.

Unwetter in Ungarn.

Budapest, 12. Juni. (S. B.) Schwere Unwetter haben im Komitat Virovitica unberechenbaren Schaden angerichtet. Die Felder sind größtenteils, die Obstbäume vollständig vernichtet. In Essegg fielen taubeneiergroße Hagelkörner, die die städtischen Anlagen und die Militärschimmelschule verwüsteten.

Große Feuersbrunst.

Minsk, 12. Juni. (B. L. B.) Im Städtchen Korelitschi ist das Zentrum der Stadt von einer Feuersbrunst heimgesucht worden. 300 Häuser sind verbrannt.

Zweiter deutscher Wohnungskongreß.

Unter starker Beteiligung der der Wohnungsfrage gewidmeten Organisationen wurde am Sonntag in Leipzig der zweite deutsche Wohnungskongreß eröffnet. Auf der Tagesordnung der drei Tage währenden Verhandlungen stehen: „Die Bodenfrage“ und „Die Finanzierung der Bautätigkeit“.

Unter starker Beteiligung der der Wohnungsfrage gewidmeten Organisationen wurde am Sonntag in Leipzig der zweite deutsche Wohnungskongreß eröffnet. Auf der Tagesordnung der drei Tage währenden Verhandlungen stehen: „Die Bodenfrage“ und „Die Finanzierung der Bautätigkeit“.

Ich nehme aus dem überreichen Material nur Bezug auf die Wohnungsbewerter der Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin, auf die Berliner städtische Wohnungstatistik, auf die Berichte der Dresdener Stadtkommission, auf die Schilderung Professor Dr. Eberstadt in den „Preussischen Jahrbüchern“ von den Wohnungszuständen in den Arbeiterwohnhäusern in Spandau.

und von den Zweizimmer-Wohnungen sind nur 72 Proz. ohne Zimmermieter und Schlafgänger. Die Statistik lehrt ferner einen Rückgang des Geburtenüberschusses und namentlich einen schnellen Rückgang der weiblichen Fruchtbarkeit.

und von den Zweizimmer-Wohnungen sind nur 72 Proz. ohne Zimmermieter und Schlafgänger. Die Statistik lehrt ferner einen Rückgang des Geburtenüberschusses und namentlich einen schnellen Rückgang der weiblichen Fruchtbarkeit.

Klasseninstinkt und Kunstverständnis.

Unter diesem Titel wendet sich Genosse Stampfer gegen einen einzigen, aus seiner Verbindung gerissenen Satz meines Heftletzens: „Die Theaterkasson“. Auf seinen Vorwurf, daß ich alle Beweisführung für meine Kritik an seiner Betrachtung über: „Kunst und Klasseninstinkt“ fingiert, „Raummanögel“ wegen unterlasse, habe ich nur zu erwidern, daß ich über die verflochtene Theaterkasson satyrisch und nicht über die Kunstansichten des Genossen Stampfer.

Als gewandter Fischer angelte sich Genosse Stampfer lediglich den Schlusssatz heraus. Er zeigt in dem Augenblick, wo ich den Klasseninstinkt herbeihole, den heiligsten Hohn und unternimmt dann den Beweis, dem die bürgerlichen Blätter zuschauen, . . . daß es so nötig sei, wie das liebe Brot, „Unterricht von oben“ zu geben.

kenntlich. Der Uebergang von der Naturwirtschaft zur Geldwirtschaft auch in bäuerlichen Betrieben bewirkt den Verkauf der Erzeugnisse in der eigenen Wirtschaft und die Ernährung mit gelaunten, häufig minderwertigen Lebensmitteln. Während sich aber unsere deutsche Gesamtbevölkerung jährlich um fast 850 000 Seelen vermehrt, müssen wir doch

Arbeiterheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit. Es zeigt sich hierin bei unserer Bevölkerung eine zunehmende Abneigung gegen schwere körperliche Arbeit, die als minderwertig angesehen wird und damit hängt zusammen die Neigung zur Abwanderung nach den Großstädten, den Brennpunkten von Industrie und Handel, wo sich mehr Gelegenheit für körperlich leichtere, gegen die Klüßchen des Bettlers mehr geschätzte, wenn auch vielfach höchst mechanische Arbeit findet.

So entstand neben dem natürlichen und noch immer anhaltenden Wachstum unserer Bevölkerung ein fortgesetzter Zug nach den Großstädten, eine drückende Ueberlastung, welcher der Bau von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung vielfach nicht gefolgt ist. Diese minderbemittelte Bevölkerung findet zum Teil keine ausreichenden kleinen Wohnungen oder sie vermag die durch die enorm gestiegenen Bodenpreise und die Häuser speculation emporgeschickten Mieten nicht zu erschwingen. Wenn man bisweilen liest, daß in den Großstädten Tausende von Wohnungen leer stehen, so sind das meistens nicht Wohnungen für die untere Klasse; ein wesentlicher Grund auf die Mieten pflegt auch durch eine solche Flau nicht geht zu werden, weil durch die hohen Erhaltungskosten der Bauten und ihre hypothekarische Belastung eine wesentliche Ermäßigung der Mieten ausgeschlossen ist.

Die Uebertragung von physischen und sittlichen Ansteckungsstoffen ist die unvermeidliche Folge dieses Wohnungselends und fortschreitende Krankheiten und berberische Reigungen, Siechtum und Entartung von Körper und Seele werden in diesen überlasteten Wohnungen erzeugt und erzeugen sich stets von neuem in diesem eigenen giftigen Dunstkreis. Das Programm unserer Verammlung ist: Wie sind diese Mißstände zu bekämpfen? Die größte Schwierigkeit liegt in der so ungleichen Verteilung unseres Volkes über die deutschen Lande, eine Ungleichheit, die keineswegs nur durch die unabänderlichen geographischen und naturgeschichtlichen Verhältnisse, wie Wasserströme, unterirdische Schätze oder Bodenbeschaffenheit, bedingt ist.

welches nicht nur gewisse Mindestforderungen für die Herstellung von Wohngebäuden ausbleibt, sondern auch den Verwaltungs- oder Polizeibehörden das Recht gewährt, Art und Umfang der Benutzung der Wohnräume entsprechend den Anforderungen von Sittlichkeit und Gesundheit zu regeln. Ohne solche vorübergehende Vorschriften werden auch die noch den besten Plänen für die minderbemittelten Volks-

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

Arbeitsheere aus Rußland, Oesterreich und Italien herbeiziehen, um die deutsche Scholle zu bearbeiten, um unsere Häuser und Straßen zu bauen und um unsere Vergewerke auszunutzen. Gleichzeitig hören wir aber aus den Großstädten alljährlich Klagen über Arbeitslosigkeit.

unserer Handels- und Wirtschaftspolitik aufhören. Es entstehen eben auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fortgesetzt neue Forderungen, die man nicht mit dem Gefühl bequemem Fortschrittsvermögens abschlagen kann. Deshalb möchte ich zum Schluß meiner Ausführungen allen denen, die das große Ziel unserer Arbeit unterstützen, das schöne Bibelwort zurufen: **Lasset uns Gutes tun und nicht müde werden.**

In einem Referate über die öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Baufrage forderte Stadtschultheiß Dr. Landmann-Mannheim behördliche Maßnahmen zur Verbilligung des städtischen Anstehens, daneben beschränkte er den Erlaß eines Reichsentwöhnungsgesetzes und eine gesetzliche Regelung des Tarifwesens. Gegen die Bodenbesitzer, denen die großstädtische Bevölkerung heute tributpflichtig sei, müsse der Kampf aufgenommen werden; der Boden sei Rationaligentum und dürfe nicht der Spekulation ausgeliefert werden. — Stadtrat Dr. Kuppe-Frankfurt a. M. besprach die Frage, wie die Behörden durch Bebauungspläne und Bauordnungen zur Schaffung billiger und gesunder Wohnungen beitragen könnten. In der weiteren Debatte nahm Genosse Dr. Südekum Gelegenheit, verschiedene Irrtümer und falsche Auffassungen einzelner Debatteure richtigzustellen. Auf eine Bemerkung eines Debatteure, in Berlin erhalte man schon für 300 M. eine gute Wohnung, wies Südekum darauf hin, daß man in Berlin noch 25 000 Kellerwohnungen zähle und daß man in Berlin einräumige Wohnungen finden kann, in denen dreizehn Personen wohnen. Die Zustände, die sich infolge des Brauchs des Abvermietens entwickelt hätten, seien geradezu fürchterlich. Zur Verschlimmerung der Wohnungsverhältnisse hätten vor allen Dingen auch die Bauordnungen der Behörden mit beigetragen.

10. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, 9. Juni.

Fünfter Verhandlungstag.

(Abend Sitzung.)

In der Abend Sitzung erörtert für die Beschwerdekommmission Brandes-Kaddeburg Bericht. Die Vielzahl der Beschwerden hat kein öffentliches Interesse. Von Wichtigkeit ist die Beschwerdepunkt der Unternehmung für die ersten 14 Tage betriebsfähig zu werden. Der Ausschuss hat, wie wir schon beim Geschäftsbericht Schluß berichtet, die Beschwerde für berechtigt erklärt, da die Kollegen auf Grund des Statuts Anspruch auf Unternehmung hätten. Der Vorstand hat der Entscheidung des Ausschusses aber nicht stattgegeben, wünscht vielmehr eine Klärung der Angelegenheit durch die Generalversammlung, in der Richtung, daß von dieser erklärt wird, daß das Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes nur auf die vom Verband geführten eigenen Betriebsangelegenheiten angewendet werden kann, dagegen bei Streiks anderer Organisationen die sonstigen von diesen anderen Organisationen beschlossenen taktischen Maßnahmen von unserem Verband zu berücksichtigen sind. — Die Beschwerdekommmission hat sich auf den Standpunkt des Vorstandes gestellt und beantragte Verwerfung der Beschwerde und Zustimmung zu der Deklaration des Vorstandes. Nach einer längeren Debatte, in der betont wurde, daß wohl alle Betriebsangelegenheiten im Sinne des Vorstandes behandelt hätten, stimmt die Generalversammlung mit überwiegender Mehrheit dem Vorschlag der Beschwerdekommmission zu. Die Haltung des Vorstandes wurde also bestätigt.

Die Hamburger Verwaltungskommission verlangte vom Vorstand den Ertrag der Ausgaben für Flugblätter und Plakate zu der Hamburger Versammlung, gegen deren Abhaltung der Vorstand sich wandte. Der Vorstand lehnte dies ab. Die Hamburger erhoben Beschwerde, die aber auf Antrag der Beschwerdekommmission von der Generalversammlung verworfen wurde.

Abends 11 Uhr werden die Verhandlungen auf Samstag früh 8 Uhr vertagt.

Mannheim, 10. Juni.

Sechster Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Spezialdebatte zum Statut.

Die paragrafenweise vorgenommenen wird. Berichterstatter der Statutenberatungskommision ist Pawlowitsch-Berlin. Zu dem § 4 über den Eintritt von Mitgliedern anderer Organisationen liegt ein Antrag der Konferenz des sechsten Bezirks vor, daß auch Mitglieder der freien Jugendorganisation zum Verband zugelassen werden können. Die Statutenberatungskommision schlägt Ablehnung des Antrages vor, sie sieht auf dem Standpunkt, daß die Jugendorganisationen keine Gewerkschaftsorganisationen sind, die zum Verband in irgend ein Gegenseitigkeitsverhältnis treten können oder in einem solchen stehen. Das sei aber die Voraussetzung für die Gewährung irgendwelcher Uebertrittsvergünstigungen. — Die Generalversammlung tritt dem Vorschlag der Kommission bei.

Bei den Bestimmungen über die Beiträge (§ 6) steht eine lebhafteste Debatte über die Vorschläge der Kommission bezüglich der Erlassung des erhöhten Beitrages ein. Pawlowitsch erklärt, die Kommission habe versucht, aus dem Antrag Berlin das zu machen, was überhaupt zu machen war. Der Vorschlag der Kommission geht dahin, festzusetzen:

Abatz 2 des § 6: Für Mitglieder, die sich nachweislich längere Zeit in schwächerer wirtschaftlicher Lage befinden, kann auf schriftlich begründeten Antrag zunächst der Ortszuschlag zum Beitrag von der Ortsverwaltung erlassen, im weiteren der Verbandsbeitrag auf 60 Pf. unter folgenden Voraussetzungen festgesetzt werden.

a) Ueber den Wegfall des Ortszuschlages entscheiden alle Verwaltungen selbständig. Soll der Beitrag nach Wegfall des Ortszuschlages auf 60 Pf. festgesetzt werden, sind in Verwaltungen mit über 3000 Mitglieder die Ortsverwaltungen, in allen übrigen Verwaltungen die Bezirksleitungen zuständig.

b) Gegen die Ablehnung eines Gesuches auf Beitragsherabsetzung ist eine Beschwerde weder an den Vorstand, noch an den Ausschuss und die Generalversammlung zulässig.

c) Die dem Mitglied gewährte Beitragsermäßigung darf die Dauer von 26 Wochen nicht überschreiten. Ist nach Ablauf dieses Zeitraumes die wirtschaftliche Lage des Mitgliedes, die zur Beitragsermäßigung führte, noch nicht behoben, so hat das Mitglied erneut einen Antrag an die in Absatz 2a genannten Verbandsstellen zu richten.

d) Während der Dauer des Beitragsbezuges finden Veränderungen der Beitragshöhe nicht statt. Verschlechterte wirtschaftliche Lage der Mitglieder infolge Berufs- oder allgemeiner Wirtschaftskrise ist kein Grund zur Festsetzung des Beitrages nach Absatz 2.

Wegen diese Vorschläge, von denen der Referent der Kommission selbst sagte, es sei besser, wenn sie abgelehnt würden, erhebt sich eine heftige Opposition. Demmer-Biesbaden begründet sie als Unkosten, um das die Mitglieder bei der Bezirksleitung betheilt müßten. — Krause-Chemnitz drückt mit noch 6 Kollegen einen besonderen Vorschlag zur Regelung dieser Frage ein. Die Ortszuschläge sollten verschont bleiben und keine bestimmte Dauer für die Gewährung der Beitragsermäßigung festgesetzt werden.

Bei der Abstimmung fällt sowohl der erste Absatz des Vorschlages der Kommission, wie auch der des Antrages Krause und Genossen. Damit sind die ganzen Vorschläge über die Gewährung von Ausnahmen abgelehnt. Der Generalversammlung bemächtigt sich eine große Erregung.

Abgestimmt wird nun über den Kommissionsvorschlag, den Beitrag von 60 auf 70 Pf. für männliche und von 25 auf 30 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder zu erhöhen. Durch Abstimmung wird festgestellt, daß 18 für, aber 70 Delegierte gegen den

Antrag stimmen. Da für eine Statutenänderung eine Zweidrittelmehrheit (140 Stimmen) nötig ist, wäre der Antrag, gegen den lediglich gestimmt wurde, weil die Ausnahmegestimmungen gegeben waren, abgelehnt. Gegen diese Abstimmung wurden von einigen Delegierten Einwendungen erhoben, es sei nicht richtig verfahren worden. Die Erregung der Generalversammlung steigert sich. Vorsitzender Cohen schlägt vor, eine namentliche Abstimmung vorzunehmen und die Sitzung auf 10 Minuten auszusparen.

In der Pause beraten sich die Delegierten der einzelnen Bezirke. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die namentliche Abstimmung vorgenommen. Nun stimmen 100 Delegierte für die vorgeschlagene Beitragserhöhung und nur 40 dagegen. Damit ist die Beitragserhöhung beschlossen. Das Resultat der Abstimmung wurde von der Generalversammlung mit Beifall aufgenommen.

An den übrigen Bestimmungen des § 6 werden, dem Vorschlag der Kommission entsprechend, keine Veränderungen vorgenommen.

Bei den Bestimmungen über die Unterstützungsrichtungen wurde auf Antrag der Kommission beschlossen, daß aus anderen Gewerkschaften übergetretene Mitglieder in den ersten 52 Wochen ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband nur in dem Umfange Unterstützungen beziehen können, wie es ihnen nach dem Statut ihrer bisherigen Organisation zusteht. Auf keinen Fall aber darf die Gesamtsumme der Unterstützungen höher sein, als es das Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes zuläßt. Eine große Reihe Abänderungsanträge wird auf Vorschlag der Statutenberatungskommision ohne größere Erörterungen abgelehnt. Zu dem § 16 über Unterstützungen bei Arbeitsniederlegung und Kuspierungen hat der Vorstand folgenden Antrag, der in den Mitgliederkreisen sehr eifrig erörtert und vielfach abgelehnt wurde, gestellt:

Bei Kuspierungen, deren Unterstützung infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, kann auf Beschluß des Vorstandes die Unterstützung für die ersten beiden Wochen ganz in Wegfall kommen und für die folgende Zeit auf die Unterstützungsätze der Erwerbslosenunterstützung herabgesetzt werden.

Die Statutenberatungskommision hat in dem Antrag die Worte „auf die Unterstützungsätze der Erwerbslosenunterstützung“ gestrichen und empfiehlt den so geänderten Antrag zur Annahme. Bei Eröffnung der Debatte findet gleich ein Schlußantrag Annahme. In namentlicher Abstimmung wird dann der Vorstandsantrag mit 110 gegen 90 Stimmen abgelehnt. Es wird aber später folgende Resolution zu dieser Frage angenommen:

Die Generalversammlung billigt die vom Vorstand aus Anlaß der im Vorjahre angeordneten Gesamtaussperrung der Metallarbeiter getroffenen Maßnahmen, insbesondere den Beschluß, daß für die ersten 14 Tage der Aussperrung keine Unterstützung gezahlt werden sollte.

In Erkenntnis der Tatsache, daß sich die wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur mehr, sondern auch in ihrem Umfange immer mehr ausdehnen werden, erklärt die Generalversammlung:

Bei Aussperrungen, deren Abwehr infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, kann der Vorstand nach Anhörung von Vertretern der Verwaltungsstellen, die in den einzelnen Bezirken zusammenzutreten, die Unterstützung für die ersten beiden Wochen aussetzen, und, wenn erforderlich, für die folgende Zeit herabsetzen.

Dem § 22 über die Bezirks- und Berufs-Konferenzen wird in seinem ersten Teil folgende Fassung gegeben: Zur wirksamen Unterstützung der Bezirksleitungen, zur Erörterung taktischer Fragen, sowie zur Erleichterung der Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse können nach Bedarf Bezirkskonferenzen abgehalten werden. Die Einberufung einer Bezirkskonferenz erfolgt nach Verständigung mit dem Vorstand durch die zuständige Bezirksleitung.

Längere Erörterungen rufen die Anträge über die Bestimmungen über die örtliche Verwaltung hervor. Ein Antrag Berlin verlangt, daß die Angestellten sich alle zwei Jahre zur Wahl zu stellen haben. Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages. Demgemäß wird beschlossen.

Vom dem Verbandsbeitrag erhielten bisher die Lokalkassen 20 Prozent. Der Vorstand beantragte nun, den Ortsverwaltungen künftig vom Beitrage der männlichen Mitglieder nur 10 Pf. und vom Beitrage der weiblichen Mitglieder 5 Pf. zur Verfügung zu stellen. Dagegen wurde in den verschiedenen Verwaltungen stark opponiert. Die Statutenberatungskommision suchte nun einen Ausgleich und beantragte, anstatt 10 12 Pf. festzusetzen. Das ist der gleiche Betrag, den die Verwaltungen auch bisher von jedem Beitrag der männlichen Mitglieder bekamen. Diesem Vorschlag stimmte die Generalversammlung zu. Die 10 Pf. Beitragsherabsetzung stehen also voll in die Hauptkass.

Zu dem § 26 über die Anlegung der Verbandskassen liegt ein Antrag vor, daß alle zu den laufenden Ausgaben nicht erforderlichen Geldbestände möglichst in den Erwerbslosenunternehmungen angelegt werden müssen. Die Statutenberatungskommision lehnte den Antrag ab. Die jetzige Fassung dieses Paragraphen sollte nicht aus, daß schon jetzt in der vorgeschlagenen Weise verfahren wird, wenn die Unternehmungen sicher genug sind. Auf mündliche Anträge wurde nicht verzichtet werden. Die Generalversammlung schloß sich diesem an.

Ein Antrag Hamburg, der neue Bestimmungen bei dem § 28 über Arbeitsstellen schaffen will — wir gaben ihn bei der Generaldebatte zum Statut wieder —, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Die alten Bestimmungen bleiben. Das Gesamtstatut wird dann mit den beschlossenen Veränderungen en bloc einstimmig angenommen. Es tritt am 1. Juli in Kraft.

Bei der

Wahl des Vorstandes

wurden Schilde als 1. Vorsitzender, Reichel als 2. Vorsitzender, Werner als Kassierer und Wassatsch als Sekretär einstimmig wiedergewählt. Ebenso einstimmig wird die Wiederwahl der Redakteure Scherm- und Quist-Stuttgart, und der Ausschussvorsitzenden Weigig- und Siegel-Frankfurt a. M. vorgenommen.

Demmer-Biesbaden und Genossen bringen noch einen Antrag ein, der wünscht, daß die Generalversammlung eine Kommission von 11 Mitgliedern einsetzt, die zur nächsten Generalversammlung eine Vorlage für die Einführung einer weiteren Beitragsklasse ausarbeitet. Schilde wendet sich gegen diesen Antrag, man solle die Mitglieder nicht immer wieder mit der Staffelfrage beunruhigen. Mit 97 gegen 81 Stimmen wird der Antrag Demmer abgelehnt.

In geschlossener Sitzung wird hierauf über den Stand des Verbandsgeschäftes Alexander Schilde u. Co. berichtet.

Dann berichtet für die Rechnungskommision Hüniger-München. Die Beamten des Hauptbureaus in Stuttgart stellen an die Generalversammlung den Antrag, in Berücksichtigung der fortgesetzten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse ihnen eine Teuerungszulage von monatlich 20 M. zu gewähren. Um eine allgemeine Regelung der Gehälter vorzunehmen, schlägt die Kommission eine 10prozentige Gehaltsaufbesserung vor, die auch für die Lokalverwaltungen zur Verpflichtung gemacht werden soll. Der Antrag wird abgelehnt. Auch ein aus der Mitte der Generalversammlung gestellter Antrag, nur den Angestellten, die weniger als 3000 Mark Gehalt haben, eine 10prozentige Aufbesserung zu gewähren, wird abgelehnt. Die Rechnungskommision beantragt nun, dem Antrag, den Stuttgarter Angestellten des Hauptbureaus eine Teuerungszulage von monatlich 20 M. zu gewähren, zuzustimmen. Dieser Antrag wird ebenso abgelehnt.

Zur Beratung und Abstimmung kommt dann ein Antrag der Kommission, das Endgehalt der Bezirksleiter auf 3000 M. festzusetzen. Der Berichterstatter der Kommission betont, daß das bisherige Endgehalt schon von 10 Jahren festgesetzt worden und darum erhöhungsbedürftig sei. Das Endgehalt von 3000 M., das sie vorschlagen, erhalte der Bezirksleiter erst nach 13jähriger Dienstzeit. Der Antrag wird abgelehnt. Abgelehnt wird ein weiterer

Antrag der Kommission, die beiden Bevollmächtigten der Berliner Verwaltung in die Geschäftsliste der Vorstandsmitglieder einzurücken zu lassen.

Zustimmung findet lediglich der Vorschlag, den Vorstand zu ermächtigen, wie den Abteilungschefs in der Hauptverwaltung, auch den Angestellten der Bezirksleitungen eine Funktionszulage zu gewähren. Ferner wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Lokalverwaltungen die angestellten Einlassierer der Beiträge besser als in manchen Filialen der Fall bezahlen.

Bei all diesen Abstimmungen enthielten sich die Delegierten, die Angestellte des Verbandes sind, der Abstimmung.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

Mit einem kräftigen Schlußwort Cohens und einem Hoch auf den Verband wurde sie geschlossen.

Die nächste Generalversammlung findet 1913 in Breslau statt. Sie soll aber nicht mehr zu Pfingsten liegen.

Soziales.

Leibenspflicht auf Grund des Reichsstrafgesetzbuches?

Vor kurzem ging durch die Parteipresse eine Notiz, die an einem Beispiele aus Mecklenburg nachwies, wie dort die Bestimmung des § 361,7 St. G. B. durch eine mecklenburgische Landesverordnung vom Jahre 1869 (nicht 1860, wie es wohl infolge eines Druckfehlers hieß) ergänzt wird. Danach können Ortsarme durch wiederholte Haftstrafen gezwungen werden, bei dem Orts- oder Gutsvorsteher für einen niedrigen Lohn zu arbeiten. Einige Parteiblätter meinten, solche Dinge seien nur in Mecklenburg möglich. Es wird jedoch von den Amtsgerichten versucht, auch ohne Zustimmung der Mecklenburgischen Landesverordnung die Ortsarmen auf dem Lande um jeden Preis dem Gutsherrn dienstpflichtig zu machen.

Auf einem Gute bei Lübbesen hat das eine Landarbeiterfamilie erfahren müssen. Eines der Kinder sollte „eingesegnet“ werden. Den Eltern fehlten die Mittel, um die Einsegnung des Jungen für die Konfirmation zu bestreiten. Der Gutsherr mußte deshalb einen Zuschuß aus „öffentlichen Armenmitteln“ leisten. Der Vogt sagte eines Tages dem Arbeiter, der Junge könne nach der Stadt gehen, um sich beim Kaufmann einen Konfirmationsanzug anzupassen. Der Junge hat seinen Vater, mit ihm zu gehen. Der Vater meldete sich beim Inspektor und ging am anderen Tage mit seinem Sohne nach der Stadt.

Am nächsten Tage stellte er sich wieder bei der Arbeit ein. Natürlich war er sehr überrascht, als er kurze Zeit darauf einen Strafbefehl folgenden Wortlaut erhielt:

„Auf Antrag der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 4. April 1911 zu ... wo Sie aus öffentlichen Armenmitteln Unterstützung empfangen, aus Arbeitsfurchung sich geweigert zu haben, die Ihnen von der Behörde, der ... Gutsherrn, angewiesene, Ihren Kräften angemessene Arbeit zu verrichten, indem Sie nach Lübbesen gingen, ohne dazu Erlaubnis zu haben, und dadurch die Ihnen zugewiesene Hofarbeit veräußern — Uebertretung gegen § 361,7 St. G. B. —, wofür als Bencidmittel bezeichnert ist: Zeugnis des Inspektors ... zu ... eine Haftstrafe von fünf Tagen festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.“

Großherzogtl. Amtsgericht Lübbesen.

Mit dieser Strafe war die Angelegenheit jedoch noch nicht erledigt. Auch die Frau des Landarbeiters hatte „gegen den § 361,7 St. G. B. übertreten“, wie es in dem wunderbaren Lübbesener Amtsdekrete lautet. Sie hatte nämlich das Bekleidungsgegenstand am Sonnabend, den 8. April, in ihrer Wohnung zu waschen. Den Tag zuvor war sie bei dem Inspektor gewesen, um ihn um Erlaubnis zu bitten, iraf aber nur die Frau Inspektorin an. Sie glaubte, es genüge, wenn sie der Frau des Inspektors Mitteilung von der eintägigen Arbeitsveräußerung mache. Damit hat sie sich bitter getäußt. An dem gleichen Tage, an dem ihr Mann von dem Strafbefehl überrascht wurde, erhielt auch sie einen solchen mit dem gleichen Wortlaute. Auch ihr wurde unterstellt, sich „aus Arbeitsfurchung“ geweigert zu haben, die ihr angewiesene Arbeit zu verrichten. Auch ihre Strafe wurde auf 5 Tage Haft bemessen.

Beide Eheleute haben gegen die Strafbefehle gerichtlichen Einspruch erhoben. Ueber den Einspruch hat das gleiche Amtsgericht zu befinden, das die Strafen verhängte. Es wird sich nun zeigen, ob das Reichsstrafgesetzbuch in dieser ungeheuerlichen Weise gegen Landarbeiter angewandt werden kann.

Handelskammerhege gegen Sozialpolitik und Koalitionsrecht.

Die Erfurter Handelskammer zeichnet sich von jeher durch verschrobene volkswirtschaftliche Ansichten, völlige Stupidität in sozialen Fragen und öde scharfmacherische Tendenzen aus. Diese Eigenschaften betätigt sie auch wieder in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für 1910, aus dem wir hier einige Proben wiedergeben:

„Die innerpolitische Gesetzgebung fährt fort, dem deutschen Unternehmer immer mehr Lasten und Unkosten aufzubürden. Durch die Reichsfinanzreform sind eine ganze Reihe von Industrien und Handelszweigen recht hart getroffen worden. Tabak, Bier, Branntwein, Tee, Kaffee, Zündhölzer, Leuchtstoffe wurden verteuert, und es gelang nicht allenthalben, die höheren Unkosten auf die Verbraucher abzuwälzen. Danach aber fragen Arbeiter und Angestellte nicht, wenn sie Lohn- und Gehaltsforderungen mit dem Hinweis auf die teure Lebenshaltung begründen. ... Die Folge der teuren Lebenshaltung waren höhere Löhne und Gehälter, die ja auch oft freiwillig gewährt wurden. In Zukunft werden aber die in Aussicht genommenen Gesetze die Unkosten der Betriebe weiter erhöhen, was naturgemäß weitere Preissteigerungen zur Folge haben wird. ... Die Schiffabgaben werden der thüringischen Industrie die Rohstoffe verteuern, Angestelltenversicherung und Reichsversicherungsbildung die Beiträge der Arbeiter erheblich steigern, das Heimarbeitsgesetz mit den vorgesehenen Lohnnennern den thüringischen, auf die Heimarbeits angewiesenen zahlreichen Industriezweigen schwere Schädigungen bereiten. ...“

Diese Jeremiade über die Wirkungen der inneren Gesetzgebungen ist noch verhältnismäßig harmlos im Vergleich zu der bössartigen Scharfmacherei und Geheer, die gegen die organisierte Arbeiterbewegung betrieben werden. Der Bericht wendet sich zunächst dagegen, daß der Industrie noch irgendwelche neue Lasten auferlegt werden, befragt, daß die Gesetzesmaschine trotzdem nicht stillstehen werde, ist einseitig darüber, daß der deutsche Landwirtschaftsminister die Ausbeutung des reichsgesetzlichen Schutzes jugendlicher Arbeiter, d. h. die Herabsetzung der Altersgrenze für die Beschäftigung in gewerblichen Betrieben fordert, worin jedenfalls eine unläutere Konkurrenz in der Ausbeutungsfreiheit jugendlicher Arbeiter erblickt wird, und fährt dann fort:

„Was eine solche über das Ziel hinauschießende Sozialpolitik für Industrie und Handel bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Arbeitszeit und Arbeitsleistung werden schon heute von der organisierten Arbeiterbewegung systematisch heruntergestraubt, während die Löhne steigen. ... Zum Teil zeitigten die Arbeiterbewegungen recht bedenkliche, die allgemeine Sicherheit gefährdende Begleiterscheinungen, Terrorismus und Ge-

walt machen jede Koalitionsfreiheit hin-
fälligkeit. Das Streikpostensystem und der dabei
geübte Zwang bedeuten einen schlimmen Aus-
wuchs unseres Koalitionsrechtes, der beseitigt
werden muß. Ein wirksamer Schutz der Arbeits-
willigen wird heute mit allem Nachdruck von der
Industrie gefordert. Der Staat hat die Koalitions-
freiheit geschaffen, er muß auch dafür sorgen, daß dieses Recht
nicht mißbraucht wird und zum Zwange ausartet. Gegen-
über dem Terrorismus hauptsächlich in den freien
Gewerkschaften der organisierten Arbeiterklasse
haben die Unternehmer alle Veranlassung, die nationale
Arbeiterbewegung zu fördern. Diese Bestrebungen
müssen aber bereits bei der Jugend einsetzen... die nicht
mehr in dem Maße wie bisher dem Einflusse der staatsfeindlichen
Elemente überlassen bleiben dürfen..."

Betrachtet man diese Dinge gegen das Koalitionsrecht der Ar-
beiter und sieht ferner in Betracht die gerade auch in Erfurt
sehr scharfe Verfolgung sogenannter Streikvergehen, so kann man
sich fast des Gedankens nicht erwehren, daß gewisse Kreise damit
beabsichtigen, "Material" für eine reaktionäre Revisionierung der Straf-
gesetznovelle zu schaffen. Selbstverständlich wird an einer anderen
Stelle des Berichtes auch über die Schädigung des Kleinhandels
durch Konsumvereine gellagt.

Es bleibt noch übrig hinzuzufügen, daß die Erfurter Handels-
kammer mit ihrem an der Spitze stehenden Syndikus Dr. Allen-
dorf gänzlich unter nationalliberalen Einfluß steht.
Man kann hieraus ersehen, wessen man sich von der Partei der
Erfurter Hagemänner zu versehen hat.

Aus der Frauenbewegung.

Das Betragen der Diensthöfen und das Betragen der Herrschaften.

Unter „Gerichtsfoal“ erschien unter diesem Titel vor einiger
Zeit, ich glaube es war in einer der Nummern der „Täglichen
Rundschau“, ein Artikel, in welchem weitere Kreise darauf auf-
merksam gemacht wurden, daß Herrschaften in ihren Diensthöfen
zeugnissen sich nicht nur auf rein tatsächliche Angaben zu beschränken
hätten, da sich das Oberverwaltungsgericht auf einen anderen
Standpunkt stelle. Bei einem kaiserlichen Legationsrat v. K. zu
Charlottenburg waren nämlich Abführpillen in den herrschaftlichen
Suppentellern entdeckt worden. Die Suppe war den Herrschaften
von einem Diener serviert worden, der seine Unschuld hinsichtlich
der Abführpillen beteuerte, ebenso die Köchin Martha K. Diese
letztere verließ, so hieß es in dem Artikel, ohne vorangegangene
Kündigung, aber im Einverständnis mit der Herrschaft, den
Dienst und Herr v. K. stellte ihr ein Zeugnis aus, in welchem er als
Anlaß ihres Fortgehens das Vorhandensein von Abführpillen in den
Suppentellern angab. Dann hieß es noch in dem Zeugnis, „ihre
Betragen ließ zuwischen zu wünschen übrig“.

Durch diese beiden Stellen, schreibt die „Tägliche Rundschau“,
fühlte sich die Köchin herabgesetzt und um eine Verächtigung des
Zeugnisses zu erwirken, nahm sie die Behörden in ihren höchsten
Instanzen in Anspruch. Der Berliner Polizeipräsident und ebenso
der Oberpräsident lehnten es ab einzuschreiten, und auch das Ober-
verwaltungsgericht wies die Klage der Köchin ab. Der Vorgang
mit den Tabletten sei lediglich als Anlaß ihres Scheidens aus dem
Dienst wiederzugeben und was den Sachverhalt, ihr Betragen habe
zuwischen zu wünschen übrig gelassen, so sei damit nur eine sub-
jektive Meinung wiedergegeben. Solche Werturteile nach bestem
Ermessen abgegeben seien Herrschaften berechtigt. Diensthöfen siehe
nicht die Berechtigung zu, ein anderes Werturteil zu verlangen.

Ich bin seit langer Zeit als Erzieherin in fremden Häusern
tätig, kenne das Verhältnis zwischen Herrschaften und Diensthöfen,
wie es in den meisten Fällen üblich zu sein pflegt, genau und muß
gestehen, daß ich den Artikel mit sehr gemischten Gefühlen las.
Es werden heutzutage leider nur allzuviel Zeugnisse in die Welt
geschickt, in welchen der formgewandte, gebildete Mensch, ohne ge-
rade den Buchstaben des Gesetzes zu verletzen, aber doch in raffiniert
grausamer Weise dem ohne dies schwer genug mit dem Leben
ringenden Angeestellten ein auszuweichen sucht, wenn dieser letztere
es mal gewagt hat, sich gegen oft recht ungerechte Anschuldigungen
von Seiten der Prinzipalitäten zu verteidigen oder nicht händisch genug
ist, eine Entschuldigung zu stiften, wenn er in unbedeutender Weise
von der Herrschaft kritisiert worden ist. „Ihr Betragen ließ zu
wischen übrig.“ — Mich will bedünken, diese Köchin Martha K.,
welche es durchaus nicht auf sich sitzen lassen will, was man ihr da
ausbürdet, sei ein ehrlicher Mensch, „trotzdem sie den Mund auf dem
rechten Fleck zu haben scheint. Und es ist mir nicht recht klar,
warum gerade sie mit dem Verzeihen von den Willen des Haus
verlassen mußte, in dem ja noch andere Bedienstete den Schabernack
vollziehen konnten. Wer engagiert eine Köchin, die ihrer
Herrschaft Willen in die Suppe mischt und deren Betragen zu
wischen übrig läßt? Es ist wohl nicht allein das Gefühl der
Herabsetzung, welches die Köchin K. veranlaßt hat, die Behörden bis
zu ihren höchsten Instanzen für sich in Anspruch zu nehmen, sondern
vielmehr das instinktive Bewußtsein, daß mit diesem Zeugnis ihre
Ehrwürde vernichtet sei. Wie, wenn sie nun die Willen, die aus
Versehen von Kinderhand aber sonstwie in die herrschaftlichen Teller
geraten sein können, nicht hineingetan hätte? Ist es erlaubt, je-
mandem, der sich auf eheliche Art zu ernähren beabsichtigt ist, die
Ergebnisse zu untergraben, nur weil er vielleicht auf eine briefliche
Anrede in gleichem Tone geantwortet hat? „Ihr Betragen ließ zu
wischen übrig.“ Sollte hierin nicht des Pudels Kern zu finden
sein? Ich glaube mit Recht annehmen zu können, daß nicht sämt-
liche Angestellte des kaiserlichen Legationsrats bei ihrem Abgang
die Willensaffäre ins Zeugnis bekommen werden, was aber der Ge-
rechtigkeit entsprechend geschehen müßte, da der Vorgang ja unauf-
geklärt war. Oder gerade weil er unaufgeklärt war, dürfte das
Zeugnis der Köchin nicht damit belastet werden. Ich bin weit ent-
fernt, den Richtern in dieser Affäre Parteilichkeit vorzuwerfen, aber
ich habe mich doch unwillkürlich gefragt, ob das Urteil ebenso aus-
gefallen wäre, wenn sozialdemokratische Richter dasselbe gefällt
hätten oder der Herr nicht gerade ein kaiserlicher Legationsrat
v. K. gewesen wäre. Die Unterdrückung ist die Schöpferin der „Um-
sturzpartei“, welche man mit weiten Augen ansieht. Solange es
Menschen gibt, die sich ihres Menschentums bewußt und der
Griecherei abhold sind, wird der Satz vom üblen Betragen des An-
gestellten in den Zeugnissen parodieren und den dienenden Mit-
menschen als „Empfehlung“ in seine ferneren Dienste mit-
gegeben werden, falls die Gelegenheit hier nicht einen Riegel
vorschleift. Auch ich bin ein besserer Diensthöfen. Im vorigen Jahre
nahm ich eine Stellung bei einer Frau Rechtsanwältin H. in der Aus-
sichtsbahn an. In meiner Eigenschaft als Erzieherin hatte ich
täglich 6 Betten zu machen, die Dame des Hauses zu bedienen, zu
frühen, ihr die Stiefel anzuziehen usw., ferner die ausge-
dehnte Körperpflege dreier Kinder zu übernehmen, das jüngste zu
unterrichten, die Hausarbeit zerrissenen Garderoben und Wäsche-
stücke sämtlicher Familienmitglieder in Ordnung zu bringen und
zirca 140 Geranien zu begießen, außerdem in verschiedenen Räumen
Staub zu wischen und die Kinder zu überwachen. In Anbetracht
der großen Ueberfüllung in meinem Beruf übernahm ich bei 30 M.
monatlich diese Stellung und habe meine Pflicht in so gewissenhafter
Weise erfüllt, daß die Dame nicht umhin konnte, sich überall lobend
über mich auszusprechen. Während der Sommerreise der Herr-
schaft war ich mit den Kindern allein und habe den Hauspost auf
sparsamste und gewissenhafteste geführt. Die Dame hatte mir eine
Namenge Arbeit gleichsam als Aufgabe zurückgelassen, auch sollte
der Unterricht des Kleinen forciert werden; trotzdem verlangte die
Dame brieflich von mir, ich sollte „recht viel spazieren gehen“!!!
Ich löste meine Aufgabe, indem ich des Nachts am Nähtisch saß.
Der Winter kam und mit ihm das Weihnachtsfest. Die Dame gab
mir einen Schlüssel, der an einer Durchsicherung kenntlich
war, zur Aufbeziehung. Als ich ihr denselben später wieder über-
reichte, sagte er nicht ins Schloß auf meine Begehrung hin, daß

ich dann wohl nicht den richtigen Schlüssel erhalten hätte, wurde
ich eine Lügnerin geschimpft, die den Schlüssel verheimlicht und
einen anderen genommen hätte, um sich von der Bezahlung des
verlorenen Gegenstandes zu brüden. Ich war der Dame als
wahrheits- und ordnungsliebend bekannt und dennoch —. Mir kam
unwillkürlich der Gedanke, daß unter Ehrenmännern eine beratige
Beleidigung mit einer Ohrfeige beantwortet wird und es fiel mir
bei, wie doch der Mensch immer noch wie in den finsternen Zeiten
nur das ist, was er hat, nämlich der Repräsentant seines Ver-
standes, mit dem lächerlichen Bedürfnis zu imponieren. Jede be-
stehende Gegenrede meinerseits wurde vom Herrn und der Frau
Rechtsanwältin niedergedonnert mit: „Freiheit“. „Was togen
Sie“ usw. Als im weiteren Zeitverlaufe mir verlangt wurde,
daß ich für das Behalten des Radesens verantwortlich sein
solle, da ich mir endlich die Geduld, ich öffnete die Schloffen meiner
Verständlichkeit und verließ ohne Kündigung, aber im „Einverständnis“
mit meiner Herrschaft, das Haus. Der Sturm auf die Vari-
tade war geglückt, ich ging vor Weihnachten und Klage nicht, denn
der Herr war ja Rechtsanwältin und ich bildete mir ein, daß er
Beschuldigung mit dem Buchstaben des Gesetzes. In meinem Zeug-
nis aber stand zu lesen: „Mit ihrem Betragen konnten wir uns, be-
sonders in der letzten Zeit, nicht einverstanden erklären.“

Gerichts-Zeitung.

Die Fahrerlaubnis für Kraftwagenführer nach dem neuen Auto-
mobilgesetz und der Bundesratsverordnung.

Die ersten Fälle, bei denen auf Grund des neuen Gesetzes bei
Anträgen auf Ausstellung des Fahrerheims für Kraftwagenführer
Schwierigkeiten gemacht wurden, haben jetzt das Oberverwaltungs-
gericht als letzte Instanz beschäftigt. Die Bundesratsverordnung,
welche auf Grund des Automobilgesetzes vom 3. Mai 1909 erlassen
worden ist, macht von einer Erlaubnis der höheren Verwaltungs-
behörde es abhängig, wenn jemand auf öffentlichen Straßen und
Wegen ein Kraftfahrzeug führen will. Die Erlaubnis ist zu er-
teilen, wenn der Nachzujunge seine Befähigung durch eine Prü-
fung dargelegt hat und wenn nicht Tatsachen vorliegen, die die
Annahme rechtfertigen, daß er zum Führen von Kraftfahrzeugen
ungeeignet sei. Und der § 40 bestimmt: Die vor dem 1. April 1910
auf Grund landesrechtlicher Vorschriften erteilten Zeugnisse zum
Führen von Kraftfahrzeugen behalten bis zum 11. Oktober 1911
Gültigkeit. Die Inhaber solcher Zeugnisse haben jedoch bis zum
1. Oktober 1910 die Erteilung eines neuen Fahrerheims bei der
höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 14 zu beantragen.

Der Kraftwagenführer Golombicki in Charlottenburg kam
demgemäß um die Erteilung eines Scheins ein. Der Polizei-
präsident von Berlin lehnte den Antrag ab, weil er wegen seiner
Vorfahren ungeeignet sei zum Kraftwagenführer. Er neige zu
Ausstellungen. Das sei zu entnehmen aus der im Jahre 1904
erlassenen Bestrafung mit 8 Tagen Gefängnis, die erfolgt sei wegen
Rixhandlung und gemeinsamen Hausfriedensbruchs. Damals war
G. noch Major und hatte als solcher eine Forderung, die er ein-
zutreiben versuchte. Er nahm einen Verwandten mit. Er sollte
kein Geld bekommen und sein Verwandter trat darauf dem
Schuldner zu nahe, was dessen Frau veranlaßte, auf seinen Ver-
wandten loszugehen. Darauf war G. auch tätig geworden, und
zwar der Frau gegenüber.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg wies die Be-
schwerde G., durch welche dieser den ablehnenden Bescheid des
Polizeipräsidenten anfocht, ab.

Nun klagte G. beim Oberverwaltungsgericht und berief sich
darauf, daß jene Bestrafung doch sehr weit zurückliege und mit dem
Fahren eines Automobils nichts zu tun hätte. Seit 1906 habe er
einen Motorwagen geführt und in der ganzen Zeit nur zwei geringe
Strafen aus Anlaß dieser Tätigkeit wegen Kleinfestigkeit erlitten,
zum Beispiel wegen harten Ausströmens von Rauch aus dem
Benzinmotor, was leicht mal vorkommen könne.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt, hob den Be-
scheid des Oberpräsidenten auf und setzte die Verfügung des Polizei-
präsidenten, durch welche ihm der Schein verweigert worden war,
außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Es sei allerdings
irrig, wenn Kläger meine, daß solche Strafen, wie die aus dem
Jahre 1904, die nicht aus Anlaß der Führung eines Autos erfolgte,
nicht berücksichtigt werden dürften. Sehr wohl könne aus solchem
Falle an sich geschlossen werden, daß jemand wegen Neigung zu
Gewalttätigkeiten „ungeeignet“ sei zur Führung eines Kraftwagens
im Sinne des § 14 der Bundesratsverordnung. Dieser Fall aus
dem Jahre 1904 liege aber weit zurück und seitdem seien keine
schweren Verfehlungen vorgekommen. Deshalb könne der immerhin
schwerere Fall von 1904 ihm jetzt nicht mit der Maßgabe entgegen-
gehalten werden, daß er ungeeignet sei. Daraus folge, daß die ihm
die Erlaubnis verweigende Verfügung des Polizeipräsidenten außer
Kraft gesetzt werden müsse. Der Kläger aber möge sich jetzt
hüten. Wenn auch nur geringes vorkomme, so könne im Ent-
scheidungsverfahren zurückgegriffen werden auf das, was früher war.

In einem zweiten Falle, den Kraftwagenführer Jänide be-
treffend, erkannte das Gericht zuungunsten des Klägers. Ent-
scheidend war namentlich ein betrübender Vorfall vom Jahre 1908.
Durch zu schnelles Fahren und dadurch bedingtes Schleudern des
Autos war ein Restaurateur, den Kläger mitgenommen hatte, vom
Wagen hinunter gegen einen Baum geschleudert worden, was den
Tod des Mannes zur Folge hatte und dem Kläger eine Strafe von
6 Monaten wegen fahrlässiger Tötung eintrug. Wenn auch seitdem
nichts vorgekommen sei, so wäre doch die Zwischenzeit zu kurz.

Sehr bedenkliche Astenate auf Frauenkleider

hat der Stricker Karl Bauer ausgetüftelt, der sich gestern wegen Sach-
beschädigung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III zu
verantworten hatte. Der Angeklagte befand sich am 19. Juni 1910
abends auf einem Nummelplatz an der Landberger Allee. Er
machte sich dadurch verdächtig, daß er sich in auffälliger Weise
an Frauen und junge Mädchen herandrängte und es wurde fest-
gestellt, daß er einer Frau mit einem scharfen Messer kreuzweise
einen Schnitt an ihrem Kleide beigebracht hatte. Es lag noch ein
zweiter Fall vor, in welchem an denselben Abend auf demselben
Platz einer Frau das Kleid zerschneit worden war. Welche
Motive den Angeklagten geleitet haben, kann aus der Tatsache ent-
nommen werden, daß der Angeklagte inzwischen in Chemnitz wegen
Eittlichkeitsvergehens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden
ist. Das Gericht verhängte über ihn eine Zusatzstrafe von 1 Monat
Gefängnis.

Ein eigenartiger Fall der Verletzung des Personenstandes

fürte gestern den Kaiser Max Blume und dessen Ehefrau vor die
erste Strafkammer des Landgerichts III. Die beiden Angeklagten
sind seit 1908 verheiratet, ihre Ehe endete aber des Kinderlebens
und so kam ihnen ein Zeitungsinterview sehr gelegen, nach welchem
eine Mutter ihr unehelich geborenes Kind an gute Leute vergeben
wollte. Die Angeklagten nahmen das damals 14 Tage alte Kind
an sich und hatten an ihm eine so helle Freude, daß ihr ganzes
Sinnen und Trachten darauf gerichtet war, daß das Kind ihnen
dauernd als ihr eigenes verbleibe. Sie gingen mit dem Gedanken
an, den kleinen Jungen, den sie sehr lieb gewonnen hatten, zu
adoptieren und erkundigten sich zunächst bei einem Winkelfonju-
leren nach den in solchen Fällen zu unternehmenden Schritten.
Der Rechtskonsulent erläuterte ihnen, daß die Sache nicht so leicht
sei, vielmehr dazu ein ärztliches Attest für die Ehefrau, ein Gesuch
um Dispens bei dem Justizminister usw. nötig sei. Der Rechts-
konsulent wußte aber einen Ausweg und rief den Angeklagten, daß
der Ehemann die Sache dadurch sehr vereinfachen könnte, wenn er
erkläre, daß der Knabe sein natürlicher Sohn und einem Umgang
entpflanzt sei, den er mit der unehelichen Mutter gehabt habe.
Diesen Rat befolgte der Angeklagte. Er begab sich zu einem Notar
und gab eine dahin gehende Erklärung ab, die aber, wie sich in der
gestrigen Verhandlung ergab, von den Angeklagten anders gedacht
war, als sie aufgenommen wurde. Als dann der Affessor, dem die
weiteren Maßnahmen zur Einleitung der Adoption oblagen, die
Tatsache auffiel, daß die Angeklagte dieses einem unstilligen Ver-

kehr ihres Ehemannes entpflanzte Kind annehmen wolle, bestätigte
die Angeklagte, daß ihr Ehemann zu der Mutter des Kindes in Be-
ziehung gestanden und daß sie selbst ihrem Manne verziehen habe.
Durch Befragen der Mutter des Kindes ergab sich dann, daß diese
mit dem Angeklagten abfolut keinen Verkehr gehabt habe und die
Erhebung der Anklage war die Folge. Der Staatsanwalt beantragte
mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten aus edlen Motiven ge-
handelt haben, die geringste Strafe von 1 Tag Gefängnis. Der
Verdichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung, da den Angeklagten
das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gefehlt habe und der
Angeklagte die vor dem Notar abgegebene Erklärung in anderem
Sinn geäußert hatte.

Aus aller Welt.

Der deutsche Rundflug.

Am Sonntag starteten in Johannisthal sieben Flieger,
denen am Montag noch vier folgten. Das Ziel haben bis jetzt
jedoch nur drei erreicht, nämlich bereits am Sonntag um
7 Uhr 24 Min. Lindpaintner (Hermann-Zweidecker), Bruno
König (Albatros-Eindecker), der um 8 Uhr 1 Min. am Montag
in Magdeburg landete, und Bruno Völkner (Wiatil-Zwei-
decker), der am Montag früh von Johannisthal startete und
um 7 Uhr 17 Min. in Magdeburg eintraf. Von den Gestarteten, die
das Ziel nicht erreichten, ist endgültig ausgeschieden der
Euler-Pilot Otto Reichardt, der wegen Benzinmangels bei Burg
niedergeraten mußte und dabei den Apparat verat beschädigte, daß
er zur Reparatur nach Darmstadt geschafft werden muß. Auch
Tschelen beschädigte seine Maschine bei einer vorzeitigen Landung
schwer, ebenso Volkmüller (Stich-Multipler), der wegen Bruchs
der Kurbelwelle bei Potsdam landete. Er will jedoch, wenn
möglich, noch von Berlin aus von neuem die Fahrt
beginnen. Zur Verlung der Strecke ist es notwendig, daß sämtliche
Flieger bis zum Schluß des am Dienstag stattfindenden
Starts zur zweiten Strecke Magdeburg-Schwerin die erste Etappe
Berlin-Magdeburg zurückgelegt haben. Es ist möglich, daß
bis dahin noch mehrere der unterwegs befindlichen Flieger am
Ziele eintreffen werden.

Biencziars will erst von Magdeburg ab starten, weil er
sich am Sonnabend bei einem Probeflug seinen Morane-Apparat
schwer beschädigte. Auch Gorrissen, Joannin und Paul
Lange der bei einem vor einigen Tagen in Wien vor-
genommenen Probeflug mit einem für den Rundflug bestimmten
Stich-Eindecker mit 120 PS-Motor gleichfalls Pech hatte und nun
einen anderen Apparat benutzen muß) wollen erst später in den
Rundflug eingreifen.

Die Flieger haben an die Leitung des deutschen Rundfluges
um den G.-P.-Preis der Liste einen motivierten Antrag gestellt.
Es habe sich während der zwei letzten Tage gezeigt, daß zwischen 6
und 7 Uhr morgens gerade immer mehr heftige Windböen einsegen,
nur so sei es zu erklären, daß verhältnismäßig viele Flieger kurz
vor Magdeburg niedergehen mußten.

Wieder ein Todesflug.

Wie ein Telegramm aus Wiener Neustadt meldet,
ist bei dem dort am Sonntag begonnenen Wettfluge der
österreichische Flieger Wenzing Wiesenbach mit seinem
Flugzeug aus einer Höhe von etwa 40 Meter abgestürzt.
Wiesenbach wurde tot vom Platze getragen.

Unwetterkatastrophen in New York.

Am Sonnabendabend hat ein furchtbarer Gewittersturm New
York und seine Vororte heimgesucht und enormen Schaden an-
gerichtet. Eine ungeheure Wassermenge stürzte vom Himmel und
verwandelte ganze Straßen in Seen. Untergumbahn- und
Straßenbahndienste mußten eingestellt werden. Durch das Eindringen
des Wassers zu den elektrischen Zuleitungen ereigneten sich eine ganze
Anzahl von Kurzschlüssen. Drei Personen wurden in den Straßen
New York vom Blitz getroffen und getötet, mehrere
andere durch Blitsschläge leicht verletzt. Ein Vergnügungszug, der
mit Hunderten von Passagieren von Coney Island nach der Stadt
zurückkehrte, wurde vom Blitzschlage getroffen. Mehrere
Passagiere wurden erheblich verletzt, andere ohnmächtig. Inflation auf
Coney Island fand in einem Zeltzirkus eine Wohlthatigkeits-
vorstellung statt. Als der Sturm losbrach, versuchten viele Besucher
der Vorstellung, nach dem Ausgange zu gelangen. Doch bevor sie
ihn erreichen konnten, wurde das Dach des Zeltes vom
Sturme abgerissen. Die Elefanten wurden unruhig und
singen an zu brüllen und die Leute eilten in wilder Panik dem
Ausgange zu. Frauen und Kinder wurden umgerissen und getreten.
Schließlich brach der ganze Zirkus zusammen. Es
dauerte stundenlang, ehe man alle Personen aus den Trümmern
herausziehen konnte. Sonderbarerweise ist niemand getötet
worden. Ein Dutzend Personen mußte schwer verletzt nach dem
Hospital gebracht werden, während zahlreiche andere mit leichter
Verletzungen davonkamen sind.

Kleine Notizen.

Verhafteter Falschmünzer. Bei der Hausdurchsuchung eines der Falsch-
münzerei verdächtigen Haushälters Wuschle in Breslau wurden
Apparate zur Herstellung von Ein- und Zweimarkstücken sowie
mehrere Hundert Stück dieser Geldsorten vorgefunden. Wuschle ist
geständig, bereits mehrere Hundert dieser Geldstücke,
die sehr gut gemacht sind, verausgabt zu haben.

30 Personen ertrunken. In der Nähe der russischen Ortschaft
Nalitsa ist bei der Fahrt über die Wolga eine Fähre, die mit
Menschen überlastet war, gesunken. Dreißig Personen
lamen in den Fluten um.

Selbstmord eines Künstlers. Der Wiener Künstler Joseph
Fiedler hat mit seiner Gemahlin in seiner Villa Wals Selbst-
mord verübt. Das Motiv zur Tat ist ein unheilbares
Leiden Fiedlers.

Der Tod in den Flammen. In einem Liverpooler Ge-
schäftshaus kam in der letzten Nacht ein Brand aus. Der Ge-
schäftsinhaber, seine vier Kinder und sein Bruder
sind bei dem Brande umgekommen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	11. 6.	10. 6.		11. 6.	10. 6.
Remel, Mühl	89	0	Saale, Großh.	84	-4
Regel, Jüterburg	42	-2	Saale, Spandau	26	-2
Seigal, Horn	72	-6	Saale, Rathenow	27	+11
Oder, Ratibor	172	+19	Spreew., Soremburg	74	-0
„ „ „ „	145	-7	„ „ „ „	72	+4
„ „ „ „	155	-9	„ „ „ „	103	-1
„ „ „ „	32	-3	„ „ „ „	26	+2
„ „ „ „	7	-7	„ „ „ „	469	0
„ „ „ „	22	+1	„ „ „ „	243	-4
„ „ „ „	28	0	„ „ „ „	231	-3
„ „ „ „	150	-1	„ „ „ „	56	-4
„ „ „ „	97	-7	„ „ „ „	—	—
„ „ „ „	102	-4	„ „ „ „	34	-2

+) bedeutet Hoch, -) Tief, -) Unterpegel

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 140a.)
Am Sonntag, den 11. Juni,
verstarb an den Folgen einer
Operation unser Mitglied
Wilhelm Karius
Gartenstraße 56.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Halle des Kreuz-Kirch-
hofes, Mariendorfer, Glienacher
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Köpenick.
Sozialdemokrat. Wahlverein.
Den Genossen hiermit zur ge-
fälligen Nachricht, daß unser Mit-
glied, der Heizer
Karl Munkelberg
im Kreiskrankenhause zu Weich
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 13. Juni, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Friedhofes
aus statt. 902/18
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Eisen-
plaharbeiter
Emil Rohde
am 9. d. M. im Alter von 26
Jahren verstorben ist. 68/12
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Rigsdorf, Hermannstraße, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Buchbinder - Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß am 9. Juni unser
Kollege, der Glaserarbeiter
Oswald Weiß
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem Weißen-
seer Gemeindefriedhof in der
Köpenicker Straße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
24/5 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die schönen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Gatten sage ich allen Ver-
wandten, Freunden und Kollegen
meinen herzlichsten Dank.
46313
Wwe. Anna Antczak.
22115

Am Sonnabend, den 10. Juni, nachmittags 11 1/2 Uhr, ver-
starb nach langem, sehr schwerem Leiden meine liebe Frau,
unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Auguste Schulz
geb. Krüger 22045
im 63. Lebensjahre.
Um stillen Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Petersbagen bei Friedersdorf, den 11. Juni 1911.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags
3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Petersbagen bei Friedersdorf,
Dennisdorfer Straße, aus statt.

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft
zur Reisezeit für
die ganze Familie **Florians Zahnpflege-Kasten**, Zahnpulver,
Zahnbürste, Mundwasser. Preis zus. nur M. 1.—. Zu haben in
Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften
sowie direkt 10 Stück M. 8.50, 24 Stück M. 18.— franco Nachnahme
durch **Arthur Wasservogel**, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder
durch die **Chemischen Werke Florian & Co.**, Britz-Berlin.

Wirtschaftsverkauf!
Bedürftige sofort meine in Dreieichenhorst gelegene Wirtschaft mit circa
87 Morgen gutem Land, Wald, Bienen, sehr preiswert zu verkaufen mit
voller Ernte und Inventar. Herrlich am Walde gelegen. Seltene An-
gebot. Anzahlung 3-4000 M. 22136
A. Schulz, Bädermeister, Briesenhorst, Kreis Landsberg a. S.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Wilhelm Schneider
am 8. d. M. an Blinddarmlleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
Tegeel aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Hermann Völker
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
118/8 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 10. Juni,
starb nach langem, schwerem Lei-
den an der Brustkrankheit unser
herzensguter und sorgloser Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Zigarrenfabrikant
August Eschberger.
Dies zeigen tiefbetrußt an
Emma Friedrich geb. Eschberger.
Karl Friedrich nebst Kind.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Priyer Gemeinde-Fried-
hofs aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
innigstgeliebte Frau, unsere
herzensgute Schwester, Schwäger-
in, Nichte und Tante
Luise Dobrat
geb. **Wünsche**
nach einem schweren Leiden im
Alter von 46 Jahren sanft ent-
schlafen ist.
Schmerzerfüllt zeigt dies an
und bittet um stille Teilnahme
im Namen der Hinterbliebenen
August Dobrat,
Schönleinstr. 4.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, 14. Juni, nachmittags
um 5 Uhr, von der Kapelle des
hiesigen Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt. 22125

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme und Kranzspenden bei der
Beerdigung unseres Vaters, Schwieger-
und Großvaters 22055
August Zimmermann
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Mitbewohnern
des Hauses, dem Gesangverein „Rai-
bund“, dem Lotterieverein „Blau-
spinne“, und dem Wahlverein, Bezirk
Wittenau, unseren besten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
W. Zimmermann, Wittenau.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung unseres lieben
Mutter sagen wir allen Freunden und
Bekanntem unseren herzlichsten Dank.
Kurt Buslepp
und Geschwister.
22115

Hosen-Woche

Dauer bis 18. Juni

Außergewöhnlich billige Serien
erheblich unter unseren regulären Preisen

- Serie 1 Herren-Stoff-Hosen in vielen Mustern 2.15 M.
- Serie 2 Herren-Stoff-Hosen besonders haltbare Stoffe 4.35 M.
- Serie 3 Herren-Hosen Kammgarnart, solide Muster 5.90 M.
- Serie 4 Herren-Hosen Kammgarn-Cheviot, moderne Streifen 7.60 M.
- Serie 5 Herren-Hosen la Kammgarn-Cheviot, elegante Muster 10.90 M.
- Serie 6 Herren-Waschhosen haltbar, moderne Streifen 2.65 M.
- Serie 7 Knaben-Waschhosen für 3-8 Jahre durchweg 60 Pf.
- Serie 8 Knaben-Waschhosen für 9-12 Jahre durchweg 1.10 M.
- Serie 9 Knaben-Stoff-Hosen für 3-8 Jahre durchweg 1.50 M.
- Serie 10 Knaben-Sport-Hosen blau Satin 1.65 M.

Orober Posten
Rester-Herren-Hosen
aus Maßstoffen gearbeitet
besonders preiswert.

Spiel-Höschen
In vielen Farben. Prakt.
Ersatz für Spiel-Anzug.
1.75 1.25 95 pf.

Orober Posten
Rester-Knie-Hosen
für Knaben im Alter von 8 bis
14 Jahren, besonders preiswert

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostenfrei.



Servus
bester Schuhputz

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubzynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

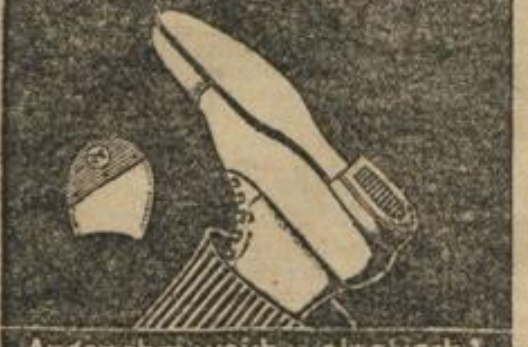
Jeder hat das Recht

im eigenen Interesse, mein reichhaltiges Lager in prima
englischen und deutschen Stoffen zu besichtigen. Durch
Bareinkauf meiner Waren und Ersparnis der Ladenmiete bin
ich in der Lage, einen erstklassigen Anzug, Paletot oder
Ulster in künstlerischer Vollendung des Sitzes zum Preise
von 52, 62 und 72 Mark zu liefern.

Als besonders preis- Schlagler-Hose zu 16, 20 u. 24 M.
wert empfehle meine

MARTIN KATZ □ Schneider-Meister
I. Geschäft: **Dresdener Str. 76** (nahe Thalia-Theater)
II. Geschäft: **Schöneberg, Hauptstr. 158.**

GUMMI-ABSÄTZE
Continental



Angenehm, weich u. elastisch!
Dauerhafter als Leder!
Eine Wohltat für Jeden!

Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher,
Continental-Gummi-Absätze,
es sind die besten!

Auch erhältlich in Lederhandlungen und Schuhgeschäften.
Schweimer Gummiwaren-Industrie, G. m. b. H., Schweim i. Westf.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Rückweisung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Gallcolchacin und indischen
Opiumextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groll-
Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stutt-
gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/6

Zu Wasserpartien empfehle Motor-
boot, 70 Berl. Fußten, billig.
Auskunft gibt:
F. Mickoleit, Berlin, Madaistr. 9.
u. K. Finkelde, Köpenick, Kietz 4.
Gastwirt,
Rosenthaler Str. 70
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Hygienische Bedarfs-
artikel**
Drogerie Zarembo,
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. Billigste Bezugsquelle!
Verlust f. zur dauernden Rundschiff!

Mahlsdorf,
Ca.-R. von 8 M. an, 20 Pf.-Fahr.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Holzeisenbrücken. — Amt VII, 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Straßentaxen.

Syphilis-Nachweis
In allen frisch u. voraltet, zweifelhaft.
Fäll. durch wissenschaftl. Untersuchung.
Sofort; beagl. Garm. (bes. auf Wo-
nortdoer-Räden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und
Hohenzollernstr., I. 8724. Verf. Rückfr.
diatr. u. fofortl. Geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

Herwann Fischers
billigste Särge
Urbanstr. 111, früher Rigsdorf. Tel.

Beeilen Sie sich
und beschaffen Sie die letzten 17 Par-
zellen in Zepernick, die ich sehr
billig verkaufe. — Pläne gratis. —
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Wasser-Parzellen
Neu! von 200 M. an. Neu!
Abdlich gelegen, ca. 30 km östlich von
Berlin. See-, Wald-, Fließ- u. Land-
parzellen spottbillig. Pläne gratis.
Berlin,
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl in Berlin.

Der 37. Kommunalwahlbezirk, der am 14. Juni (Mittwoch) für seinen bisherigen Vertreter, den verstorbenen Genossen Vorgmann einen Ersatz zu wählen hat, nahm zum letzten Male im Herbst 1909 an den allgemeinen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung teil. Damals standen in der Wählerliste des 37. Wahlbezirks 5784 Wahlberechtigzte, es erschienen aber nur 2188 Wähler, um ihre Stimme abzugeben. Für die jetzt vom 37. Bezirk zu vollziehende Ersatzwahl wird, weil nur alljährlich einmal, im Juli, neue Wählerlisten aufgestellt werden, noch die Liste von 1910 benutzt. In diesem zwischen Kojenthaler Tor und Gartenplatz sich erstreckenden Wahlbezirk, der von der Entvölkerung aller älteren Stadtteile Berlins gleichfalls längst in Mitleidenschaft gezogen worden ist, hat schon seit einer Reihe von Jahren die Zahl der Wahlberechtigzten sich andauernd verringert. Auch in der Zeit vom Juli vorletzten Jahres bis Juli letzten Jahres ist hier eine weitere Verminderung eingetreten, so daß für den 37. Bezirk die Liste von 1910 nur noch 5679 Wahlberechtigzte enthielt. Seit der Aufstellung dieser Liste ist jetzt fast wieder ein Jahr vergangen, und zwischen ihr und der jetzigen Ersatzwahl liegen die beiden großen Umsätze vom Oktober vorigen Jahres und vom April dieses Jahres. Zahlreiche Wahlberechtigzte, die im Sommer 1910 im 37. Kommunalwahlbezirk wohnten und in seine Wählerliste aufgenommen wurden, werden inzwischen aus ihm weggezogen sein. Die in derselben Zeit neu zugezogenen Wahlberechtigzten, deren Zahl sicherlich wieder geringer als die der weggezogenen Wahlberechtigzten sein wird, kommen für die jetzige Ersatzwahl noch gar nicht in Betracht, weil sie ja noch nicht in der Liste für 1910 standen. Umfomehr müssen alle unsere Genossen, die im 37. Kommunalwahlbezirk zur Teilnahme an der Ersatzwahl berechtigt sind, es als ihre Pflicht ansehen, Gebrauch von ihrem Wahlrecht zu machen und am 14. Juni ihre Stimme abzugeben für den Stadtverordneten Kandidaten der Sozialdemokratie, den Schriftsteller Max Grundwald. Das gilt nicht nur für diejenigen, die im 37. Wahlbezirk wohnen. Auch wer aus ihm weggezogen ist, nimmt noch an der Ersatzwahl teil, sofern er im Sommer 1910 in der Wählerliste dieses Bezirks stand. Keiner der weggezogenen Wahlberechtigzten dieses Bezirks sollte es für eine zu große Mühe halten, sich noch einmal nach seinem früheren Wahlbezirk zu begeben und dort sein Wahlrecht auszuüben. Für die Stimmabgabe ist die Zeit von morgens 10 Uhr bis 8 Uhr abends festgesetzt, es wird also den meisten Wählern möglich sein, selbst aus größerer Entfernung noch rechtzeitig zum Wahllokal zu gelangen. Welche Straßen und Grundstücke zum 37. Kommunalwahlbezirk gehören und in welchem der drei Wahllokale jeder Wähler seine Stimme abzugeben hat, das ist aus der im „Vorwärts“ (Nr. 134 vom letzten Sonntag) veröffentlichten Zusammenstellung ersichtlich. Jeder, der Kollegen oder Bekannte hat, die im Sommer 1910 als wahlberechtigzte Einwohner des 37. Wahlbezirks in die Wählerliste aufgenommen sein müssen, der sollte sie unter Hinweis auf jene Zusammenstellung an ihre Wahlpflicht erinnern. Keine Stimme darf dem Stadtverordneten Kandidaten der Sozialdemokratie, Schriftsteller Max Grundwald, verloren gehen!

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Für die Bezirke 246-249 findet am Mittwoch ein gemeinsamer Wahlabend mit einem Vortrag des Landtagsabgeordneter Paul Fritsch bei Giesing, Wassertorstr. 68, statt.

V. Kreis, II. Abteilung. Gemeinschaftlicher Wahlabend der Wahlbezirke 420-427 in den „Königsäulen“, Neue Königstr. 28. Vortrag der Genossin Jda Altmann: „Partei, Kirche und Kirchenaustritt“.

Bahnisdorf. Am Mittwoch (Wahlabend) beim Genossen Schäfer in Falkenberg: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonntagabend, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Rasse und Aufnahme neuer Mitglieder, Parteiangelegenheiten, Jahresbericht des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre.

Pankow. Am Mittwoch finden wieder gemeinschaftliche Wahlabende statt und zwar für die Abteilung Nord im Lokal von Kojick, Kreuzstr. 8/4, für die Abteilung Süd im Lokal von Ködler (Kamman), Kaiser-Friedrich-Str. 13. In diesen Wahlabenden sollen die Vorschläge zur Besetzung der Funktionäre in der Bezirksleitung erfolgen. Die Bezirksleitung.

Spandau. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Böhle, Habelstr. 26: Volksversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Kornblumentag in Preußen

soß am 16. Juni in Szene gehen. Auch Groß-Berlin wird an diesem Tage seinen offiziellen Kornblumentag haben, nachdem bereits kleinere Orte einen früheren Termin genommen haben. Bereits mehr als fünf Millionen Kornblumen und zwei Millionen Postkarten wurden verkauft. Der Kaiser hat für die Garde-Regimenter den Ankauf von 30 000 Postkarten befohlen. Die Margaretenstage werden natürlich nach wie vor stattfinden. Aus bürgerlichen Kreisen melden sich immer mehr Stimmen, denen es selber zuviel wird mit diesen Blumentagen.

Kornblumentag in der Kleinstadt.

Eine Berliner in schreibt uns aus einer pommerischen Kleinstadt: Am Sonntag hatten wir hier den mit großem Trara und Bummel schon wochenlang vorher in den Amtsblättern angekündigten patriotischen Kornblumentag. Veranstaltung war unter behördlicher Protektion natürlich der Militärverein am Orte; die Vettelgroßen sollen in die Rasse des Deutschen Kriegesbundes für dessen Waisenhäuser fließen. Die zahlreichen Armen der Stadt bekommen keinen Cent davon. Außer Kornblumen gelangten auch patriotische Postkarten zum Mindestpreise von je zehn Pfennig zum Verkauf. Wer das Kleinstadtleben und seinen Kasstengeist kennt, kann sich lebhaft vorstellen, welche Aufregung den bis auf die Fußtappen patriotisch durchtränkten Teil der neuntausend Einwohner

erfaßt hatte. Obwohl durch Gratisinserate sämtliche Stände zur Beteiligung aufgerufen waren, sind die Blumenjungfern, die sich zum Verkauf meldeten, siebenmal gesiebt worden. Wessen Familie nicht als politisch völlig sauber gilt, durfte nicht mitmachen. So bestanden die neunzig Kornblumenmädel durchweg aus Damen, deren Eltern oder Männer auf Hurrafreien gedrillt sind. Schon in aller Morgenfrühe wurden wir Berliner Sommerfräuler angebettelt. Unbezahlbar waren die Blide der mit patriotischen Schleißen geschmückten jungen und alten Anreizerrinnen, als wir ohne Heuchelei erklärten, für solchen Kummel auch nicht einen Pfennig übrig zu haben. Unsere Meinung mußte sich wohl herumgesprochen haben, denn bald beglückte uns ein Stadtsergeant, der sich an unsere Herzen hiesete, mit seiner Aufmerksamkeit. Mehrmals traten uniformierte Kriegervereiner an uns heran und wiesen aufdringlich auf die Bedeutung des Tages hin. Während des Hauptgottesdienstes sollte der Straßenbettel unterbleiben. Umfomehr wurden die Frommen und die Frömmelnden abgefangen, als sie aus der Kirche traten. Der Klingelbeutel ging also diesmal außerhalb der Kirchenmauern herum. Am breitesten machten sich die Blumen- und Kartenverkäuferinnen auf dem Bahnhofs, den die Eisenbahndirektion zum Verkauf freigegeben hatte. Viele Reisende schimpften in allen Tonarten, daß sie auf keinem Provinzbahnhofs mehr vor dieser Patriotensteuer sicher seien und sich oft geradezu loslaufen müßten, um nicht fortgesetzt belästigt zu werden. Die Geschäftsleute der Stadt waren schon vorher kräftig gestochert worden. Manche hatten, da sie von einer bestimmten Kundschaft abhängig sind, Kornblumen bis zum Betrage von hundert Mark zum Schmutz der Schaufenster sich aufhängen lassen müssen. Am Sonntagabend kündigte ein Amtsblatt das Erscheinen des Oberpräsidenten zum Kornblumentage an. Sofort stieg das Patriotenthermometer heftig an. Reichsdeutsche Fahnen flatterten, vorfinstliche Zylinderhüte wurden in aller Eile aufgebügelt, Fracks und Uniformen aus dem Rottenschrant gezogen, Begrüßungsarien im stillen Kämmerlein einstudiert. Aber zu Ehrenportien langte die Zeit nicht mehr. Wer aber nicht kam, war der schon in Abwesenheit mit echt patriotischer Schwanzwebele Gefeierte. So haben hier oben in Pommern die Kleinsten Rester ihren Kornblumentag.

Der Beginn des deutschen Rundfluges

am Sonntag früh hatte gewaltige Menschenmassen nach Johannisthal hinausgezogen. Infolge der gewaltigen Reklame der Veranstalter machten sich schon kurz nach Mitternacht zahlreiche Personen auf den Weg nach dem Startplatz. Es wird uns darüber berichtet:

Noch lag tiefes Dunkel über dem Treptower Park, noch brannten die Laternen auf der endlosen Treptower Chaussee, als es am Schlesienschen Busch, am Anfang des Parks lebendig zu werden begann. Die Besucher der Sitzplätze, die einen Morgenspaziergang durch den Wald der Eisenbahnfahrt vorzogen, Männlein und Weiblein zogen hinaus nach dem 18 Kilometer von Berlin entfernten Felde. Gegen 3 1/2 Uhr setzte dann der Autoverkehr ein, der bald so gewaltig wurde, daß es in Johannisthal infolge der mangelhaften polizeilichen Vorkehrungen zu langwierigen Verkehrsstörungen kam. Wer in Berlin um diese Zeit eine Autodroische verlangte, konnte selbst um den erhöhten Preis einen Kraftwagen nicht aufreiben. Die Zahl der auf dem Flugplatz haltenden Automobile dürfte etwa 1500 betragen haben. Die Hochbahn sowie die Straßenbahn vermochten auch nicht im entferntesten die an den Haltestellen harrenden Fahrgäste zu befördern, obwohl diese Verkehrsinstitute alles verfügbare Wagenmaterial in den Verkehr gebracht hatten. Zu sehr erregten Szenen kam es auf dem Görtlicher und den Stadtbahnhöfen. Das Publikum, das die Bahnsteige überflutete, stürmte die Bänke erkletterte die Wagenbahner, stieg in die Gepäckwagen und machte zum Teil auf den Trittbrettern stehend die Fahrt nach Johannisthal mit. In den Coupees standen und saßen, lagen in den Gepäcknetzen und unter den Bänken 30 bis 36 Personen. Zahlreiche Frauen und Mädchen wurden ohnmächtig und mußten auf den Zwischenstationen aus den Bänken herausgebracht werden. Trotz dieser schwierigen Fahrt waren die meisten Fahrgäste in vorzüglicher Laune und der echte Berliner Humor trieb wieder einmal seine schönsten Blüten. Viel Heiterkeit erregte die Beförderung einer Militärkapelle auf der Eisenbahn. Das Musikkorps mußte Punkt 5 Uhr seinen Dienst auf dem Flugplatz antreten, sah jedoch keine Möglichkeit mitzukommen. Der „Pauker“ rettete jedoch die Situation. Im Augenblick schwang er sich auf das vordere Drehgestell der Maschine und nahm mit seinem umfangreichen Apparat vor dem Schornstein zwischen den Buffern Platz. Sein Beispiel wirkte zündend. Im nächsten Augenblick hatte die gesamte Kapelle die Lokomotive erklimmt und konnte so rechtzeitig den Einzug in Johannisthal halten. Es wurde jedoch allgemein darüber Klage geführt, daß auf der Stadtbahn und dem Görtlicher Bahnhofs nur ein oder zwei Schalter geöffnet waren, die selbstverständlich den Riesenandrang nicht bewältigen konnten.

Vom Bahnhof Nieder-Schöneeweide stutete unauffällig am beiden Seiten der Chaussee ein breiter Menschenstrom nach den Villettschaltern. Da naturgemäß die Abfertigung trotz der vorhandenen zahlreichen Verkaufsstellen nicht schnell genug erfolgen konnte, so durchbrach die Menge die Umzäunungen an vielen Stellen und stürmte auf den Platz, ohne daß die Gendarmerie dem Unfug steuern konnte. Gegen 5 Uhr morgens waren die Tribünen und Startplätze völlig ausverkauft.

Kurz nach 5 Uhr morgens starteten die ersten Flieger. Von den 24 angekündigten Fliegern beteiligten sich am Morgen nur sieben und riesen bei vielen Zuschauern große Enttäuschung hervor, die sich oft in nicht mißzuverstehenden Neuerungen Luft machte. Nachmittags 4 Uhr sollte ein anderer Teil starten, es kam aber nur zu einigen Rundflügen. Ueber die Flugfahrt selbst berichten wir an anderer Stelle.

Eine Versammlung der Taubstummen Groß-Berlins.

Das politische Getriebe erfährt Leute aller Kreise. Kein Stand, keine Schicht kann sich den brennenden Tagesfragen gegenüber teilnahmslos verhalten. Lebensinteressen, Aufgaben wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedeutung sind es, um die so heiß gestritten wird und deren endgültige Lösung um so dringender erscheint, je gedrückt und unglücklicher die Lage einer Kategorie von Menschen ist. Hier höft man denn auch auf empfänglichen Boden, wo der Samen sozialistischer Aufklärung am ehesten und kräftigsten Wurzel schlägt. So hat die Idee der Menschheitsbefreiung auch bei jenen Eingang gefunden, die bis dahin einsam und unbeachtet an der

Außenwelt des Lebens wandelten, denen die Natur grausamerweise einen Teil der besten Sinne verlagert hat.

In die Reihen der blinden Proletarier ist der Sozialismus gedrungen und hat ihnen einen Lichtschein in ihr dunkles Dasein gebracht, und der letzte Sonntagnachmittag hat die errenliche Tatsache ergeben, daß auch die Taubstummen nicht untätig abseits stehen wollen, sondern mit erstantlichem Interesse ihre Aufmerksamkeit den politischen Vorgängen widmen.

Hiermit ist der erste Schritt zur Sammlung der über Groß-Berlin verstreuten Taubstummen getan — der Weg zur weiteren Entwicklung ist frei. Es waren ihrer circa 300 — darunter auch Frauen, die da gekommen waren, um Stellung zu nehmen zu den kommenden Reichstagswahlen, über welches Thema der Genosse S. Meyer, in seiner Art referierte und zwar recht geschickt und wirkungsvoll, wie sich aus dem begeistertsten Beifall der Anwesenden ersehen ließ. Dasselbe trifft für den nachfolgenden Genossen Pust zu. In dem Gebärden- und Zeichenspiel kam ein reichentwickeltes Innenleben zum Ausdruck — es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zuhörer den ganzen aufreizenden Charakter der angeführten politischen Ereignisse gebührend zu würdigen wußten. Die Vorgänge im Reichstag, die Taten des schwarz-blauen Blocks, die Verteuerung der Lebensmittel, das Verhalten des Freisinn, die unheilvolle Nachtentfaltung des Kapitals — alles ließen die beiden Genossen sowie die nachfolgenden Diskussions Teilnehmer mit drastischen Gebärden vorüberziehen. Deshalb mühten auch die taubstummen Proletarier zusammenstehen und Mann für Mann der Sozialdemokratie sich anschließen! Rauschendes Händeklatschen zeugte dafür, daß die Darlegungen die Versammelten gepackt hatten. Aber nicht nur ideale Erfolge brachte die Veranstaltung, nein, auch praktische Ergebnisse waren zu verzeichnen. Ein großer Teil der Anwesenden ließ sich sofort in den Wahlverein aufnehmen und auch bei den anderen wird der zweite Anlauf nicht vergebens geführt werden. Immerhin kann das Agitationsfeld noch erweitert werden, denn Groß-Berlin allein beherbergt einige Tausend Taubstumme. Hierzu wird die Wahl eines Vertrauensmannes, die einstimmig auf Genosse Meyer fiel, wesentlich mit beitragen. Eine Begrüßungsdepesche aus Hogen-Schwelm, wo zu derselben Zeit ebenfalls die taubstummen Genossen tagten, wurde mit stürmischem Jubel aufgenommen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie endete die eigenartige Veranstaltung.

Die Polizei hatte offenbar nicht getrachtet, wie sie sich dieser Versammlung gegenüber verhalten sollte. Immerhin — „zwar sichtbar nicht, doch fühlbar, von Jagows Geist umschwebt“... war auch diese Zusammenkunft!

Ein Glendbild.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns:

„Ich besand mich am Sonntag mit meiner Familie auf einem Spaziergang durch die Jungfernhöhe. An der südlichen Waldgrenze der Heide westlich von der Tegeler Chaussee trafen wir eine aus Mann, Frau und sechs Kindern bestehende Familie, die ihr ganzes Hab und Gut in einem gebrechlichen Kinderwagen und in zwei Handmarktkörben hatten und die dort kampierten. Vor circa 14 Tagen habe ich dieselbe Familie durch die Kolonie Ronnendamm ziehen sehen. Neugierig gefellte ich mich auch zu den Zuschauern, die dort schon um diese mitleidigen Geschöpfe standen. Ich fragte das Familienoberhaupt, wie es möglich sei, daß er vor 14 Tagen durch die Kolonie Ronnendamm zog und heute sich erst hier befindet? Darauf erwiderte mir der Mann folgendes: „Ich heiße Eduard Fritsche, bin 41 Jahre alt, habe sechs Kinder, wovon das älteste 11 Jahre zählt. Ich habe von 1907 bis 1909 auf dem Bornwerf Selbelang — hinter Rauen gelegen —, einem dem Herrn Rittergutbesitzer v. Ergleben gebörenden Mittergute, gearbeitet. Dort habe ich mit den reisten Oberkörper gebrochen. Nachdem ich meiner Arbeit nicht mehr nachgehen konnte, wurde ich aus der Arbeit entlassen. Von einem Ort zum anderen wandernd, war ich die letzte Zeit in der Udermarkt; bin aber wieder arbeitslos geworden, da mich keiner als Invaliden behalten will. So kam ich mit meiner Familie auf der Wanderung hierher, und lebe hier im Walde.“

Es war ein Bild des Elends, des Jammers, und Mitleid ergriff jeden, der es mit ansah. Die Eltern ziemlich abgestumpft von ihrem Glend, die unschuldigen Kinder schmutzig, barschig, ohne Erb, ohne Erziehung, ohne Schulbesuch, lauern sie alle an der Erde, mit Ausnahme des jüngsten im zweiten Jahre stehenden, welches im Hahseligkeitwagen in Pumpen gefüllt daliegt. Drei oder vier Kinder sind bereits schulpflichtig. Auch die Mutter ist scheinbar wieder in guter Hoffnung. So lagert die Familie, von Sonntagsausflüglern angehaucht, hilflos auf königlich preuchischem Grund und Boden, und keiner hilft. Und die, die helfen möchten, können nichts weiter tun, wie die Polizei benachrichtigen; von dort muß Hilfe gefandt werden. Unter Tränen des Mitleids erzählt mir eine Frau, wie ihr Mann persönlich nach dem Polizeirevier Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Strasse, gegangen wäre, um Hilfe für die Obdachlosen zu holen; leider wäre er dort abgewiesen worden, da die Leute nicht ordnungsfähig wären. Von mitleidigen Leuten wurden den dem Hunger und Elend Preisgegebenen einige Groschen überreicht.“

Von anderer Seite wird uns die obige Darstellung bestätigt. Der Mann könne dauernde Arbeit nicht finden; er bezieht infolge seines Unfalles 16 M. monatliche Rente. Hat der Mann Arbeit, so wird er nach einigen Tagen wieder entlassen, weil er zu schweren Arbeiten infolge seines Unfalls zu schwach ist. Die Kinder sind in einem Alter von 11, 10, 9, 8, 4 und 1 1/2 Jahren und haben in letzter Zeit aus der Erholungsstätte in der Jungfernhöhe etwas Essen erhalten. Auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar. Die Polizei sollte sofort feststellen, in welcher Gemeinde die Leute Unterstühtungswohnsitz haben und die betreffende Gemeinde zum Unterhalt anhalten. Natürlich werden auch dann nur Bettelefnisse gegeben werden, die zum Sattessen zu wenig und zum Verhungern zu viel sind.

Angehts solcher Zustände klingt es wie blutiger Hohn, wenn in die Welt hinausposaunt wird, in welsch großartiger Weise in Deutschland für die Arbeiter gesorgt ist bis ins hohe Alter hinein....

Auf dem Gemeindefriedhofe in Friedrichsfelde, der bereits eine größere Zahl prächtiger Begräbnisstätten und Monumente enthält, hat neuerdings auch Baron von Weidroeder eine Fläche von 100 Quadratmetern Größe zur Errichtung eines Mausoleums erworben.

Um Selbstentzündungen aufgekapelter Treibhölzer zu vermeiden, wie sie in letzter Zeit wieder mehrfach vorgekommen sind, müssen bei der Padung der Kohlen lotrechte Luftkanäle von wenigstens 100 Quadratcentimeter Querschnitt in Abständen von je 1 Meter in der Breite und Tiefe angelegt werden. Diese Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Treibhölzer mit 6 Zentimeter Zwischenraum als Käufer und darüber gleichfalls zwei Treibhölzer mit dem gleichen Zwischenraum als Winder durch den ganzen

Stapel nach hingelagert werden, so daß nicht nur ein senkrechter, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden. Die hierdurch stattfindende Lufterneuerung erscheint geeignet, Selbstentzündungen der Pressfabrik zu verhindern. Die Höhe der einzelnen Stapel muß ferner so bemessen sein, daß zwischen Kohlenstapeln und Decke noch ein Zwischenraum von mindestens 30 Zentimeter bleibt. Außerdem ist für reichliche Entlüftung der Lager Räume zu sorgen. Fenster dürfen nicht verbaudet werden, sie müssen jederzeit zugänglich sein.

Das Revolverattentat in der Friedrichstraße. Den Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei ist es nach mit Hilfe der Daktyloskopie gelungen, die Persönlichkeit des bisher unbekanntes Mannes festzustellen, der Sonnabend mittags im „Norddeutschen Reichshaus“ in der Friedrichstraße 114a den Schuhmann Vucht vom sechsten Polizeirevier niederstieß und sich dann selbst tödlich verletzte. Der Mörder ist der 27jährige, langgesuchte Verbrecher Fritz Hugo Görmar, der trotz seines jugendlichen Alters schon zahlreiche schwere Straftaten begangen hat. Durch die Akten wurde ermittelt, daß er schon wiederholt im Gefängnis und im Zuchthaus gewesen hat. Görmar wurde seit kurzem polizeilich gesucht, da er abermals eine Strafe zu verbüßen hatte. Er pflegte stets mit großer Sicherheit und in sehr eleganter Kleidung aufzutreten. Auch am Sonnabend war er ganz neu gekleidet. Er trug einen modernen, braungestreiften Jodestrogan mit roten Punkten, eine hellgraue Tuchweste mit großen aufgesetzten Taschen und neue schwarze Schnürstiefel mit Lackspitzen. Die Leiche des Mörders wurde mehrfach photographiert und dann von der königlichen Altklinik nach dem Schauhaule gebracht.

Winnenschiffahrt. Auf Gesuchen des Gerichts hat die Handelskammer zu Berlin folgendes Gutachten erlassen: Im Wonnenschiffahrtverkehr mit Waggerkies von der Oder nach Berlin bilden die Mühlendammschleuse, die Schleuse an der Stadtbahn und die obere Schleuse, Tiergartenerschleuse, die Grenze zwischen Berlin oberhalb und Berlin unterhalb. Der Urdamhafen gehört demnach zu Berlin unterhalb, jedoch wird für Sendungen von der Oder der Regel nach hierher nur die Fracht für Berlin oberhalb zugänglich der vorausliegenden Schleusengebühren vereinbart. Für Charlottenburg und Charlottenburger Ufer werden im allgemeinen die gleichen Frachttarife wie nach Berlin unterhalb gezahlt. Für den Nordhafen erscheint ein Zuschlag von 15 ansatz 10 Pf. über „Berlin oberhalb“ als Entgelt für die infolge Ueberfüllung häufig erforderliche längere Wartezeit berechtigt. Da der Nordhafen nicht im Stadtbereich von Charlottenburg liegt, so läßt die im Schlußschein enthaltene Wendung „Charlottenburg, Nordhafen“, unfernt Stadthafen keine andere Auslegung zu, als daß auch für die im Charlottenburger Stadtbereich liegenden Döschstellen der gleiche Zuschlag wie für den Nordhafen in Ansatz kommen soll, obwohl ein derartiger Zuschlag ungewöhnlich ist.

Die Taschendiebe beim Deutschen Rundflug. Einen reichen Erntelag hatten am Sonntag die Berliner Taschendiebe. Aus Anlaß des Deutschen Rundfluges, der Hunderttausende von Menschen nach dem Flugplatz in Johannisthal lockte, hatten sich auf den hiesigen Bahnhöfen ganz enorme Menschenansammlungen entwickelt. Kopf an Kopf gedrängt standen die Menschen, und für die Taschendiebe war es unter diesen Umständen ein leichtes, ihrem verbrecherischen Handwerk nachzugehen. Es wurden eine ganze Anzahl von Taschendiebstählen verübt. Besonders unangenehm bemerkbar machten sich die Spezialisten auf dem Bahnhof Friedrichstraße und am Alexanderplatz, wo sie ergiebige Beutezüge veranfaßten. Auch draußen in Johannisthal waren die Taschendiebe fleißig. Einige der Diebe konnten auf frischer Tat erwischt und der Polizei übergeben werden.

Ein Erzschwindler, der schon viele Leute um ihre Ersparnisse betrogen hat, ist von der Kriminalpolizei wieder einmal hinter Schloß und Riegel gefaßt. Der „Papierfabrikant“ Albert Rothe, mit dem sich die Strafbehörden unangefochten wegen Kontoschwindel zu beschäftigen haben, kam Mitte Februar wieder einmal aus der Strafanstalt heraus. Er hatte zuletzt in der Salitzer Straße einen kleinen Raum gemietet, etwas Papier und Kleber hineingeschafft und aus dem ganzen eine Tintenfabrik gemacht, für die er nun Reisende, Buchhalter und Kassierer mit möglichst hohen Würgeschäften anstellte. Nach Verbüßung der letzten Strafe versuchte er, seiner „Fabrik“ einen etwas besseren Ansitz zu geben. Sein neuer „Fabrikraum“ in der Neuen Hochstraße 4 war zwar auch nicht viel größer als die alten, aber er mietete noch einen Stall hinzu und ließ sich einen Gaul und einen Geschäftswagen. Dieser Vergroßerung des Betriebes entsprechend behat er auch die Schwindelkassen aus, nach und nach nahm er 20 Hausdiener, Kutscher, Buchhalter und Kassierer an, obwohl in der Fabrik kaum einige Dutzend Tinten hergestellt wurden. Der Schwindler verstand es vorzüglich, die Leute so zu beschäftigen, daß keiner von dem anderen etwas wußte. Bis nach Potsdam und Magdeburg sandte er sie mit dem Auftrage, sich nach der Bonität von Geschäftskonten zu erkundigen, von denen er Wechsel zu haben beabsichtigte. Die Namen dieser Kunden erwiderte der Schwindler, die Wechsel stellte er selber aus. Erst jetzt wurde das Treiben des alten Sünder ruckbar und nun kam der ganze Schwindel bald an den Tag. Rothe wurde in seiner Wohnung verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es ergab sich, daß er den 20 Leuten seit Februar nicht weniger als 9000 M. an Würgeschäften abgeschwindelt hat. Ein Mann, der 500 M. Kaution stellen mußte, hatte ein Papier über 1000 M. Rothe konnte ihm darauf augenblicklich nur 300 M. herausgeben, und so läßt die Betrogenen auch noch die übrigen 200 M. ein.

Ein Reihentransport, der bei Aufhauern lebhaften Empörung hervorrief, wird aus Jörsfelde berichtet. Gegenüber von Jörsfelde erlosch sich am Sonnabend am Havelufer auf Spandauer Gebiet ein in den dreißiger Jahren stehender anscheinend quirituierter Mann. Er hatte seinen Standort so gewählt, daß er nach der Tat ins Wasser fallen mußte. Nachdem die Leiche ans Land gebracht war, telephonierte man an die Spandauer Polizei, die auch sofort zwei Beamte zur Vergung der Leiche entsandte. Anstatt nun aber die Leiche in ein an ein Motorboot befestigtes Boot zu legen, wurde ihr ein Strich unter die Arme gebunden und so im Wasser fortgeschleppt. Diese Art des Transportes muß höchst unangemessen und höchst widerwärtig bezeichnet werden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Montag, nachmittags vor dem Hause Schönhauser Allee 126a. Dort verließ ein Herr Fritz Werle, Gaudhitz, 36 wohnhaft, den Hinterron des Motorwagens 1874 der Linie 47 während der Fahrt, kam dabei zu Fall und blieb besinnungslos neben dem Wagen liegen. Man schaffte den Verunglückten nach der nächsten Unfallstation, wo der Arzt eine starke Kopfverletzung und Gehirnverletzung feststellte. Er wurde nach dem Rudow-Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Arbeiterbildungsschule. Wegen andauernder Krankheit des Genossen Dr. Conrady muß der Unterricht in Geschichte ausfallen. Der Wiederbeginn wird bekannt gemacht. Der Vorstand.

Die Beschäftigung der Betriebsanlagen der Kaufmannsgesellschaft in Lichtenberg wird im umfangreichen Maße von Mitgliedern und Nichtmitgliedern ausgeübt. Am Sonntag waren Mitglieder aus dem Norden draußen in der Rittergutsstraße. Etwa 2000 Personen beteiligten sich mit großem Interesse daran; am kommenden Sonntag ist der Osten an der Reihe.

Rechtsgelehrter sei bei dieser Gelegenheit, daß die Behauptung der „Wahrheit“ und des Organs der Wäckerinnung „Concordia“, der Wäckerinnung wäre hauptsächlich ins Leben gerufen worden, um dem sozialdemokratischen Massenunternehmen in Lichtenberg Arbeit zu verschaffen, eitel Fiktion ist. Bereits vier Wochen nach Inbetriebnahme der Wäckerlei war die Verwaltung sich klar darüber, daß der Betrieb sofort verdoppelt werden müsse, um allen Ansprüchen zu genügen. In kürzester Frist wird mit dem Erweiterungsbau begonnen.

Großfeuer in Treptow.

Von einem verheerenden Schadensfeuer wurde Sonntag früh die Teppich- und Läuferstoffabrik von G. Feibisch am Treptower

Park 28/30 in Treptow heimgesucht. Der Brand zerstörte ein 40 Meter langes, dreistöckiges Fabrikgebäude und richtete einen erheblichen Schaden an. Mit der Ablösung des Großfeuers hatten die Feuerwehren von Berlin, Treptow und Ober-Schöneweide den ganzen Sonntag über zu tun. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen, obgleich ein Teil des Fabrikgebäudes während des Brandes einstürzte. Im einzelnen wird uns über den Niesenbrand folgendes gemeldet:

Das Fabrikgrundstück der Teppich- und Läuferstoffabrik von G. Feibisch ist mit mehreren Fabrikgebäuden bebaut und umfaßt drei Höfe. Zwischen dem zweiten und dritten Hof war vor sechs Jahren ein etwa vierzig Meter langes und 17 Meter tiefes, dreistöckiges Quergebäude errichtet worden, in dem große Fabrikationsräume für Agminsterfabrikation und Lagerräume für fertige Waren untergebracht wurden. In dem Keller dieses Quergebäudes befand sich das umfangreiche Lager der Rohmaterialien. Gestern morgen gegen 9 1/2 Uhr schlugen plötzlich aus den Fenstern des zweiten Stocks Flammen hervor und klirrend flogen die zerplatzten Fensterscheiben auf den Hof hinab. Der Postwärter schlug sofort Feuerlarm und alarmierte die Treptower Feuerwehre. Ehe diese eintraf, hatte sich der Brand schon derart ausgebreitet, daß die eine Hälfte der zweiten Etage lichterloh in Flammen stand. Von Minute zu Minute fraß sich das Feuer nun weiter bis zum Fahrstuhlhoch, wo es einen Weg nach den unteren und oberen Geschossen fand. Auf den Feuerstufen rückte auch die freiwillige Feuerwehre von Oberschöneweide an. Beide Wehren waren aber gegen den gewaltigen Brand machtlos, so daß man sich entschloß, die Berliner Feuerwehre zur Hilfe zu rufen. In kurzer Zeit waren daraufhin auch die Löschzüge 5 und 8 zur Stelle. Die beiden Dampfprisen der Jäger traten sofort in Tätigkeit, vermochten indes anfangs auch nichts auszurichten, da der Druck nicht genügend war. Erst als die Wasserwerke auf telephonischen Anruf den Wasserdruck bedeutend erhöhten, war ein wirksamer Löschangriff möglich. Die Berliner Feuerwehre arbeitete mit vier Rohren stärksten Kalibers und die freiwilligen Feuerwehren mit zwei Rohren. Inzwischen war das Feuer durch den Fahrstuhlhoch nach unten und oben vorgebrochen, und bald brannte das ganze Gebäude vom Keller bis zum Dach. Alles Wassergeben schien vergeblich. Die Rohrführer mußten mit der größten Vorsicht zu Werke gehen, da immerwährend Mauerreste zusammenstürzten. Außerdem erfolgten im Keller mehrere Detonationen, die von Explosionen herrührten. Das aber eigentlich dort gelagert hat, konnte die Feuerwehre nicht ermitteln. Nach etwa zwei Stunden stürzten die beiden Obergeschosse des linken Flügels tragend in sich zusammen. Das Mauerwerk fiel teils auf den zweiten Hof, teils nach einem benachbarten Garten, wo mehrere Bäume durch die Eisenpfähle umgeschlagen wurden. Mutig hielten die Feuerwehreleute aus und nach und nach konnte man dem Feuer Terrain abgewonnen werden. Das Hauptaugenmerk wurde darauf gerichtet, einen angrenzenden Neubau und eine rechts liegende Velourshalle zu schützen. Von dem Fabrikgebäude selbst blieben nur die nackten Wände übrig. Selbst das Rohmaterialienlager im Keller wurde vollständig vernichtet. Das Lager repräsentierte allein einen Wert von einer halben Million Mark. Ebenso wertvoll war das Lager der fertigen Waren im ersten und zweiten Stok, das gleichfalls ausgebrannt ist. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf rund 225 000 Mark. Gegen mittag waren noch zwei Dampfprisen der Berliner Feuerwehre in Aktion, da immer und immer wieder unter den Trümmern Massen Flammen hervorbrachen. Die vollständige Ablösung dauerte bis in die späten Abendstunden hinein. Ueber Nacht blieb eine Brandwache zurück. Ueber die Ursache des Brandes konnte nichts Bestimmtes ermittelt werden. Die anderen Fabrikzweige arbeiten weiter, da das Maschinen- und Kesselhaus von dem Feuer verschont geblieben ist. Während des Brandes wurde das Grundstück der Firma von großen Menschenmassen umlagert, so daß die Gendarmarie Hilfe hatte, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Berliner Löschzüge wurden im Laufe des Tages mehrmals abgelöst.

Der Zentralverband der Töpfer bittet uns um Aufnahme folgender Notiz:

Der Bezirkskassierer für Steglitz des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands, Filiale Berlin, hat am Sonnabend, den 10. Juni, ein Paket mit 11 Verbandsmittelschüsseln und zwei Kronenlopfenbüchsen im Zuge der Wanneseebahn liegen lassen. Der eiserne Koffer wird ersucht, selbiges im Filialbureau, Berlin, Engelauer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 96-97 abzugeben. Etwaige Unkosten werden erstattet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das neugegründete Arbeiterjugendheim ist am Sonntag eröffnet worden. Aus diesem Anlaß hatten sich zahlreiche Charlottenburger Arbeiter mit ihren Familien im großen Saale des Volkshauses versammelt. Nachdem die „Charlottenburger Liedertafel“ die Feier mit einem stimmungsvollen Gesang eingeleitet hatte, hielt Herr Dr. Rosenfeld die Festrede. In warmen Worten führte er den Jugendlichen wie den Erwachsenen vor Augen, welche Bedeutung das Arbeiterjugendheim für die geistige Entwidlung des Proletariats habe. Nicht politischer Fanatismus, wie die wohlwollende Polizei zu behaupten beliebt, sondern Entfaltung aller großen, menschlichen Eigenschaften, an denen die Jugend so reich sei, solle angestrebt werden. Nach der Festrede folgten noch einige Lieberworte sowie Regitationen der Herren Kagenstein und Jung. Dann fand eine allgemeine Beschäftigung des Heimes statt.

Das Jugendheim befindet sich Rosinestr. 3. Seitensflügel parterre und ist geöffnet Dienstags, Donnerstags und Sonntags nachmittags von 7-9 1/2 und Sonntags von 4-9 1/2 Uhr. Zutritt haben alle Jugendlichen, unge Männer und junge Mädchen im Alter von 14-18 Jahren.

Rigdorf.

Auf der Straße vom Tode ereilt wurde der Rentennempfänger Sonnenberg, Ruppiner Str. 30. In der Bergstraße fanden Postauten S. in hilflosem Zustande auf. Man brachte ihn nach der Unfallstation, doch starb S. bereits auf dem Transport dorthin. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Trebbin (Kreis Zeltow).

Im Laufe dieser Woche nimmt das Schützenfest im neuerbauten Lokal seinen Anfang. Da das Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, der Wirt vielmehr vertraglich verpflichtet ist, seine Räume zu politischen Zwecken nicht herzugeben, wird die Arbeiterschaft Trebbins ersucht, das Schützenfest zu meiden. Ehrenpflicht eines jeden ist es auch, auf dem Platz kein Bier zu konsumieren. Will man es nicht dulden, daß wir im Lokale selbst über unsere politischen Interessen beraten können, dann möge jeder Arbeiter auch dieser Veranstaltung fernbleiben.

Die Lokalkommission. Der Wahlvereinsvorstand.

Reinickendorf.

Die von der Gemeinde unterhaltenen öffentliche Rechtsauskunftsstelle veröffentlicht fordern den Bericht über ihre eismonatige Tätigkeit vom 2. Mai 1910, dem Tag ihrer Eröffnung, bis 31. März 1911. Er zeigt, wie berechtigt die Forderung unserer Genossen in der Ge-

meindevertretung auf Errichtung dieser jedermann unentgeltlich zugänglichen Auskunftsstelle war. Die Spruchstunden fanden zweimal in jeder Woche im Rathaus und zwar Montags nachmittags von 5 bis 7 Uhr und Donnerstags vormittags von 10 bis 11 Uhr statt. Die Auskunftserteilung erstreckte sich auf fast alle Gebiete des öffentlichen Rechts, sowohl privaten wie auch Strafrechts. Von den erteilten Auskünften betrafen 12 das bürgerliche Recht im allgemeinen, 81 das Mietrecht, 46 den Dienstvertrag, 101 sonstiges Forderungsrecht, 50 das Sachenrecht, 21 das Erbrecht, 43 Alimentationsansprüche, 18 sonstige familienrechtliche Forderungen, 42 das Erbrecht, 7 die Gewerbeordnung (außer Dienstvertrag), 8 das Handelsrecht (außer Dienstvertrag), 63 die Zivilprozessordnung, 23 das Strafrecht und die Strafprozessordnung, 80 die Krankenversicherung, 13 die Unfallversicherung, 16 die Invalidenversicherung, 8 die Staats- und Gemeindeangelegenheiten, 8 Armen- und Unterstützungsangelegenheiten, 90 kleinere selbständige Geschäftsleute und 210 männliche und 107 weibliche Arbeitnehmer waren. Wesentlich unterstützt wurde die Tätigkeit der Auskunftsstelle und trug zu ihrer Benutzung bei. Durch die Anfertigung von Schriftsätzen. Auch hierfür werden entweder gar keine oder nur sehr geringe Gebühren berechnet. Es wurden Klagen eingeleitet und beantwortet, Berufungs-, Revisions- und Revisionschriften, Eingaben an Behörden usw. angefertigt. In einigen Fällen wurde den Ratfuchenden die Erledigung der Sachen ganz oder teilweise abgenommen; aber auch als Vermittlerin war die Auskunftsstelle wiederholt mit Erfolg tätig. Daß sich die Ratfuchenden auch in den Fällen, in denen ihnen Auskünfte erteilt werden mußten, die nicht in ihrem Sinne ausfielen, mit diesen zufrieden gaben, möge die Auskunftsstelle als Beweis des Vertrauens dienen, das ihr alleseitig entgegengebracht wird. In ihr wird es liegen, durch unparteiliche Auskunftserteilung, ohne Rücksichtnahme auf gelegentliche Scharfmachereien, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen.

Spandan.

Ein Waldbrand am Sonntag nachmittags 12 Uhr im Jagen 32 der Stadtförstung; die Flammen wurden zuerst von Schülern des Johannesstifts bemerkt, die einen Spaziergang antreten wollten. Einige von ihnen alarmierten die Feuerwehre, von der eine Abteilung erschien und eine größere Gefahr beseitigte. Es wird vermutet, daß das Feuer durch Ausflügler verursacht worden ist.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885. (S. 71. Heute abend 9 Uhr im Restaurant Albinstr. 18/19: Sitzung. Tele- und Diskusstück „Widhelm Viehnecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 3: Vortrag. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 in den ränge 60, vorn vier Treppen - Fachrad 1 - wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Dankschreiben und eine Post als Beleg beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

J. 100. Zum Zwecke der Auseinandersetzung kann das Gericht einen Pfleger bestellen. Bitten Sie ab. - R. K. 79. Ja, bei dem Standesamt, vor dem Sie die Ehe geschlossen haben. Die Kosten sind geringfügig.

W. 100. Ist - wie es den Umständen hat - Fahrermiete verabredet, so kann zum Ablauf eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden, bevor der Vermieter spätestens am dritten Tage des Quartals im Vorhinein die Kündigung ist. - W. 112. Ja. - G. 58. 1. Der ganze Anspruch ist geltend zu machen. 2. Nicht ausständig. 3. Das tun wir ein für allemal nicht. 4. Das wäre möglich. - R. K. 27. Wenn der Unternehmer die Unterzahlung verweigert, so kommt leistungspflichtige Kündigung zum Duacialschleusen in Betracht. - O. S. 39. 1. Es soll Veranlassung erfolgen, was auch in der Regel geschieht. 2. Lage gegen beide bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk sich die Sachen befinden. - G. 20. Das ist nicht zu erwarten. - G. 23. 1. u. 2. Ja. 3. Das Vormundschaftsgericht kann auf Antrag Volljährigkeitserklärung ausprechen und die Genehmigung erlangen. - O. R. Rein.

J. 208. Charlottenburg. 1. Wegen des Gewerbesteuerbeschlusses wenden Sie sich an das dortige Polizeipräsidium. 2. Die Bezugsquellen sind uns nicht bekannt, siehe Adressbuch. - R. K. 22. Fragen Sie bei der Organisation der Seelente: Berlin, Angelei 15, an. Wegen der Annonce ziehen Sie Erhebungen im Bureau der Statistikangelegenheiten: Berlin, Große Hamburger Str. 18/19, ein. - J. 2. 30. Sehen Sie die Liste bei einem Lotterieteilnehmer ein. - J. 99. Das kommt ganz auf die Situation an. In der Regel werden die alten Leute im Betriebe belassen, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind. Die Entlassung wird von Fall zu Fall durch die Organisation getroffen. - R. J. 73. 1. Redaktion der „Gleichheit“, Stuttgart, Junfermannstraße 11. 2. Rein. War in Sachsen als Lehrer tätig. - Pantoff 64. 1897. 703 000. - O. J. 10. Ja.

Salzbrunnen. Siehe erhalten. Wer ohne Nennung ihres Namens, der selbstständig Redaktionsgeheimnis bleibt, und ohne nähere Informationen sind Ihre Angaben nicht zu verwenden. - 2. 20. Radmännliche Kreise verneinen die Existenz eines solchen Mittels. - P. M. 13. Kapot, eine Pfalzengruppe, den Preis kennen wir nicht. Bezugsquellen empfehlen wir nicht. - R. J. 74. Privatlassen der angelegten List sind nie zu empfehlen. - R. J. a) Die Frau die Hälfte, die andere Hälfte die Kinder. b) Die Frau 1/4, die Kinder 3/4. - W. 9. Lindenstraße. Rein.

Wartpreise von Berlin am 10. Juni 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Heimhandelt.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-35,00. Spießbohnen, weiße 30,00-35,00. Linsen 30,00-35,00. Kartoffeln 6,00-9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,10-1,50. Kalbfleisch 1,50-2,50. Hammelfleisch 1,40-2,30. Butter 2,20-2,80. 60 Stück Eier 2,80-4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40-2,20. Wale 1,60-3,00. Zander 1,50-3,80. Hechte 1,20 bis 2,80. Bräse 0,80-2,00. Schale 1,30-3,40. Fische 0,80-1,80. 60 Stück Straße 3,00-36,00.

Witterungsbericht vom 12. Juni 1911.

Stationen	Barometere- stand am 12. Juni	Wind- richtung	Windstärke	Temperatur in C. am 12. Juni	Stationen	Barometere- stand am 12. Juni	Wind- richtung	Windstärke	Temperatur in C. am 12. Juni
Emmenda.	757 mm	3stfölig	19	19	Caparanda	751 mm	6stfölig	3	19
Hamburg	759 mm	4stfölig	9	19	Lehrsburg	749 mm	1stfölig	6	19
Berlin	759 mm	4stfölig	9	19	Schiff	761 mm	3stfölig	14	19
Frankfurt	760 mm	1stfölig	13	19	Abertem	761 mm	2stfölig	10	19
Königsberg	760 mm	1stfölig	13	19	—	—	—	—	—
Wien	760 mm	1stfölig	13	19	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Dienstag, den 13. Juni 1911.

Geneigt kühl, bei mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 113. (VII. 8861.)

37. Kommunal-Wahlbezirk.

Dienstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche

Kommunalwähler-Versammlung

in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.

Tages-Ordnung:

225/9*

1. Auf zur Wahl im 37. Wahlbezirk.

Referent: Der Kandidat der Sozialdemokratie Schriftsteller **Max Grunwald.**

2. Diskussion.

Alle Wähler sind eingeladen.

Das Wahlkomitee. J. A.: W. Baumann, Bernauer Str. 9.

NB. Das Bureau des Wahlkomitees befindet sich am Tage der Wahl, Mittwoch, den 14. Juni, im Restaurant Vernicke, Adlerstr. 123. Genossen, die über freie Zeit verfügen, werden ersucht, sich hier zu melden.

Selowsky-Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Am Dienstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosenstr. 3 (großer Saal), eine

Außerordentliche Generalversammlung

statt. Auf der Tagesordnung steht:

Der Beschluss des Hauptvorstandes, unsere Zahlstelle aufzulösen. Es sind zu dieser Versammlung Vertreter des Haupt- und Hauptvorstandes geladen. Verläumde niemand, sein Mitgliedsbuch mitzubringen, da nur Mitglieder unserer Zahlstelle Zutritt haben.

Die Ortsverwaltung.

Marmorarbeiter!

Donnerstagsabends 8 1/2 Uhr, in den Musikerkäfen,

Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Antwort des Verbandes der Steinmetzgeschäfte auf unser Ultimatum.

Kollegen erscheint ohne Ausnahme!

1721*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1087

Die Vertrauensmänner der Schlosserbranche werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertrauensmänner-Konferenz am Donnerstag, den 22. d. M., im Englischen Garten stattfindet.

118/9

Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannte Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Reste! Moquette. Plüsch-Satteltaschen.

Muster bei näherer Angabe franko.

Berlin SO. 4, Oranienstr. 156.

Stoffe

englische Neuheiten für Anzüge, Hüte, Paletots usw. Meter 6,50, 7,50 etc. Tuchhändler Koch & Seeland G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21

Zu verkaufen:

18 kompl. Jahrgänge „Vorwärts“ (Berlin) von 1893 ab in 1/4, Jahrbänden. 5 kompl. Jahrgänge „Volkstreu“ (Rastatt) von 1906 ab in 1/4, Jahrbänden. — Beides gut erhalten. Gef. Offerten unter D. 1 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Reparaturen. Spez.: Unerschütterlichere Mensur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratengahlung für Vormerkungsabonnenten. Ungewöhnlich schnelle Abarbeitungen. **Smil Toussaint.** Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin C., Joachimstr. 11c.

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Lothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 13. Juni.

Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Lantier. Königl. Schauspielhaus. König Richard III.

Anfang 8 Uhr. Felling. Sommerfest. Anfang 8 1/2 Uhr. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Berliner. Dummelstudenten. Neues. Wein erlauchter Ahnherr. Neues Schauspielhaus. Die leuchtende Sultane.

Kleines. Der Feldgardi. Lustspielhaus. Untere Dept. Trianon. Das Prinzen. Anfang 8 1/2 Uhr.

Thalia. Politische Wirtschaft. Schiller O. (Wahnen-Opern.) Im Klub. Schiller O. Charlottenburg. Der Probekandidat.

Friedrich. Wilhelmstädtsches. Im leuchtenden Lustspiel. Neues. Coerren. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Pullen. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Note. Der Selbstmörder. Volles. Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metro. Hoheit amüsiert sich! Apollo. Spezialitäten. Wagners. Spezialitäten. Reichshallen. Steitmer Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Walsbala. Prima und Deitlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Volgt. Goldene Jugend. Road. Sommerfest. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kaiser. Panorama. Wanderung in Nordsee. Reise nach Tejon und Galien.

Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater. Dienstag, abends 8 Uhr: Im Klubessel. Mittwoch, abends 8 Uhr: Maria und Magdalena. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben. Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: Der Probekandidat. Mittwoch, abends 8 Uhr: Revolutionshochzeit. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Probekandidat.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Dummelstudenten. Morgen: Dummelstudenten.

Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Ahnherr. Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Letzte Vorst. der Saison.

Friedrich-Wilhelmstädtsches Schauspielhaus.

Dienstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr:

Im leuchtenden Lustspiel.

Mittwoch: Im leuchtenden Lustspiel.

Donnerstag: Im leuchtenden Lustspiel.

ROSE-THEATER

Große Hauptstadt. Str. 192. Anfang 8 Uhr. Der Selbstmörderklub

Auf der Gartenbühne täglich: Es gibt nur ein Berlin. Große Revue. Konzert, Spezialitäten. Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Hoheit amüsiert sich! Operette in 3 Akten von R. Freund. Musik von Rudolf Keilon. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz. Anfang 8 Uhr. Neuesten gefallt.

Apollo Theater

Anfang 8 1/2 Uhr. Die großen Weltstadt-Attraktionen. Sachen ohne Ende!

Der zerbrochene Spiegel

Kom. Original der Gebr. Schwarz. Um ein Weib. Großes amerikan. Lustspielprogramm.

WINTERGARTEN

Die aussergewöhnlichen Attraktionen! LA TORTAJADA. Die 7 Korinthen. Klassische Tanzstudien. Karl Reinisch und Luella mit ihren Valblutpferden und Hunden.

De Dio.

Charles Barons Burleske-Monographie. Tschia Maus 8 heil. Chinguson und eine Kette hervorragender Kunstkräfte!

Reichshallen-Theater.

Steitmer Sänger. Britton! Wie im Hosenrod. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Admiralpalast

Am Bahnh. Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet von 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: Das prunkvolle Eisballett Montreal. Die Stadt auf Schlittschuhen. Zahlreiche Kunstaufproduktionen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nacht. Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Neue Welt.

Amerikan. Vergnügungspark, Hasenheide. Große Spezialitäten-Vorstellung

Ganz neues Programm: Ermakow, tatarische Kriegsspiele. — Smeerlape mit seinen dressierten Schweinen. — Maire, Tenor der Metropolitan-Oper New York. — Sensationelle Attraktionen.

Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a. Großes Promenaden-Konzert. Freitag, den 16. Juni: Sommerfest der „Berliner Hausfrau“.

Luna-Park

Neu! Neu! Straße von Kairo. Getreue Nachbildung von Bauten aus dem Pharaonenlande. 80 Eingeborene aus dem Nillande. Kamel- und Nilsekreiten.

Johnstowns Untergang. Größte elektrotechnische Lichtschau der Erde.

Hippodrom Lehmann. Sensationelle Attraktionen

Vollbetrieb. Entree 50 Pfennig.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9. Täglich: Die drei Grazien. Poffe in 4 Akten von Terpsion. Spezialitäten und Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr: Parisiana-Ensemble. Die letzte Nacht. Ein Fenster zu vermieten. Die Hochzeitsreise. Das Strumpfband.

Moabiter Wintergarten

Artus-Hof. Parleberger Str. 20, Stendaler Str. 18. Direktion: Karl Pirnau. Täglich: Spezialitäten-Theater. Das kolossale, einzig dastehende Eröffnungs-Programm. Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16. Konzert, Theater, Spezialitäten. Durchschlagender Erfolg: Paulus Weichte oder: So wird's gemacht. Anfang 8 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr: Großes Militärkonzert. Eintritt 1 Mark. von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Jahres-Abonnements an allen drei Schalterkäffen.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr: Die schöne Maroussia die Tänzerin klass. Kunst

Nina Bitowey kauskas. Volksängerin, und das neue große Programm! 14 erstklass. Attraktionen.

Passage-Panoptikum.

Die Neger-Riesin

Abomah, die größte Frau, die je gelebt. Alles ohne Extra-Entree!

Carl Haverland-Theater

Kommandantenstr. 77/79. Kölner Blatzheim-Burlesken. Zum ersten Male in Berlin. Ein Göttergatte! Der Moralpräsident! Anfang prägte 8 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater

Heute: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Leopold Kasser. Ada Willa, Ballett-gesellschaft Melani. Goldener Boden.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 15. Juni 1911: Theater und Spezialitäten. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.

Nach der Vorstellung: Tanz. Vorzugskarten haben Gültigkeit. Jeden Montag u. Sonnabend: Lustige Sänger.

Voigt-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 53. Heute sowie täglich: Goldene Jugend.

Großes Lebensbild mit Gef. u. Lang u. das große Spezialitätenprogramm. Aufführung 8, Anfang 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Colmarstr. 73. Irrungen. Heute in 1 Akt. The Odesos. Newbour und Abe. Rosa Horst. Otto Römer. Anf. 7 1/2 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Puhlmanns Theater

Schönhauser Allee 148. Täglich: Großer Erfolg! Das Riesen-Eröffnungs-Programm.

Im Saale: Ball. Die Kasseleuchte ist von 8 Uhr an geöffnet.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Das Prinzen. Liebesdramat in 3 Akten v. H. Wirth. Anfang 8 1/2 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15. Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Selbstbesetztes Theatergärtchen. Bei ungünstiger Witterung Schab-Bietend. Donnerstag: Elliotag.

Café Bellevue.

Rummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Donnerstag und Sonnabend: Soireen der Hoffmanns Sänger.

Spezialitätenvorstellung

und Garten-Konzert. Für den Inhalt der Zweiseite übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

